

## 5

Berlin, Freitag 23. Januar 1970

*Sprecher: [Althammer], Amrehn, Blüm, Dregger, Echternach, Gradl, von Hassel, Hasselmann, Heck, Katzer, Kiesinger, Kraske, Lorenz, Schmücker, Schröder, Schwarz-Schilling, Stingl, Stoltenberg, von Weizsäcker, Windelen.*

*Politische Lage. Bundesparteitag 1970. Nominierung von fünf Mitgliedern für den Fernsehrat der Anstalt Zweites Deutsches Fernsehen. Bundesrednereinsatz bei den Landtagswahlen des Jahres 1970. Bau der Parteizentrale. Verschiedenes.*

*Beginn: 12.30 Uhr*

*Ende: 17.00 Uhr*

*Kiesinger:* Meine Damen und Herren! Ich heiße Sie herzlich willkommen, insbesondere Herrn Bundestagspräsidenten<sup>1</sup> und Herrn Kollegen Althammer<sup>2</sup>, der von der CSU heute bei uns ist. Es ist das erste Mal, daß wir in unserer neuen Situation, in der Opposition, hier in Berlin tagen. Für uns bleibt – das unseren Berliner Freunden – Berlin Berlin, ob in der Regierung oder in der Opposition, und das Schicksal dieser Stadt und ihrer Bevölkerung bleibt eines der großen Anliegen unserer Politik. Wir werden wahrscheinlich gleich darüber zu reden haben, daß wir jetzt in der Opposition besonderen Grund haben, auf das Schicksal dieser Stadt und ihrer Zukunft zu achten und darüber zu wachen.

Wir haben auf unserer Tagesordnung vier Punkte, dazu gehört auch noch der Punkt „Verschiedenes“, der noch nicht darauf steht. Erstens: Politische Lage. Ich schlage vor, daß wir dabei so verfahren, daß ich selbst einiges zu Beginn sage, vor allem zur allgemeinen politischen Lage sowie zur außenpolitischen Lage, daß dann über einzelne wichtige Fragen der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik die Kollegen Stoltenberg und Katzer das Wort nehmen und daß über Entwicklungen innerhalb der Partei, über personelle Entscheidungen und über organisatorische Entscheidungen dann der Generalsekretär berichtet. Wir haben dann über den Bundesparteitag 1970 zu entscheiden, d. h. über Ort und Zeit. Dann kommt die Nominierung von fünf Mitgliedern für den Fernsehrat der Anstalt Zweites Deutsches Fernsehen und Bundesrednereinsatz bei den Landtagswahlen des Jahres 1970. Damit ist gemeint, daß wir einen konkreten Beschluß fassen wollen dazu. Im übrigen ist das aber nur ein Punkt des großen Themas, wie wir diese vier und uns freundschaftlich verbündete 5. Landtagswahl [sic!]<sup>3</sup> in

---

1 Kai-Uwe von Hassel.

2 Dr. Walter Althammer (geb. 1928), Jurist; 1952 CSU, 1955–1961 Bezirksvorsitzender der JU Augsburg, 1961–1985 MdB (CSU). Vgl. Aufzeichnungen und Erinnerungen. Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Bd. 16. München 2002.

3 Gemeint ist die Landtagswahl in Bayern am 22. November 1970.

diesem Jahr durchkämpfen wollen, denn das ist ja wahrscheinlich ganz wesentlich für die Zukunft unserer eigenen Partei und für die Zukunft der gegenwärtigen Regierung.

*Schmücker:* Herr Bundeskanzler! Wir haben vorhin im Präsidium<sup>4</sup> beschlossen, dem Vorstand noch die Behandlung eines weiteren Tagesordnungspunktes vorzuschlagen.

*Kiesinger:* Richtig! Es kommen also noch ein Bericht und Vorschläge vom Herrn Kollegen Schmücker, die den Bau unserer Parteizentrale betreffen. Nun, wir haben nicht allzu viel Zeit. Man sagte mir, daß wir fertig sein sollten gegen 16.30 Uhr, weil dann eine Reihe von Ihnen schon wieder wegfliegen will. Ich will daher, was ich zu sagen habe, so knapp wie möglich halten.

#### POLITISCHE LAGE

Sie alle haben die Entwicklung seit der Regierungsbildung verfolgt. Ich glaube, man wird sagen können – wohlwollend –, daß diese Regierung mit großem Schwung begonnen hat. Ich würde vorziehen zu sagen mit einer großen Betriebsamkeit, einem großen Prestigebedürfnis, manchmal auch geradezu hektisch. Gerade wenn wir die gestrigen Beschlüsse des Kabinetts zur Wirtschafts-, Konjunktur-, Finanz- und Haushaltspolitik<sup>5</sup> vergleichen mit dem, was ursprünglich angekündigt war, zeigt sich ja, wie schnell diese Regierung ihre Pflöcke hat zurückstecken müssen. Daran ist sicher auch unsere oppositionelle Kritik mitbeteiligt, obwohl wir uns auch in diesem Kreise ruhig einmal überlegen sollten, daß wir uns nun unsererseits nicht verleiten lassen, uns durch parlamentarische taktische Überlegungen des Vorteils zu begeben, der darin liegt, daß die Opposition auf eine gesunde, stabile, wirtschaftspolitische, finanzpolitische und haushaltspolitische Gebarung drängt. Wir sind ja ein bißchen in Verlegenheit gesetzt worden jetzt durch die gestrigen Erklärungen von Möller, unsere Anträge hätten 5 oder 6 Mrd. Mark mehr gekostet. Da werden wir in Zukunft aufpassen müssen.<sup>6</sup>

Ich habe die eine Sorge, die ist im Zusammenhang mit dem Bericht zur Lage der Nation und zur Debatte darüber doch deutlich geworden.<sup>7</sup> Ich höre es von vielen Kollegen und Abgeordneten, die aus ihren Wahlkreisen kommen. Es ist zweifellos so, daß gegenwärtig unter dem Einfluß der Aktivität dieser Regierung die öffentliche Meinung – wir haben noch keine ganz sicheren Unterlagen darüber – in der Bundesrepu-

4 Protokoll der Präsidiumssitzung in ACDP 07–001–1402.

5 Karl Schiller präsentierte am 22. Januar 1970 das von der Bundesregierung im Zusammenhang mit dem Jahreswirtschaftsbericht beschlossene Stabilitätsprogramm, vgl. BULLETIN Nr. 11 vom 24. Januar 1970 S. 111 f. Vgl. dazu FAZ vom 23. Januar 1970 „Die Bundesregierung beschließt Programm zur Konjunkturstabilisierung“.

6 Nicht ermittelt. – Äußerung vermutlich in einem der zahlreichen Rundfunkinterviews, die Möller zur Lage des Bundeshaushalts 1970 gab.

7 Brandt präsentiert den „Bericht der Bundesregierung über die Lage der Nation im gespaltenen Deutschland“ (BT-Drs. VI/223) am 14. Januar 1970 im Bundestag, vgl. Sten.Ber. 6. WP 22. Sitzung S. 839–847. Zur Aussprache vgl. Sten.Ber. 6. WP 23. Sitzung am 15. Januar 1970 S. 851–882, 895–927 und 24. Sitzung am 16. Januar 1970 S. 932–964.

blik nicht unbeeindruckt geblieben ist, was die Fragen der Deutschlandpolitik und der Ostpolitik allgemein angeht. Das ist eine sehr gefährliche Sache. Lassen Sie mich auf zwei Dinge hinweisen.

Vorgestern hat Herr Brandt – für mich völlig unverständlich – im amerikanischen Fernsehen auf eine Frage, was mit der Wiedervereinigung der beiden getrennten Teile Deutschlands würde, wörtlich gesagt: „Diese findet nicht statt!“ Er hat dann im weiteren Verlauf dieser Sendung, offenbar weil er gemerkt hat, daß er sich wieder mal vergaloppiert hat – und wie lange ist es eigentlich einem deutschen Bundeskanzler erlaubt, sich dauernd zu vergaloppieren? –, den an sich unanfechtbaren, jedenfalls sehr viel weniger anfechtbaren Satz gesagt, er glaube an die Einheit seines Volkes doch, es müsse sich diese Einheit aber nicht notwendigerweise dadurch vollziehen, daß sie sich aus einem einheitlichen Staatsvertrag ergäbe.<sup>8</sup> Das ist natürlich sehr vorsichtig ausgedrückt, aber der erste Satz wird zitiert. Ich habe gestern eine wichtige amerikanische Persönlichkeit bei mir zu Besuch gehabt<sup>9</sup>, der mir klipp und klar sagte, in Amerika wird das, was diese Regierung bis jetzt getan hat, als ein Doppelverzicht und eine Doppelerkennung verstanden, sowohl die Oder-Neiße-Linie als auch die DDR. Und es gibt einfach nicht die Möglichkeit für einen Durchschnittsamerikaner, zu unterscheiden zwischen einer staatlichen Anerkennung und einer völkerrechtlichen Anerkennung. Diese Feststellung war verbunden mit einer sehr pessimistischen Darstellung der allgemeinen Situation.

Wer den Bericht<sup>10</sup> von Präsident Nixon aufmerksam gelesen hat, soweit er uns vorliegt, hat sicher diesen Satz nicht überlesen, in dem Nixon sagt, Amerika werde sich in Zukunft weniger intensiv außerhalb seiner Grenzen engagieren, und es müßten eben die anderen Länder, die Nationen in allen Teilen der Welt, die Hauptverantwortung für ihr Schicksal und ihr Wohlergehen übernehmen. Wir werden zwar treu zu unseren vertraglichen Verpflichtungen stehen, aber unsere Teilnahme und Präsenz bei den Angelegenheiten anderer Nationen reduzieren. Zu Europa dann hervorgehoben das Prinzip der Partnerschaft, der interessante Satz, man soll nicht den vergeblichen und uneuropäischen Versuch machen und sich dabei verschleißen, unsere Freunde zu beherrschen und unsere Feinde auf immer zu isolieren. Dieser amerikanische Besucher, der es wissen muß, kündigte an, daß die Abschwächung dieses Willens zum Engagement außerhalb der amerikanischen Grenzen zunehmen werde. Dabei gab er unumwunden zu, daß die militärische Macht der Sowjetunion gewaltig gewachsen sei – etwas, was ich schon bei meinem Besuch in Washington von allen hören konnte.<sup>11</sup> Ich glaube, es gab keinen, der nicht etwa so formulierte, daß die Sowjetunion gleichgezo-

---

8 Vgl. dpa vom 22. Januar 1970 „Bundeskanzler Brandt: Deutschland nie wieder Großmacht“.

9 Laut Terminkalender war John J. McCloy bei Kiesinger zu Besuch, vgl. ACDP 01–226–739.

10 Nixon legte am 22. Januar 1970 den beiden Häusern des Kongresses seinen Bericht zu Lage der Nation („Adress on the State of the Union vor“). Vgl. AdG 1970 S. 15217–15219, hier S. 15217. Text im Internet: [http://www.nixonfoundation.org/clientuploads/directory/archive/1970\\_pdf\\_files/1970\\_0009.pdf](http://www.nixonfoundation.org/clientuploads/directory/archive/1970_pdf_files/1970_0009.pdf).

11 Kiesinger hielt sich am 7./8. August 1969 in Washington auf, vgl. AdG 1969 S. 14836–14838.

gen hätte. Taylor<sup>12</sup> hat ja vor wenigen Tagen sogar gesagt, daß sie militärisch stärker ist. Dieser amerikanische Besucher hat auch die maritime Präsenz der Sowjetunion auf den Meeren, also im Mittelmeer, der Ostsee und der Nordsee aber auch sonst überall, als ein sehr wichtiges Faktum gekennzeichnet und klipp und klar und ehrlich ausgesprochen, daß es für Amerika eine ganz wichtige Sache sei, ob es gelingen wird, dieses Wettrennen zu beenden und zu Ergebnissen zu kommen, die die beiden Völker entlasteten von den gewaltigen Ausgaben auf dem Gebiet der Rüstung. Er hat auch klar dargelegt, daß die Russen bis jetzt nur zu Vorschlägen bereit waren, die Europa praktisch – ich überspitze es jetzt in der Formulierung, weil wir sehr lange darüber gesprochen haben – sehr viel ungeschützt lassen werden, als das in der Vergangenheit der Fall war, eine Sache, die ja seit langem von Sachkennern schon hervorgehoben worden ist. Er sagt, Amerika habe auch von Europa keine Ermutigung bekommen. Es ist zum Prügelknaben gemacht worden, vor allem in der Vietnam-Politik, und man hat jetzt auch aus diesen Gründen genug davon, und man wird also dort das Engagement abbauen, und so fürchtet er, so wird es auch in Europa sein. Dazu käme hinzu, daß die Europäer unter sich selber nicht einig wären, daß alle Bemühungen der Amerikaner für eine Einigung Europas zu keinem Erfolg geführt hätten, daß man müde geworden sei und daß auch innerhalb der NATO ein wirklich kräftiger Wille, ein entschiedener Wille zum Zusammenhalt, wie er eigentlich sein sollte, vermißt werde. Alles in allem ein düsteres Bild und in dem Zusammenhang Zweifel, Unsicherheit, Verwirrung gegenüber der Politik dieser Regierung. Er sagte, wir wollen dieser Regierung nicht in den Arm fallen oder ihr gar Vorschriften machen, aber was soll das? Gut, allgemeine Entspannung. Aber kriegt sie diese Entspannung? Seiner Meinung nach ist diese Entspannung nicht zu erwarten, d.h. die Regierung wird überall eine Abfuhr kriegen. Aber, so sagt er, das ist nun einmal so, in der Zwischenzeit hat sie in der ganzen Welt den Eindruck erweckt, daß sie die bisher mit Hilfe der Verbündeten behaupteten Positionen aufgegeben habe. Mir war gerade diese Feststellung ganz besonders wichtig. So etwa kurz zusammengefaßt diese Unterhaltung.

Sie wissen, wie die Dinge im Bundestag in der Aussprache zur Regierungserklärung verliefen. Es gab auch aus unseren Reihen wenn auch keine scharfe Kritik, so doch ein Fragezeichen gegenüber meinem Akzent, den ich gesetzt habe, nämlich nicht nur Bewahrung der nationalen Einheit, sondern auch als letztes Ziel die Wiedergewinnung der staatlichen Einheit.<sup>13</sup> Nun, ob man Wiedervereinigung sagt oder Wiedergewinnung der staatlichen Einheit, darüber kann man sich auseinandersetzen. Daß Wiedergewinnung der staatlichen Einheit bemüht ist, eine Rechtsposition zu wahren, die wir immer noch haben, auch wenn wir vielleicht politisch andere Lösungen kommen sehen – das liegt auf der Hand –, das besagt mehr natürlich als Wiedervereinigung, ohne daß

---

12 Maxwell Davenport Taylor (1901–1987), amerikanischer General und Diplomat; 1945–1949 Leiter der Militärakademie West Point, 1949–1951 Kommandant des US-Sektors in Berlin, 1955–1959 Stabschef des Heeres, 1961/62 militärischer Berater Präsident Kennedys, 1962–1964 Oberbefehlshaber der Vereinigten Generalstäbe, 1964/65 Botschafter in Vietnam.

13 Vgl. Barzels Beitrag in der Aussprache über die Regierungserklärung (Sten.Ber. 6. WP 6. Sitzung vom 29. Oktober 1969 S. 43f.).

dabei doch eine zu enge Festlegung erfolgt. Selbstverständlich – und ich habe mich ja bemüht, das klarzumachen – liegt auch uns daran, daß wir vor allem die Lebensbedingungen unserer Landsleute im anderen Teil Deutschlands verbessern. Das ist deutlich und klargemacht worden. Was vielleicht noch klarer von uns zu sagen wäre in diesem Zusammenhang, weil natürlich unsere Gegner uns einen Rückfall in rein nationalstaatliche – und manchmal drehen sie es auch um in deutschnationale – Gedankengänge unterstellen, ist, daß wir auch die Wiedergewinnung der staatlichen Einheit der Deutschen sehen in den übergreifenden Zusammenhängen eines vereinigten Westeuropas und – so Gott will – einer europäischen Friedensordnung. Und ebenso glaube ich, ist es für uns nicht schwer zu sagen, daß auch wir, wenn wir dieses letzte Ziel anpeilen und ansprechen, auch wissen, daß im Zug der Entwicklung einer europäischen Friedensordnung Zwischenlösungen denkbar und möglich sind, so daß wir uns selbstverständlich nicht gegen solche Zwischenlösungen wenden. Nur, glaube ich, muß man sich gegenüber dem nach meiner Meinung unglaublichen und unserem Gesamtvolk und seinem Anliegen grundschädlichen, leichtfertigen und dilettantischen Verfahren dieser Regierung und diesen unkontrollierten Aussprüchen des Bundeskanzlers zur Wehr setzen. Ich bin nicht der Meinung, daß wir jetzt in diesem Augenblick darum einen ganz großen Streit machen sollten. Ich glaube, daß in diesem Zusammenhang eine Bemerkung des Kollegen Schröder auch von einigen unserer Freunde nicht ganz richtig verstanden worden ist. Wir müssen tatsächlich den Eindruck vermeiden, als ob wir jetzt nur um der Opposition willen um alles oder jedes ein großes Tamtam machen. Nur wir müssen da klar sagen, was sein darf und was nicht sein darf, wo dies notwendig ist. Wir sind hier in Berlin. Wer gibt sich der Illusion hin, daß, wenn tatsächlich in der Welt der Eindruck entsteht, die deutsche Teilung ist besiegelt und es gibt keine Wiedervereinigung, die Position dieser Stadt noch lange zu halten wäre? Dieses freie Berlin ist gehalten worden, weil man hier die zukünftige Hauptstadt eines wiedervereinigten Deutschlands bewahren wollte. Wer kann denn die Illusion haben, daß auf die Dauer, wenn die Teilung besiegelt ist, noch irgend jemand sich ernsthaft in Sachen Berlin im Westen engagieren würde? Und der Osten wird daraus seine Konsequenzen ziehen. Es ist also ganz wesentlich das Schicksal dieser Stadt und ihrer Menschen, das dabei mit auf dem Spiele steht.

Nun haben wir vorhin im Präsidium gesagt, wir wollen einmal die ganze Frage unter uns auf das sorgfältigste an Hand vorbereiteter Papiere durchdenken und durchsprechen. Woran mir heute liegt, das ist, daß wir um Gottes willen nicht durch zerstreute und voneinander abweichende vielfältige Äußerungen innerhalb der Partei den Eindruck erwecken, wir wüßten selber nicht mehr, was wir wollen. Das wäre lebensgefährlich für uns. Man kann immer wieder sagen, werfen wir uns jetzt auf innenpolitische Probleme. Brandt sagte ja in seinem Bericht, diese Regierung wolle eine Regierung der Reformen sein, aber von Zeit zu Zeit würde einem die Außenpolitik sozusagen aufgenötigt und dieses sei ein solcher Augenblick. Ich fürchte, dieser Augenblick wird ziemlich lange dauern. Das heißt also noch einmal: in den entscheidenden Dingen klar sprechen, klar warnen. Wir dürfen nicht durch ein falsches Zusammenspiel oder durch den Anschein eines Zusammenspiels mit der Regierung in diesen Fragen uns zum Mit-

schuldigen machen. Ich habe während des Bundestagswahlkampfes klipp und klar gesagt, während in der Innenpolitik das meiste wieder repariert werden kann, ist das in der Außenpolitik anders. Eine einmal verspielte Position ist meistens nicht wieder zu gewinnen, ein einmal begangener Fehler meistens irreparabel. Und wenn es so ist, wie nicht nur dieser sehr unterrichtete Amerikaner es mir sagte – ich werde im Laufe dieser Tage und am Wochenende noch einige mehr sprechen –, sondern wenn es so ist, wie ein Teil unserer Botschafter, insbesondere der bei den Vereinten Nationen<sup>14</sup>, berichtet und warnt, dann ist dieser Schaden schon geschehen. Ich will hier nicht im einzelnen darauf eingehen warum, wieso. Das alles ist ja deutlich genug.

Ob nun das Gebilde da drüben ein Staat ist oder nicht, darüber kann man unter Juristen streiten. Ich behaupte, dieses Gebilde würde sich aus eigenen Kräften, d.h. dann, wenn die Sowjetunion ihre Hand zurückzöge, nicht als Staat behaupten können. Das ist immerhin ein völkerrechtlich anerkannter Grundsatz. Aber abgesehen davon sind das ja zwei Paar Stiefel. Die Juristen könnten sagen, da existiert etwas, was man einen Staat nennen kann, wenn auch einen ganz und gar fragwürdigen Staat mit einer nichtlegitimierten Regierung, mit einer Bevölkerung, die sich nicht als Staatsvolk begreift usw. Von da aus, von dieser einfachen Feststellung aus bis zur Anerkennung, zwar nicht völkerrechtlich, aber wie die sagen „staatsrechtlich“, ist eben noch ein weiter Schritt. Und es war eine – nach meiner Meinung – ganz und gar unnötige Vorleistung, daß in einer Regierungserklärung dies geschehen ist. Aber es ist geschehen, und von da an nahm das Unheil seinen Lauf ganz konsequent. Was da jetzt alles an Rabulistik verzapft wird und was bei der immer noch einzig rettenden und absichernden Alibi-formel „Aber für uns nicht Ausland“ möglich bleibt, das ist ganz schrecklich. Und das versteht in der ganzen Welt kein Mensch, und es ist außerdem staats- wie völkerrechtlich außerordentlich fragwürdig. Dazu kommen solche Äußerungen wie „Es gibt keine Wiedervereinigung“. Das ist ja eine konzertierte Aktion, wenn Wehner<sup>15</sup> das sagt, wenn Brandt das sagt und jetzt vor der amerikanischen Öffentlichkeit jetzt dieser unglaubliche Satz insistiert [sic]: „Sie wird nicht stattfinden!“ Welche Prophetengabe hat eigentlich Herr Brandt? Wie kommt er dazu, eine solche Prognose zu stellen? Und dann kommen, um die Konfusion voll zu machen, Erklärungen wie die von Herrn Dahrendorf in Hannover<sup>16</sup>. Da sagt er plötzlich, eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die Bundesrepublik sei rechtlich nicht möglich. Jawohl, das ist in Ordnung! So ist die Rechtslage. Wenn er das aber sagt, dann geht er ja von der allgemeinen Rechtslage aus, und das ist der Gedanke der staatlichen Einheit. Das ist ja die Rechtsposition, die wir von unseren eigenen Freunden und Verbündeten zu-

---

14 Alexander Böker.

15 Herbert Wehner (1906–1990), Beamter; 1958–1973 stv. Bundesvorsitzender der SPD, 1969–1983 Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 2 Anm. 5; Christoph MEYER: Herbert Wehner. Biographie. München 2006.

16 Dr. Ralf Dahrendorf (1929–2009, seit 1993 Baron Dahrendorf of Clare Market), Hochschul-lehrer; 1957 Habilitation, 1967 FDP, 1970–1973 EG-Kommissar für Außenhandel und Äußere Beziehungen. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 818 Anm. 33. – Vgl. das Interview im „General-Anzeiger“ vom 21. Januar 1970 „Hoffnung auf Polen“.

gestanden erhalten haben. Also da sieht man, die Leute haben das einfach nicht genügend durchdacht. Ich will im Augenblick nur diese allgemeine Feststellung machen. Außerdem hat er ja noch meine Frage nicht beantwortet; während er in der Debatte zur Regierungserklärung noch gezwungen wurde zu sagen, es bleibt bei der Mai-Resolution 1969 zur Abwehr der Anerkennung durch Drittstaaten<sup>17</sup>, hat er auf meine Frage, ob es auch wieder Zufall oder Absicht sei, daß tatsächlich diese Resolution und dieser Wille auch hier im Bericht zur Lage der Nation nicht erwähnt worden sei, noch nicht geantwortet. Das ist nicht Vergeßlichkeit gewesen, daß er darauf nicht eingegangen ist in seiner Antwort, sondern es war selbstverständlich Absicht. Hier scheint sich ganz offensichtlich eine einheitliche Meinung zwischen den beiden Koalitionspartnern durchgesetzt zu haben. Die FDP war ja schon lange der Meinung, daß man die Anstrengungen in dieser Hinsicht aufgeben sollte.

Alles in allem also auf unserer Seite ein Bild, das in der Welt im besten Falle Konfusion und Verwirrung schafft, aber weithin eben doch den Eindruck gibt, wir haben die bisherige Position preisgegeben, und zwar hinter dem Rücken unserer Verbündeten. Auch das ist wichtig, denn diese Dinge sind nicht abgesprochen worden. Die Tatsache, daß vielfach Zustimmung erfolgt, darf niemanden erstaunen. Was diese Regierung macht, ist, daß sie den Ratschlag befolgt, den die Kennedy-Administration schon lange den Deutschen gegeben hat, was viele Leute draußen in der Welt wollen, ist, sich das unangenehme deutsche Problem vom Halse zu schaffen. Natürlich ist z.B. die NATO, so sagte es Kissinger einmal, ein Status-quo-Bündnis, ein Bündnis von Status-quo-Staaten mit einer Ausnahme – uns. Und wir haben unsere Bündnispartner dazu gebracht, daß sie unser Anliegen mitvertraten. Das ist doch eine außerordentlich wichtige Sache.

Man könnte sich sagen, was die Regierung jetzt macht, also der heutige Brief, den Brandt an Stoph geschrieben hat<sup>18</sup> – „breiteste Erörterung aller Fragen“ –, das ist doch nichts anderes, als was du auch gemacht hast. Mag sein, daß in der politischen Absicht – und ich kann mir nicht denken, daß man im Kanzleramt und im Auswärtigen Amt so töricht ist zu glauben, daß diese Aktion wirklich zu Verhandlungen mit Herrn Ulbricht<sup>19</sup> führen könnte, zumindest nicht zu erfolgreichen Verhandlungen –, daß man also sagt, wir machen ja nur weiter. Wir haben die Initiative, wir bringen den Mann in die Defensive. Das hat sich ja auch schon deutlich gezeigt. Seine Reaktion ist genauso wie die Reaktion auf die Regierungserklärung von 1966 und auf die weiteren Aktionen der Regierung der Großen Koalition. Was verlangt ihr Besseres, als daß sich dieser Bursche dekuviert? Hier scheint eine Spekulation vorzuliegen – das wurde bei dem Beitrag von Dahrendorf deutlich und wurde damals schon bestätigt durch sehr zustimmende Zwischenrufe von Wehner und jetzt auch durch die Auslassungen von Brandt

---

17 Fünf Punkte umfassende Erklärung der Bundesregierung zur Deutschland- und Friedenspolitik vom 30. Mai 1969. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1453 Anm. 16.

18 Zum Brief Brandts vom 22. Januar 1970 vgl. BULLETIN Nr. 11 vom 24. Januar 1970 S. 105.

19 Walter Ulbricht (1893–1973), Tischler; 1953–1971 Erster Sekretär des Zentralkomitees der SED. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 588 Anm. 22.

in diesem Fernsehinterview<sup>20</sup> –, die etwa so aussieht: Es muß ja jedem auffallen, daß Brandt und die Bundesregierung seitdem kräftig auf Ulbricht in ihren Äußerungen einreden. Man könnte also die Frage stellen, wie will sie dabei zu Verhandlungen kommen? Ganz offensichtlich spielt hier der Gedanke eine Rolle, daß man einen Spalt treibt zwischen den Apparatschiks einerseits und den jungen Managern – wie Brandt sich ausgedrückt hat – andererseits. So seine Ausführungen zur Konvergenztheorie, die z. T. richtig, z. T. falsch sind, also eine höchst fragwürdige Einschätzung der Mentalität der ideologischen Wirklichkeit drüben, aber immerhin ein Gedanke, der ganz interessant ist. Dahrendorf hat ja ausdrücklich gesagt, die beiden Staaten müssen ihre Interessen miteinander vergleichen, aufeinander abstimmen, zu einem Bündnis kommen und dann zu einem gemeinsamen Dach, das allerdings noch lange kein staatliches Dach sein werde. Gut, ich weiß nicht, ob irgendwelche Kontakte bestehen. Ich kann es nicht sagen. Gewiß haben Gespräche stattgefunden. Egon Bahr war überall und nirgends, dafür habe ich ganz handfeste Beweise. Aber es mag auch einfach eine Spekulation sein, wenn man sagt, da werden wir Erfolg haben. Das sind Dinge, die immerhin mal zur Kenntnis genommen werden müssen.

Nur, als unser Freund Wörner<sup>21</sup> sagte: „Gut, wir können ja eine solche Politik machen, aber da braucht man doch nicht von vornherein alle Positionen preiszugeben“, antwortete Dahrendorf, wie Sie sich erinnern werden: „Es ist merkwürdig, daß man mit demselben Satz, mit derselben Formulierung zwei ganz verschiedene Dinge meinen kann.“ Das heißt, er wollte dem Wörner sagen, du willst Positionen wahren – ich auch, Offenheiten. Ich will Offenheiten, indem ich überhaupt erst öffne, d. h. das sind diese Vorleistungen. Man würde also sagen können, wenn die argumentieren, gut, die machen im Grunde nichts anderes als wir auch. Die sind in einer ähnlichen Lage wie du. Ich bin ja selber persönlich in einer paradoxen Situation. In der ersten Zeit, als ich diese neue Politik begann, die mir wahrhaftig nicht von der SPD aufgezwungen oder aufgeredet worden war – welche Sorge, welcher Zweifel, auch welcher Widerstand in der Fraktion!

Erinnern Sie sich daran, daß die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Jugoslawien<sup>22</sup> gegen den Willen der Fraktion von mir vollzogen worden ist, d. h. die Fraktion hat mir gesagt „Ohne uns!“, „Kannst machen, wir fallen Dir nicht in den Arm! Aber ohne uns!“ Es wurde immer wieder gesagt, er gibt dem Wehner nach, er gibt der SPD nach. Und jetzt komme ich beinahe in die Position eines Reaktionärs, der nun plötzlich etwas ganz anderes will. Ich will nichts anderes. Ich würde also sagen, sie befinden sich in einer ähnlichen Situation wie ich damals, wo ich mich nicht vor die Fraktion hinstellen konnte und sagen konnte, ich bilde mir doch nicht ein, daß der Ulbricht diese Sachen annimmt, diese Vorschläge. Das würde ja praktisch zu einer

---

20 Zum Interview mit einer amerikanischen fernsehgesellschaft vgl. dpa vom 22. Januar 1970 „Bundeskanzler Brandt: Deutschland nie wieder großmacht“.

21 Dr. Manfred Wörner (1934–1994), Jurist; 1965–1988 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 942 Anm. 22.

22 Die Wiederaufnahme der 1957 abgebrochenen diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien erfolgte am 31. Januar 1968, vgl. BULLETIN Nr. 13 vom 1. Februar 1968 S. 97.

Beseitigung der Mauer führen. Aber das Entscheidende ist die Initiative und der Zwang für ihn, sich zu dekuvirieren. Da sind wir nicht immer nur die Revanchisten, die Imperialisten, die Kriegstreiber, sondern dann ist er es, der sich einer Entspannung, einer Entkrampfung usw. widersetzt. So eine Politik kann man machen, aber man kann sie nicht mit einem solchen Kommentar versehen. Und das ist deutlich auch bei Wehner spürbar. Viele seiner Äußerungen gehen ja darauf hinaus, daß er sagt, um Himmels willen, nur keine Resolutionen, mit denen man sich wieder so festlegt, oder Erklärungen in der Öffentlichkeit. Ich kann mir nicht denken, daß gerade er, der ja immer wieder auch Brandt gegenüber oft in sehr ätzender Form gesagt hat, sie kennen eben die Wirklichkeit des Kommunismus nicht, sie wissen nicht, wie Kommunisten wirklich sind, daß er sich wirklich Illusionen machen sollte über einen möglichen Erfolg, ja überhaupt über das Zustandekommen solcher Verhandlungen. Nur – und das ist der Unterschied zu meiner Politik: Ich habe auf das Sorgfältigste abgesichert. Als diese Politik begann – Sie werden sich erinnern –, ist an alle Missionen in der Welt eine sehr konkrete Anweisung herausgegangen, wie sie diese Politik zu erläutern hätten, nämlich im Sinne der Regierungserklärung, daß in jedem Falle dafür gesorgt werden solle, daß auch nicht einmal der Anschein einer Anerkennung oder eines tatenlosen Anerkennenlassens der DDR erfolge.<sup>23</sup> Und bei allen meinen Besuchen und umgekehrt bei den Besuchen bei mir – und das waren ja sehr viele – habe ich mit großem Erfolg dies durchgesetzt.

Ein klassisches Beispiel war Indien. Am Tag nach der Regierungserklärung erschien der indische Botschafter bei mir und sagte, Indien werde jetzt seine bisher inoffizielle und private Handelsbeziehung in eine offizielle umwandeln. Am Tag nach der Regierungserklärung! Das wäre also nun genau das gewesen, was unsere Freunde aus der Fraktion befürchtet hatten. Ich sagte, wie stellen Sie sich so etwas vor? Wollen Sie mir in den Rücken fallen? Er ist sehr beeindruckt gewesen und hat entsprechend berichtet. Es ist zunächst unterblieben, und Indien hat auch inzwischen nicht voll das getan, was es damals tun wollte. Man hat eine Umwandlung vollzogen, aber nicht so, wie man es ursprünglich vor hatte.<sup>24</sup> Und bei Frau Indira Gandhi<sup>25</sup> hatte ich hundertprozentigen Erfolg und bei den anderen führenden Persönlichkeiten, als ich sagte, fällt uns bitte nicht in den Arm. Wenn ihr das tut, dann wird eine solche Politik derartig bestritten werden in Deutschland, daß wir sie gar nicht fortsetzen können. – Und da liegt der große Unterschied. Und innerhalb weniger Wochen ist haargenau das eingetreten, was ich befürchtet habe, der Eindruck in der Welt, und nicht nur der Eindruck

---

23 Nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Rumänien (31. Januar 1967, vgl. BULLETIN Nr. 11 vom 2. Februar 1967 S. 81) sandte das Auswärtige Amt eine Verbalnote an die ausländischen Missionen in Bonn (vgl. DzD V/1 S. 431 f.).

24 Indien hatte 1966 beschlossen, eine staatliche Handelsorganisation in Ost-Berlin zu errichten. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 428 Anm. 17.

25 Indira Gandhi (1917–1984), indische Politikerin (Kongreßpartei); 1966–1984 Ministerpräsidentin. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1408 Anm. 67. – Zum Gespräch Kiesingers mit Indira Gandhi im Verlauf seiner Asienreise (20.–28. November 1967, vgl. PROTOKOLLE 5 S. 708 f.) vgl. AAPD 1967 Dok. 399.

in der Welt, denn die Formulierungen, die diese Regierung gebraucht hat, sind natürlich Formulierungen, die mindestens als eine de facto-Anerkennung des anderen Teils Deutschlands ausgelegt werden müssen. Die Welt sieht es sogar als eine volle politische Anerkennung an. Ob wir das je wiedergutmachen können, das weiß ich nicht. Ich betone nur noch einmal, wir dürfen vor der Öffentlichkeit nicht als diejenigen erscheinen, die nur an der mechanischen Zusammenfügung der beiden Teile Deutschlands interessiert sind. Wir haben es ja klar genug gesagt, daß wir auch in erster Linie sogar das Leben unserer Landsleute drüben erträglicher machen wollen.

So ist die Lage und dazu können wir nicht schweigen, dazu können wir vor allem in Berlin nicht schweigen, weil es um diese Stadt und ihr Schicksal geht. Und deswegen bitte ich den Vorstand, dazu zu helfen, daß wir um Himmels willen in diesen Fragen nicht auseinanderlaufen. Für uns wird praktisch sehr viel schwieriger werden die Frage Polen. Es ist sicher ehrlich und ein Ergebnis der Beratungen in der Regierung, wenn Dahrendorf in Hannover gesagt hat gestern und vorgestern, daß eine Anerkennung der Oder-Neiße-Linie rechtlich nicht möglich sei. Aber es gibt da natürlich sehr viele Möglichkeiten, sehr weit zu gehen in diesen Gesprächen. Es ist wahr, daß die etwa sagen – das ist ja doch durchgesickert – erst in einem Friedensvertrag. Aber ihr dürft sicher sein, daß wir in einem Friedensvertrag selber für eine Lösung eintreten werden, die soundso aussieht. Und das ist nun die Frage, wie das lautet. Wir selber haben ja in der Polen-Frage sehr weitgehend formuliert – ich selber habe es getan –, und da wird sehr, sehr aufgepaßt werden müssen, wie weit man geht.

Und nun noch einmal zur prinzipiellen Frage. Von den Russen höre ich – verlässlich –, daß sie granithart sind, daß die Besprechungen mit unseren Botschaftern an Härte und Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen und daß vor allem die eine Forderung erhoben wird, daß wir nicht nur auf Gewalt verzichten, sondern daß wir auch darauf verzichten, eine friedliche Politik der Wiedervereinigung zu betreiben, also mit friedlichen Mitteln unser Anliegen zu fördern. Sie erinnern sich, als ich im Bundestag im Zusammenhang mit den Ereignissen in der Tschechoslowakei über den zweimaligen Besuch des sowjetischen Botschafters<sup>26</sup> berichtete, habe ich auch von der Breschnew-Doktrin berichtet und gesagt, ich fragte an dieser Stelle den Botschafter, ob dies eine neue Forderung der Sowjetunion sei in dem Sinne, daß die Sowjetunion auch ein friedliches Bemühen unsererseits, zu einer gerechten Lösung der deutschen Frage zu kommen, als eine unzulässige Einmischung ansehe, die mit entsprechenden Mitteln der Gewalt von der Sowjetunion zurückgewiesen werden könne. Er ist dann ausgewichen, aber es ist gar kein Zweifel – und ganz neu ist das natürlich auch nicht, das liegt ja im System begründet –, daß die Sowjetunion das will. Und es wäre schlimm, wenn die Regierung vor diese Frage gestellt würde und sie würde dann nachgeben. Das wäre eine vollkommene Unterwerfung unter das Diktat Moskaus in

---

26 Zur Erklärung Kiesingers im Bundestag vgl. Sten.Ber. 5. WP 185. Sitzung am 25. September 1968 S. 10049–10056, hier S. 10051 f. – Zu den beiden Gesprächen Kiesingers mit Zarpapkin vgl. AAPD 1968 Dok. 263, 277. – Semjon Konstantinowitsch Zarpapkin (1906–1984), sowjetischer Diplomat; 1966–1971 Botschafter in Bonn.

der deutschen Frage. Und wir könnten uns ja kaum mehr bewegen, wir müßten bei jedem Wort, das wir aussprechen, jeder Abgeordnete, jedes Mitglied der CDU, jeder Deutsche in der Bundesrepublik, der irgendeine Verantwortung trägt, darüber besorgt sein, daß dies zum Anlaß einer Einmischung von Seiten der Sowjetunion benutzt wird. Und es ist ebenso klar, daß die Sowjetunion beharrt auf ihrem Standpunkt, daß die Vorbehalte der Charta der Vereinten Nationen gegenüber Feindstaaten<sup>27</sup> nach wie vor in Kraft und für sie anwendbar bleiben. Dieses muß man ja im Zusammenhang sehen. Mit anderen Worten: Es ist hier eine Lage entstanden, die mir – und ich glaube, es sollte uns allen so ergehen – die allergrößte Sorge macht. Ich habe gewarnt und habe gesagt, macht es doch so, wie wir es in unserem Memorandum an die Sowjetunion vorgeschlagen haben: Gewaltverzicht für sich allein verhandeln und nicht belastet mit anderen Dingen. Es ist mir klar, daß die Sowjetunion das nicht annehmen würde, es sei denn, sie sagt sich, es lohnt sich, weil wir ja dann vielleicht bei den Gewaltverzichtsverhandlungen nicht nur den Gewaltverzicht als solchen, sondern auch den Verzicht auf friedliche Bemühungen in der Deutschlandfrage herausbekommen werden. Das alles, so sagte der amerikanische Besucher jetzt, erfordert eine große Souveränität und Meisterschaft in der politischen Kunst, und wer sich da leichtfertig darauf einläßt, wird notwendig scheitern müssen.

Ich erzähle in diesem Zusammenhang immer als Lehrstück die Erfahrung, die wir 1955 in Moskau machten.<sup>28</sup> Ich war maßlos erstaunt, als wir bei unseren Verhandlungen über die Frage, sollen wir die diplomatischen Beziehungen aufnehmen oder nicht und dabei dann die zehntausend Kriegsgefangenen dem Verderben überlassen – denn das war ja der Preis, den die Russen forderten, zunächst nicht offen aber hintenrum forderten, wenn ihr diplomatische Beziehungen aufnehmt, dann werden wir, sollten sich noch Kriegsgefangene in der Sowjetunion befinden, freilassen. Ich war maßlos erstaunt, daß das gesamte damalige Auswärtige Amt, alles uns wohlbekannte Freunde, dafür plädierten, wir sollten die diplomatischen Beziehungen nicht aufnehmen, sondern Adenauer sollte auf dem Flughafen aussteigen und sagen: Meine lieben Landsleute in der Bundesrepublik! Die Russen haben von uns die Aufnahme diplomatischer Beziehungen verlangt, wenn sie die zehntausend Kriegsgefangenen freilassen sollten. Das konnten wir nun aus politischen Gründen nicht tun. Es tut mir also herzlich leid, daß die zehntausend weiter drüben schmachten müssen. – Die Reaktion bei uns zu Hause hätte ich damals erleben mögen. Adenauer hat keinen Augenblick lang geschwankt. Ich habe dann unseren Leuten gesagt – ich war ja nur ein simpler Abgeordneter –, ihr habt ja gar nicht mitgeteilt, was ihr überlegt habt. Aber ihr müßt Euch doch überlegt haben, daß ihr vor diese Alternative gestellt werdet und dann müßt ihr doch

---

27 Die Art. 53 und 107 der am 26. Juni 1945 in San Francisco verabschiedeten Charta der Vereinten Nationen bezeichnen die Staaten, die im Zweiten Weltkrieg gegen Unterzeichnerstaaten der Charta gekämpft haben, als Feindstaaten und sehen die Verhängung von Zwangsmaßnahmen vor, falls diese Staaten erneut eine aggressive Politik verfolgen sollten. Vgl. UN-Charta (insbes. Kapitel 8 und 17) im Internet: <http://www.un.org/aboutun/charter/index.html>.

28 Adenauer hielt sich vom 8. bis 14. September 1955 in Moskau auf. Vgl. dazu KILIAN.

den Entschluß gefaßt haben, so oder so zu handeln. Und wenn ihr der Meinung wart, ihr werdet vor diese Entscheidung gestellt, dann durftet ihr doch gar nicht nach Moskau gehen. Das ist nur ein Beispiel. Und so kann es dieser Regierung dutzendfältig bei den kommenden Verhandlungen gehen. Darum muß die CDU, und ich glaube, auch die CSU, einen ruhenden Pol darstellen, und wir werden unter uns nicht auseinanderfallen. Ich werde auch nachher in meiner Pressekonferenz dazu einiges sagen.

Sollte jemand von Ihnen einerseits Ergänzungen zu dem, was ich jetzt vorgetragen habe, vorbringen oder mir in irgendeiner wichtigen Frage eine andere Meinung hier im Vorstand entgegenhalten wollen, dann bitte ich, das zu tun. Ich möchte auch eines noch sagen, wir dürfen nicht in einer solchen Frage einem vielleicht sehr vorübergehenden Stimmungswandel in unserer Bevölkerung nachgeben. Das kann schon nach wenigen Monaten umschlagen. Und wenn wir jetzt deutlich gemacht haben, daß wir skeptisch sind in bezug auf das, was kommen kann, daß man sich keine Illusionen machen darf, dann wird das nachher nicht dieser Regierung, sondern uns zugute kommen, ganz abgesehen davon, daß wir es einfach aus Gründen der deutschen Lebensinteressen nicht anders tun können. Soviel zu der Sache, die mir im Augenblick – ich muß es offen gestehen – politisch am meisten Sorgen macht.

*Stoltenberg:* Herr Bundeskanzler! Ich wollte nur einen Gedanken aufgreifen und sehr stark unterstreichen, den Sie zum Verzahnen der weiteren Meinungsbildung unter uns gesagt haben. Ich halte es auch genau wie Sie für notwendig, daß wir eine vertiefte Diskussion und eine Auswertung der großen Debatten in öffentlichen Stellungnahmen vornehmen anhand einer schriftlichen Analyse, die Sie für das Präsidium und den Vorstand vorgesehen haben, ausgehend von Begriffen, Formulierungen und Zielvorstellungen; einmal die entscheidenden Widersprüche, die Sie ja teilweise hier in Ihrem Referat aufgewiesen haben in der Argumentation der Regierung, etwa der Gegensatz, der mir am evidentesten zu sein scheint zwischen der Selbstbestimmung, die Brandt fordert, und der Erklärung, die Wiedervereinigung findet nicht statt. Das ist nur mal ein Beispiel. Diese Dinge müssen wir, glaube ich, in einem gewissen Aufriß, d. h. in der Form, wie Sie es vorgesehen haben als Arbeitsunterlage für die kommende Sitzung, darstellen. Und wir müssen nun auch unsere Begrifflichkeit verfeinern und präzisieren, denn diese vermeintlichen Gegensätze und tatsächlich vorhandenen Nuancierungen unter uns sind ja z. T. verbunden mit der ungenügenden Präzisierung von Begriffen und Vokabeln. Staat, Nation, Wiedervereinigung, Selbstbestimmung – diese Kernbegriffe müßten, glaube ich, noch einmal, indem wir sie verstehen und wie wir es aussagen, dargestellt werden. Und dieser Arbeit sollten wir uns in der Tat unterziehen und eine der nächsten Sitzungen, vielleicht die nächste oder die übernächste, so vorbereitet vollziehen.

Zum zweiten würde ich bei aktuellen Aussagen – wir kommen ja nicht umhin, natürlich etwas zu sagen in diesen Tagen – eines sehr unterstreichen, was wir hier auch ausgeführt haben. Wir sollten zum Grundsatz der Verhandlung ja sagen, damit wir nicht in die Ecke gedrängt werden, in die wir nicht hinein wollen. Verhandlungen unter bestimmten Voraussetzungen und Bedingungen. Und im Nachsatz unterscheiden wir uns von der Regierung. Also: Erstens Ja zum Grundsatz der Verhandlungen und

zweitens unter bestimmten Voraussetzungen. Unser Bild ist hier in der Öffentlichkeit nicht ganz einleuchtend und auch nicht ganz widerspruchsfrei. Ich glaube auch unter dem Aspekt, daß hier jetzt nun unter schlechten Voraussetzungen ein Test gemacht werden muß. Und ich glaube, daß die öffentliche Meinung in drei oder fünf Monaten bereiter sein wird, uns zu folgen als heute. Wenn wir aber den Eindruck entstehen lassen durch die Äußerungen Einzelner, daß wir von vornherein jede Verhandlungen ablehnen, dann werden wir für ein wahrscheinliches Scheitern verantwortlich gemacht.

*Von Weizsäcker:* Ich stimme dem voll zu, möchte aber noch einmal auf einen Punkt zurückkommen, den Sie am Anfang Ihrer Ausführungen gemacht haben. Ich glaube, wir sollten uns weder von den politischen Gegnern im Bundestag, noch von der Presse eine Divergenz der Meinungen an einer Stelle zu sehr aufreden lassen, die als solche ja gar nicht bestanden hat. Meiner Meinung nach sieht es dabei so aus: Einheitlich haben wir alle die ungeheure Gefahr herausgestellt, die darin besteht, mit dem Begriff der Wiedervereinigung so umzugehen, wie es vor allem Wehner, aber auch Brandt getan haben. Dieselbe Einmütigkeit und Deutlichkeit mit einer für unseren politischen Standpunkt nach meiner Meinung sehr hilfreichen Nuancierung ganz unterschiedlicher Beispiele hat es zu der Theorie der zwei Staaten gegeben. Zweitens, es kann – glaube ich – unter uns allen kein Zweifel darüber sein, daß einem Verzicht auf das Ziel der staatlichen Wiedervereinigung von niemandem von uns das Wort geredet wird. Drittens, dagegen dürfen wir meiner Meinung nach in der Öffentlichkeit nicht den Eindruck erwecken, als bestünde unsere Deutschlandpolitik in dem ausdrücklichen Postulat nach staatlicher Wiedervereinigung. Damit wären wir weder im Einklang mit Konrad Adenauer, noch im Einklang mit dem, was Sie selbst in der Debatte gesagt haben, noch im Einklang mit dem, was unsere Wähler wirklich verstehen können. Und meiner Meinung nach ist die Schwierigkeit in der angeblichen Kontroverse unter uns dadurch entstanden, daß einige Medien berichtet haben, der Standpunkt der CDU in der Deutschlandpolitik wäre ausschließlich die Forderung nach der staatlichen Einheit. In dieser Richtung es also so zu erklären, wie Sie es selbst ja im weiteren Verlauf Ihrer Rede getan haben, wie Sie es auch etwa bei unserem Gespräch mit dem Präsidium des BdV getan haben<sup>29</sup>, wie Sie es ja auch anknüpfend an Konrad Adenauer getan haben, das allerdings halte ich für eine Notwendigkeit, wie ich es eben auch notwendig finde, daß wir uns immer wieder bewußt sind – das ist ja auch ein Punkt, den Sie bei dem BdV-Gespräch sehr eindrucksvoll dargelegt haben –, daß wir die Begriffe immer wieder erläutern und nicht formelhaft wiederholen, daß wir die Begründungen dafür geben, damit sie auch wirklich verstanden werden können. In dem Sinne – glaube ich – sind wir uns einig, und in dem Sinne sollten und brauchen wir uns nicht nervös machen zu lassen von Leuten, die von außen uns sagen, wir wären nicht einig. Im ganzen ist auch mein Gefühl, daß, wenn ich etwa das denke, was Stücklen uns im Fraktionsvorstand gesagt hat, der Eindruck ja vielleicht weniger der war, daß die CDU unterschied-

---

<sup>29</sup> Das Präsidium der CDU traf sich am 20. Januar 1970 zu einem Gespräch mit dem Präsidium des BdV (CDU Presse Mitteilungen vom 20. Januar 1970).

liche Ziele verlangt hätte, sondern mehr der, daß Teile der Öffentlichkeit gesagt haben, ihr habt zwar ganz eindrucksvoll gesagt, was an der Regierung nicht stimmt, aber ihr habt nicht ganz so eindrucksvoll gesagt, was ihr selber eigentlich wollt. Nun, die erste Aufgabe der Opposition ist zu kritisieren, was die verantwortliche Regierung tut. Aber ich finde, daß wir auch sehr deutlich gesagt haben, was unser Standpunkt ist. In Ihren Ausführungen war das ebenso enthalten wie in denen von Barzel, aber trotzdem ist es natürlich immer wieder wichtig zu erfahren, wie es draußen aufgefaßt wird. Aber mein wesentlichster Wunsch ist der, wir dürfen nicht den Eindruck erwecken, als wäre dies die ausschließliche deutschlandpolitische Zielsetzung.

*Kiesinger:* Ich glaube, es wird auch noch dies wichtig sein, daß wir die Wiedergewinnung der staatlichen Einheit als höchstes Ziel sehen in den übergreifenden Zusammenhängen.

*Dregger:* Auch ich bin der Meinung, daß wir Verhandlungen bejahen müssen und unsere Bereitschaft, einen Test zu machen, zum Ausdruck bringen müssen. Aber wir sollten ebenso klar sagen, daß wir Vorleistungen für falsch halten. Vorleistungen können ein Mittel der Politik sein in einer bestimmten Situation und vor allem gegenüber bestimmten Partnern, das zum Erfolg führen kann. Unsere ganze Westpolitik war eine Politik der Vorleistungen. Aber dieses Mittel gegenüber dem Osten anzuwenden, ist absurd, weil die Ziele unserer Gegner unseriös sind, so daß jede Konzession zu weiteren Forderungen notwendigerweise führen muß. Und ich glaube, das wird verkannt in der Öffentlichkeit, und das wird auch verkannt von der Regierung. Die Frage ist, wie unsere Reaktion sein sollte. Ich bin der Meinung, daß die Reaktion hart sein muß, deutlich sein muß, präzise sein muß, obwohl es hier um eine Frage der nationalen Politik geht. Aber wenn es Herr Wehner als Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bundestag ablehnt, eine gemeinsame Resolution zu fassen, und wenn er erklärt, daß die SPD, gegebenenfalls diese Regierung allein frei [sic!] kämpfen wird, dann ist doch die nationale Gemeinsamkeit in der Außen- und Deutschlandpolitik von der Koalition abgelehnt worden. Und wenn Ihr amerikanischer Besucher sagt, daß Unklarheit entsteht in der Welt über die deutschen Positionen – und dafür besteht wirklich alle Veranlassung –, dann müssen wir aus außenpolitischen Gründen dem entgegenwirken, um deutlich zu machen, daß die Regierung nicht das sagt, was die Deutschen meinen, jedenfalls wir nicht meinen. Und wenn ich die Dinge dann noch innenpolitisch betrachte im Wahljahr, bin ich nicht der Meinung, daß es uns schaden würde, wenn wir unsere Position ganz deutlich machen. Ich bin der Meinung – und das ist mein Eindruck aus vielen Gesprächen –, daß keineswegs die Art und Weise bejaht wird, in welcher nun Politik gegenüber Ulbricht gemacht wird. Und darum sollten wir die Gelegenheit zu einer Konfrontation auf diesem Gebiet der Politik durchaus suchen, auch aus innenpolitischen Gründen, nachdem wir zuvor festgestellt haben, daß es auch außenpolitisch richtig ist.

*Amrehn:* Für meine Begriffe gibt es gegenwärtig in der deutschen Politik im ganzen zwei Schwachpunkte. Der eine besteht darin, daß wir in den Grundfragen unserer Außenpolitik und insbesondere unserer Ostpolitik keine geschlossene Einheit durch den Bundestag mehr bilden. Das ist eine ausgesprochene Schwächung der deutschen Position. Ob sie wieder behoben werden kann, muß man heute anzweifeln.

Das zweite, was nicht weniger schwer wiegt, ist die Tatsache, daß mit der Preisgabe der Forderung nach staatlicher Einheit durch die Bundesregierung der innere Wille der Deutschen selbst geschwächt wird, ein fernliegendes Ziel anzusteuern, und damit auch die Kraft gelähmt wird, näherliegende Ziele zu erreichen. Wir selber werden uns bemühen müssen, wenigstens in diesem zweiten Punkt nicht selber Schwächezeichen erkennen zu lassen. Und hier meine ich, gibt es in der Tat auch bei uns zwei Punkte, über die im Vorstand gesprochen werden muß und für die Klarheit gewonnen werden muß, insbesondere auch, um unseren Mitarbeitern hinunter bis zu den Ortsverbänden etwas an die Hand zu geben, womit sie in der Kleinarbeit wirken können.

Herr Dr. von Weizsäcker meinte eben, es sei im Ernst unter uns keine Meinungsverschiedenheit in der Bundestagsdebatte zu Tage getreten. Ich glaube, das ist deshalb nicht ganz richtig, weil Brandt sehr geschickt immerhin auf die früheren Äußerungen von Strauß verweisen konnte, mit denen er selbst auch in Buchform die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands<sup>30</sup> – ich sage es jetzt ganz vorsichtig – in Frage gestellt hat. Das mag ja sehr vernünftig überlegt gewesen sein, aber das gehört jetzt in das Kapitel der Willensschwächung der Deutschen selbst, ein fern gestecktes Ziel anzusteuern.

Und das andere, was uns jetzt beschäftigen muß, ist die Frage, bis wieweit wir selbst Verhandlungen unterstützen können, ohne den Punkt zu überschreiten, von dem es auch für uns später kein Zurück mehr gibt. Mit anderen Worten, bis wir den Punkt erreichen, indem wir selbst materiell auf die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands verzichten. Nun muß ich dazu noch ein erläuterndes Wort sagen. Wir haben doch staatliche Einheit nie als eine Art Selbstzweck verstanden, sondern diese Wortwahl getroffen mit dem Sinn, mehr Freiheit, überhaupt demokratische Freiheit dort wiederherzustellen, und ich kann nur sagen, wir haben im letzten Jahrzehnt von Berlin aus im Gespräch mit Ausländern eigentlich nie von der staatlichen Einheit gesprochen, sondern immer nur von der Herstellung der Freiheitsrechte im anderen Gebiet Deutschlands. Aber das schließt im Grunde die Selbstbestimmung der Einheit des Staates, wenn die Deutschen es wollen, ein. Und davon darf man, glaube ich, nicht zurückweichen, obwohl wir in Gedanken sagen, zwei freie deutsche Staaten wären uns auch recht, weil nämlich die Aufgabe eines solchen Standpunktes immer weitere Preisgaben nach sich zieht. Ich möchte das jedenfalls für uns auch so verstanden wissen. Und nun meine ich, sollten wir die Prüfung der Frage, wo der Punkt liegt, doch auch abhängig machen von dem, was die Regierung wirklich will. Die Regierung hat durch die Bundestagsdebatte Boden gewonnen in der öffentlichen Meinung und im Ausland, und zwar deshalb, weil Brandt wiederum sehr geschickt bestimmte Grundlagen unterstrichen hat, die wir selber mittragen: Selbstbestimmung, NATO-Bündnis, Viermächte-Verantwortung für ganz Deutschland, eine besondere Dreimächte-Bünd-

---

30 Strauß vertrat in seiner 1965 erschienenen Abhandlung „The Grand Design. A European Solution to German Reunification“ (London 1965) die These, daß eine deutsche Wiedervereinigung nur über den Weg der Schaffung einer starken Europäischen Politischen Union und einer Achse Bonn-Paris-London zu erreichen sei.

nisverpflichtung für die Bundesrepublik und für das westliche oder ganz Berlin. Das alles muß von uns unterstützt werden, und das hat er in den Vordergrund gestellt. Aber ich fürchte, daß hinter dem Schirm dieser Unterstreichungen sich ganz andere Dinge vollziehen werden. Und wohin marschiert wird, welche Stufen der Preisgabe von Positionen wir durchmachen, das hat in den letzten zwei bis drei Jahren schon immer Herr Schütz<sup>31</sup> drei Monate oder drei Dekaden vorher gesagt, als die Regierung es ausgeführt hat.

Und ich möchte einfach jetzt damit abschließen, um die Gefahren aufzuzeigen, vor denen wir stehen, daß ich aus einem Aufsatz von Herrn Schütz, den er in der Zeitschrift „Aktuelle Außenpolitik“ Ende Oktober nach Bildung der neuen Regierung geschrieben hat<sup>32</sup> und worin es heißt – es sind drei kurze Absätze, die mir hier wichtig erscheinen, denn dann wissen wir genau, was die im Schilde führen. Da heißt es folgendermaßen: „Die Bundesregierung weiß nicht, ob sie in der DDR selber einen außenpolitischen Partner sehen soll – was sie verbal ablehnt –, oder ob sie [...] in allen politischen Auseinandersetzungen oder Verhandlungen oder Abmachungen mit der Sowjetunion dieses Gebiet [...] als ‚Inland‘ – oder so etwas Ähnliches – sich selbst und der anderen Seite vorstellen soll.“ Die Bundesregierung weiß nicht – so Herr Schütz –, ob die DDR Inland oder Ausland ist. Sie drückt das aus, indem sie sagt, die DDR sei weder Inland noch Ausland. Wie soll das „nicht Inland“ und „nicht Ausland“ plausibel und praktikabel gemacht werden? Die Politik der Bundesregierung nach Osten hin müßte, um dieser Vorstellung zu entsprechen, alle Verhandlungen gleichsam in der Schwebelage halten. Eben dies aber ist in der politischen Praxis unmöglich. Dort wird die Formel zerrieben. In der Praxis fällt die Formel „weder Inland noch Ausland“ zusammen. Sie kann als Regulativ eine Weile die deutsche Frage offenhalten, mehr nicht. Sofern dies die Absicht ist, ist sie tauglich, verurteilt aber gleichzeitig die Bundesrepublik zur Inaktivität, denn keine konkrete Entscheidung, weder eine innerdeutsche, noch eine zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion oder zwischen allen in Frage kommenden Staaten, kann unter dieser Formel wirklich ausgehandelt werden. Und wohin die Inaktivität der Bundesregierung bis in die Mitte der sechziger Jahre geführt hat, ist mehr als deutlich. Die DDR ist über der Behandlung als Inland praktisch immer mehr zum Ausland für die Bundesrepublik geworden. Und sein letzter Satz, der nun folgen müßte, fehlt, den läßt er offen. Aber alles ist deutlich, was hier beabsichtigt ist, was gedacht wird. Und daraus ergeben sich, glaube ich, sehr frühzeitig die Konsequenzen einer Konfrontation in dieser Politik, daß wir das mit zum Anlaß nehmen müssen, unsere Meinung gegenüber der Bundesregierung zu bilden.

*Schröder:* Darf ich mal fragen, wo erscheint so etwas?

*Kiesinger:* Das ist ein kleines Büchlein. Das ist schon vor der Bundestagswahl er-

---

31 Klaus Schütz (geb. 1926), Politikwissenschaftler; 1967–1977 Regierender Bürgermeister von Berlin (SPD). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 294 Anm. 65. – Vgl. auch Wilhelm Wolfgang Schütz in PROTOKOLLE 5 S. 710 Anm. 11 und S. 780–782.

32 Hier zitiert nach dem Abdruck in CDU-Bundesgeschäftsstelle Abteilung Presse und Information vom 27. Januar 1970, 16 S., hier S. 11.

schienen und heißt „Deutsche Außenpolitik nach der Bundestagswahl“ oder „Deutsche Außenpolitik in der ... Legislaturperiode“. Und das ist der letzte Aufsatz in diesem Buch, das eine Reihe von verschiedenen Aufsätzen enthält, die alle lesenswert sind, die alle nur gegen unsere eigenen Auffassungen sind, aber dies ist der radikalste. Herr Amrehn hat recht, Schütz hat immer eine zeitlang vorher angekündigt, was in Zukunft kommen wird. Das ist nicht nur auf seinem eigenen Mist gewachsen.

*Schröder:* Ja, wer hat das dann aber gemacht? Haben Sie eine Vermutung, woher das stammt?

*Kiesinger:* Von Bahr – das ist doch altbekannt. Schütz ist doch ein gelehriger Schüler von Bahr.

*Blüm:* Ich denke, in der Deutschlandpolitik ist das wie an vielen anderen Stellen. Die extremen Lösungen scheiden aus. Ich kenne niemanden, der blindlings bedingungslos Anerkennung fordert, jedenfalls niemand, der ernsthaft in der Diskussion um die Deutschlandpolitik steht. (*Kiesinger:* Sie meinen, von uns nicht.) Von uns kenne ich niemand, der blindlings und bedingungslos die Anerkennung der DDR fordert, (*Zwischenruf:* Doch, Herr Simon!) blindlings und bedingungslos – wenn Sie diesen Zusatz akzeptieren –, auch der nicht. Und das andere Extrem scheidet ebenso aus, daß wir die Hände in den Schoß legen und sagen, ein guter, schöner Friedensvertrag wird uns die Probleme kostenlos lösen, irgendein Friedensvertrag, den wir in ferner Zukunft abschließen. Wenn das ausscheidet, dann kann es nur Lösungen in der mittleren Zone geben. Und da meine ich, hätten wir allen Grund, auch in der Öffentlichkeit zu betonen, daß es auch uns um Hilfe geht, was die menschlichen Verhältnisse in der DDR anbelangt, und zwar nicht nur aus taktischen Gründen, weil das gut klingt, sondern um der Sache willen. Ich glaube, daß dieses Moment nicht nur ein kurzfristiges Ziel ist, wenn wir auf Entwicklung setzen, wenn wir glauben, daß Entwicklung auch im anderen Teil Deutschlands eine Rolle spielt in der Lösung der Deutschlandfrage.

Und zweitens: Diese Zeit ist offenbar mit einem positiven Vorteil gegenüber Gesprächen, Verhandlungen, Dialog versehen. Ich kann das nicht als Nachteil empfinden, wenn diese Mittel in der Politik eine große Bedeutung erhalten. Wir sollten also auch betonen unsere Verhandlungsbereitschaft, auch in der Öffentlichkeit dieses Moment stark zum Tragen bringen, und sei es nur, daß wir den Gegner zum Offenbarungseid zwingen, zum Offenbarungseid des bösen Willens. Unter diesen Aspekten – meine ich – taugt die Deutschlandpolitik nicht zu einem Kontrastprogramm, wenn auch – und das meine ich, müßte man hier vermerken – der „Bayernkurier“ öfters den Eindruck erweckt, als könne man ein Kontrastprogramm entwickeln. Das kann uns nicht ganz gleichgültig sein, denn wir können uns nicht damit beruhigen, daß wir sagen, das ist ein Organ, mit dem wir nichts zu tun haben. In der Öffentlichkeit ist das Unterscheidungsvermögen nicht so differenziert. Und es kommt hinzu, daß ja eine Reihe der Versuche, die unternommen werden, von uns begonnen wurden, daß hier also eine Tradition fortgesetzt wird, wiewohl ich meine, wir sollten nicht nur aus der Tradition, aus der Vergangenheit argumentieren, sondern auch sehr viel stärker von der Zukunft her.

Und ein weiteres wichtiges Argument für die Deutschlandpolitik: Wenn ich Strate-

ge dieser Regierung wäre, dann würde ich für eine deutschlandpolitische Vollbeschäftigung der Opposition sorgen, um nämlich von den eigentlichen Schwächen der Regierung abzulenken. Ich würde dafür sorgen, daß möglichst viel Deutschlandpolitik diskutiert wird und diese Opposition die eigentliche Rechnung nicht präsentiert, nämlich die Rechnung, eine Regierung der inneren Reformen zu sein. Da liegen auch die Schwierigkeiten innerhalb der Koalition. Und diese Schwierigkeiten sollten wir aufdecken, zumal ja die Gefahr besteht, wenn die Deutschlandpolitik nicht zum Ziel führt, dann war die Opposition schuld, wenn sie zum Ziel führt, wird dieses Verdienst von der Regierung in die Scheune gefahren. Ich meine also, wir sollten die Deutschlandpolitik keineswegs hintenan stellen, aber über die Diskussion der Deutschlandpolitik nicht vergessen, daß die Gesellschaftspolitik eigentlich der Hebel ist, mit dem wir diese Regierung auch in Schwierigkeiten bringen können.

*Kiesinger:* Ich stimme Ihnen zu, Herr Blüm. Aber eine Sache bleibt bestehen, so harmlos ist es nicht. Es ist eben ein großer Kontrast. Diese Regierung hat unsere Positionen verspielt, und wir sind verpflichtet, noch zu retten, was zu retten ist. Und es ist eine verflucht ernste Angelegenheit. Da geht es nicht nur um taktische Überlegungen, wie wir die nächste Wahl gewinnen, sondern das ist eine Frage unseres Gewissens. Hier liegt das Problem, und das ist doch das Kontrastprogramm. (*Blüm:* Ich rede ja nicht einer Opposition das Wort, die nicht auch Kritik anbringen kann.) Nein, nein, ich sage es noch einmal in vollem Ernst. In ganzer Schwere ist hier bereits ein Konflikt da und ein Schaden entstanden, der praktisch kaum mehr gutzumachen ist. Das heißt, wir müssen z. B. diejenigen von uns, die Kontakte mit ausländischen Staatsmännern haben, da ganz stark entgegenwirken und denen sagen, wir vertreten immer noch die stärkste politische Kraft in diesem Lande und wir beteiligen uns an diesem Ausverkauf nicht. Das ist doch eine Unverschämtheit, daß die Sozialdemokratie den Ausdruck „Ausverkauf“ – sie hat ausverkauft, sie ist dabei auszuverkaufen –, den Franz Josef Strauß gebraucht hat, als eine Niedertracht bezeichnet hat. Man kann sich darüber streiten, ob man solch einen starken Ausdruck gebrauchen soll oder nicht, aber sonst sind wir uns einig, und ich bin auch der Meinung, daß wir uns ja nicht auf Nebengeleise der Deutschland- und Ostpolitik schieben lassen dürfen und uns davon abhalten lassen, unsere Energie auf andere Gebiete auszudehnen.

*Schröder:* Erlauben Sie mir, einen Satz hinzuzufügen, Herr Dr. Blüm. Die Frage des Hinausgehens über das, was gesagt worden ist, ob wirklich unsere Sicherheitsposition damit konkret gefährdet wird im weiteren Verlauf der Verhandlungen, das ist ein Punkt, der ist genauso wichtig wie die innenpolitischen Angelegenheiten.

*Kiesinger:* Es kann sehr bald kommen, Herr Dr. Blüm, daß z. B. die Sowjetunion die Forderung stellt, auch keine friedlichen Bemühungen um die deutsche Wiedervereinigung. Was für ein Kontrast ist das, wenn die Regierung sich etwa darauf einlassen sollte. Das wäre eine schreckliche Geschichte. Wir wissen es nicht, wie es kommt, aber ... (*Blüm:* Ich wollte nur dafür plädieren, daß wir die Akzente auf Nichtverständigung setzen, auch nach außen hin.) Ja, ja, da sind wir uns einig.

*Von Weizsäcker:* Ich möchte nur noch einmal zwei Bemerkungen aufnehmen, eine von Herrn Dregger und eine von Herrn Amrehn. Herr Dregger, damit kein Mißver-

ständnis entsteht! Sie haben davon gesprochen, daß wir auch aus innerpolitischen Gründen der Gelegenheit zur Konfrontation nicht ausweichen sollten. Und dann ist die Rede davon gewesen, an welcher Stelle wir die Bundesregierung unterstützen können und an welcher nicht. Bitte bedenken Sie doch eins auch im Zusammenhang mit der Debatte. Unklarheiten darüber, an welcher Stelle wir die Regierung in ihrer Deutschlandpolitik unterstützen können und an welcher nicht, gibt es nicht. Lesen Sie die Debatte nach. Es kann keine Rede davon sein, daß es in diesem Zusammenhang irgendeine Unklarheit gibt. Die Frage, die wir hochgespielt haben, ist eine ganz andere – nicht hochgespielt, sondern angesprochen haben, weil wir das müssen. Es gibt einen Zwang, die Zusammenarbeit unter den Parteien in den nationalen Fragen zu suchen, für den der Schlüssel nicht in unserer Hand, sondern in der Hand der Regierung liegt. Und es ist unser Vorwurf der Regierung gegenüber, daß sie diesen Schlüssel nicht benutzt. Es ist nicht unser ständiges Hinlaufen und zu sagen, wir sind ja mit allem einverstanden, was ihr tut, weil wir unter dem Zwang der gemeinsam nationalen Verpflichtung stehen. Die Regierung hat den Zwang dieser Zusammenarbeit zu suchen, und sie hat ihn nicht genügend gesucht. (*Dregger*: Sie hat ihn abgelehnt!) Und in diesem Zusammenhang haben wir von der Zusammenarbeit gesprochen, und in diesem Zusammenhang müssen wir auch weiter von der Zusammenarbeit sprechen. Und da ist nun erstens zu sagen, daß natürlich unsere Hinweise schon in den letzten Wochen immerhin auch einiges bewirkt haben. Die Regierungserklärung am 14. Januar hätte anders ausgesehen, wenn nicht usw. Und in dieser Richtung müssen wir uns selbstverständlich auch weiterhin bemühen. Diesen Zwang zur Zusammenarbeit, den im Grunde nur die Regierung zustande bringen kann und nicht wir, den haben wir sowohl gegenüber unseren Verhandlungspartnern, mit denen wir es im Osten zu tun haben, aber den haben wir natürlich auch gegenüber der eigenen Bevölkerung und auch gegenüber den eigenen Wählern. Denn das wissen wir ja alle aus unseren Erfahrungen. Wir erleben es immer wieder bei den eigenen Wählern. Die einen sagen uns: „Warum seid Ihr nicht viel deutlicher und schlagt denen unaufhörlich alles um die Ohren?“, und die anderen sagen uns: „Liebe Leute, die Bevölkerung wird doch von Jahr zu Jahr immer nüchterner in der Beurteilung der Dinge und Ihr müßt in dieser Richtung, gerade dann, wenn Ihr einen völlig richtigen Standpunkt vertretet, dieser Nüchternheit in der Art und Weise der Darstellung auch Rechnung tragen.“ Ich wollte nur sagen, wenn wir von der Gelegenheit zur Konfrontation sprechen, dürfen wir nicht ausschließen, sondern wir müssen einschließen, von der Regierung den Zwang zur Zusammenarbeit in den nationalen Fragen zu verlangen und nicht müde zu werden, ihr vorzuwerfen, daß sie das nicht tut.

*Dregger*: Ich stimme völlig mit Ihnen überein. Ich bin davon ausgegangen, daß die Regierung diese Zusammenarbeit abgelehnt hat ausdrücklich durch Herrn Wehner und daß diese Regierung die Zusammenarbeit nicht nur finden kann, sondern muß. Wenn sie das nicht tut, und wenn sie außerdem ihre Politik allein formuliert in einer Weise, die wir nicht billigen können, dann müssen wir diese Konfrontation herbeiführen.

*Von Weizsäcker*: Aber bei Wehner ist es ja immer sehr schwer zu wissen, was er

bezweckt. Er ist ja der große Taktiker. Die DDR hat ja unaufhörlich versucht klarzustellen, daß Brandt und seine Regierung in der Debatte einer Meinung mit der CDU seien. Und natürlich hat Wehner immerfort das Interesse, der DDR zu beweisen, daß sie das nicht sei. Er hat in seinem sehr ausführlichen Interview im Südwestfunk nach seinem ersten ganz kurzen lapidaren Satz in dem dpa-Interview<sup>33</sup> auch zum Thema der Zusammenarbeit wieder ganz andere Töne gesagt.

Aber ich wollte nur noch eine Sache, Herr Amrehn, zu Ihnen sagen. Ich glaube, daß wir eine gewisse Chance haben, darauf hinzuwirken, daß Schütz nicht weiterhin das vorweggeschickte Sprachrohr der künftigen Regierungspolitik ist. Wir haben ja gestern vormittag – also bitte, der Herr Vorsitzende ist hier und es handelt sich um eine vertrauliche Sitzung dieses Ausschusses<sup>34</sup>, aber soviel darf man doch immerhin sagen, daß der Herr Schütz uns gestern eine Art von Berlin-Optimismus auf jeder Ebene vorgetragen hat, von der mir hinterher der Herr Dahrendorf in einem Gespräch, bei dem Herr Bahr auch nicht weit weg war, gesagt hat, der Schütz hat die eine Hälfte der Fragen nicht beantwortet, und in der anderen Hälfte der Fragen hat er gelogen. Denn wir wissen doch, daß das Problem darin besteht, daß der Senat unter Führung von Schütz eine eigene außenpolitisch riskante Linie sucht, die im Gegensatz zur Regierungspolitik steht. Und das Problem der Regierungspolitik bleibt, in dieser Richtung Ordnung zu schaffen, und er habe es für unglaublich gehalten in der Art und Weise, wie Schütz gestern so getan habe, als ob es alles dieses überhaupt nicht gäbe. Ich will daraus nur folgern – bitte, wir sollten ja wirklich solche Bemerkungen nicht nach außen tragen, damit nützen wir uns ja gar nicht –, aber ich wollte nur sagen, daß wir durch Verwertung solcher Zitate, wie Sie sie eben vorgetragen haben, in der Tat die ohnehin nicht unprekäre Situation von Schütz auch in den Augen seiner eigenen Freunde in Bonn doch noch etwas prekärer machen können. Und das sollten wir auch tun.

*Lorenz:* Es ist tatsächlich so, daß mindestens in Berlin der Schütz gegenüber seiner eigenen Partei und in großen Teilen der Öffentlichkeit ausgesprochen unglaubwürdig geworden ist, weil er einerseits völlig kritiklos Schönfärberei betreibt, auch im täglichen Gebrauch, und andererseits völlig bedenkenlos in Wortwahl und praktischer Politik Dinge anstrebt, die völlig unausdiskutiert sind, und von denen er selbst nachher nicht genau weiß, was er meint. Er ist selbst von seiner Fraktion in einer gezielten konzertierten Aktion zurückgepfiffen worden. Wie lange das vorhält, weiß ich nicht. Wie lange Schütz trotzdem noch als Ratgeber bei Bahr in Erscheinung tritt, kann ich persönlich auch nicht beurteilen. Ich möchte nur sagen, daß man inzwischen alles das, was er sagt, sehr wenig ernst nimmt. Er neigt im übrigen auch in seiner täglichen Darstellung dazu, alles ist hier schön und groß und gut, und jeder weiß natürlich genau,

---

33 Wehners Interview im Deutschlandfunk vom 18. Januar 1970 in „SPD Pressemitteilungen und Informationen“ 13/70 vom 17. Januar 1970.

34 Sitzung des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen, dessen Vorsitzender Johann Baptist Gradl war. Vgl. seine handschriftlichen Notizen der Sitzung am 22. Januar 1970 in ACDP 01–294–067/2.

daß nichts dergleichen stimmt. Es ist zwar auf dem einen oder anderen Gebiet manches besser geworden, aber im Grunde genommen vieles übertrieben.

Was ich noch zur Debatte sagen wollte, ist hier in anderer Form schon angeklungen. Ich wollte nur noch einmal besonders darauf hinweisen. Eine der Methoden der anderen Seite ist ja immer, da sie unsere Menschen in der Hand haben, den Versuch zu unternehmen, diese Menschen immer mehr zu knebeln und dann uns irgendwann einmal Zugeständnisse zu entlocken mit dem Hinweis darauf, daß man den Menschen Erleichterungen gewährt, was eigentlich eine Selbstverständlichkeit wäre, was dann aber als ein Entgegenkommen betrachtet wird. Sie haben, Herr Dr. Kiesinger, eben sehr richtig an das Beispiel Kriegsgefangene und Aufnahme diplomatischer Beziehungen erinnert, da war es ja auch so. Hier stehen wir natürlich immer in der Gefahr nachzugeben. Und es ist auch jetzt so, daß befürchtet werden muß, daß dieser Regierung eines Tages Zugeständnisse dadurch entlockt werden, daß man irgendein Entgegenkommen in bezug auf Erleichterung des Verkehrs der Menschen in Deutschland untereinander oder auch in Berlin anbietet. Und dann kann es sehr gefährlich werden, wenn die Sicherheit damit bedroht ist. Ich möchte mal auf Berlin bezogen konkret sagen: Wenn man nun z. B. anböte, den Telefonverkehr zwischen den beiden Teilen Berlins wieder aufzunehmen und den West-Berlinern die Möglichkeit zu geben, aus Berlin zu kommen – was immer wieder im Gespräch ist – und dagegen forderte, daß wir Bundespräsenz aufgeben, wie auch immer man das im einzelnen bezeichnen mag, ohne daß gleichzeitig die Lebensfähigkeit Berlins gestärkt wird, etwa durch eine zusätzliche und sichtbare Verbesserung auf den Zugangswegen von und nach Berlin, was die Lebensfähigkeit der Stadt eben wirklich heben würde, dann wäre das auf die Dauer für unsere Stadt eine ungeheure Gefahr. Gleichwohl wäre in der öffentlichen Diskussion die Sache zunächst – oberflächlich betrachtet – eine wichtige Sache. Vor dieser Gefahr stehen wir in absehbarer Zeit, zu der noch die zweite kommt, daß die Regierung wahrscheinlich versuchen muß, irgendwelche außenpolitische Erfolge auch in Richtung Osten aufzuweisen. Und wenn die andern sie am langen Arm verhungern lassen, werden sie dann eher geneigt sein, Zugeständnisse zu machen, selbst wenn sie sie ursprünglich nicht zu machen bereit waren, wenn man ihnen dafür die Angelegenheit dadurch kaschiert, daß man da und dort menschliche Erleichterungen präsentiert. Das scheint mir eine ganz große Gefahr, die auch von uns immer wieder gesehen werden muß und der man auch mit einer gewissen geschickten Taktik begegnen muß, weil wir natürlich auch für Erleichterungen im geteilten Deutschland eintreten müssen und auch eintreten wollen, auf der anderen Seite aber immer wieder rechtzeitig darauf hinweisen müssen, was auch Herr Dr. Schröder sagte, daß die Sicherheit unseres Landes und nicht zuletzt Berlins hierbei nicht verloren gehen dürfen.

*Kiesinger:* Um das kurz zu erwähnen, die können eine solche Lage jederzeit schaffen. Beispiel: Behinderung des Zugangs nach Berlin. Sie können mitten in den Verhandlungen zu einem bestimmten Zeitpunkt auf Rot schalten, und schon ist ein Handelsobjekt da. Wenn wir das beseitigen wollen, müssen wir Zugeständnisse machen. Wir sind also in einer unglaublich ungünstigen Lage.

*Von Hassel:* Ich möchte zwei Bemerkungen machen. Die eine schließt an an das,

was der Kollege Lorenz sagte. Außerdem möchte ich noch mal hier in diesem Kreise im neuen Vorstand erwähnen, was ich in dem alten Vorstand sagte, im Zusammenhang mit der Bundesversammlung in Berlin genau vor Jahresfrist.<sup>35</sup> Da habe ich einige hundert Briefe bekommen, gerade auch aus West-Berlin, bei denen so z. B. die Preislaage Anwälte, Ärzte und ähnliche sagten, nun gebt doch ruhig mal nach, wozu eigentlich so hart usw., während die Briefe, die mich erreichten aus Arbeiterkreisen, vom kleinen Berliner, mich beschworen, hier nicht nachzugeben, weil das erneut ein Schritt wäre auf das, was Sie eben sagten, Herr Kollege Lorenz. Das muß man einfach hier einmal sagen.

Das zweite sind zwei Bemerkungen, Herr Dr. Blüm, in Richtung auf Ihre Ausführungen, und zwar nur zu dem einen Thema, daß Sie sagen, wir wollen kein Kontrastprogramm, und zu dem anderen, in der Öffentlichkeit wird das Ganze nicht mehr so differenziert gesehen. Ich unterstreiche jeden Satz, den uns der Bundesvorsitzende über die Auffassung der Christlich–Demokratischen Union zur Deutschlandpolitik hier vorgetragen hat. Ich möchte keinen Satz noch einmal aufgreifen. Ich sage nur eines, von dem abgesehen, zum Thema Kontrastprogramm. Es gibt einen ganz tiefgreifenden Kontrast zwischen den Sozialdemokraten und uns. Die Sozialdemokraten legen seit Jahren jede Äußerung des Ostens immer freundlich aus, immer optimistisch und meinen, nun sei das alles wunderbar und wunderschön, während wir sagen, wir wollen uns erst mal genau in Erinnerung rufen, was in den letzten 20 Jahren gewesen ist. Und ich meine, daß also gerade diese Erfahrungen, die wir gesammelt haben, unseren Standpunkt bekräftigen: Blockade Berlin, Errichtung der Mauer, jene berühmte Reise der Jungdemokraten nach Weimar oder Eisenach im Jahre 1956<sup>36</sup>, wo die ganze Öffentlichkeit (die das nicht mehr so differenziert) sagte: Hut ab vor dem Mut der jungen Herren! Das waren Scheel und Weyer<sup>37</sup> und der verstorbene Döring<sup>38</sup>, die rübergingen und plötzlich hieß es: Nichts ist geworden! Und deshalb meine ich, es gibt einen fundamentalen Gegensatz zwischen den Sozialdemokraten und uns. Die lügen sich was in die Tasche, während wir versuchen, solide zu prüfen, ist da eine Chance drin, oder haben wir das alles schon einmal gehabt. Und leider ist es so – der Kollege Schröder könnte das aus seiner jüngsten Erfahrung als Verteidigungsminister noch viel genauer sagen –, daß nirgendwo ein Zeichen ist, daß sie bereit wären, uns substan-

---

35 Von Hassel gab dem Südwestfunk am 3. März 1969 ein Interview, in dem er die Rechtmäßigkeit der Abhaltung der Bundesversammlung in Berlin betonte. Vgl. BULLETIN Nr. 28 vom 5. März 1969 S. 233 f.

36 Mitglieder der FDP initiierten Gespräche mit der LDPD. Im Juli 1956 kam es zu einem Treffen in Garmisch-Partenkirchen, im Oktober traf man sich zur Fortsetzung der Gespräche in Weimar. Vgl. AdG 1956 S. 6014 f.; Wolfgang R. KRABBE: *Parteijugend in Deutschland. Junge Union, Jungsozialisten und Jungdemokraten 1945–1980*. Wiesbaden 2002 S. 84; Wolfgang BUSCHFORT: *Parteien im Kalten Krieg. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP*. Berlin 2000 S. 218.

37 Willi Weyer (1917–1987), Jurist; 1956–1972 Vorsitzender der FDP Nordrhein-Westfalen, 1962–1975 Innenminister von Nordrhein-Westfalen. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 13 Anm. 31.

38 Wolfgang Döring (1919–1963), Unternehmer; 1950–1956 Hauptgeschäftsführer der FDP Nordrhein-Westfalen, 1954–1958 MdL Nordrhein-Westfalen, 1957–1963 MdB.

tiell wirklich etwas zu geben. Deshalb sage ich, hier ist ein fundamentaler Gegensatz zwischen uns, die wir sorgfältig die Dinge noch in Erinnerung haben, und den Sozialdemokraten, die sich mit einer Eleganz über die Erfahrungen dieser letzten 20 Jahre hinwegsetzen.

Das zweite, Herr Dr. Blüm! Sie sagen sicher zu Recht, in der Öffentlichkeit wird das alles nicht mehr so differenziert gesehen. Dazu kann ich nur sagen, wenn wir uns nur danach richten, was die Öffentlichkeit meint, sind wir sehr schnell verloren. Wir haben hier einfach angesichts der Struktur der Sozialdemokraten, denen ich zunehmend nicht über den Weg traue, die Verpflichtung, der Öffentlichkeit präzise zu sagen, welche ungeheuren Gefahren da sind. Und ich glaube, daß das auch ankommen wird. Herr Dr. Blüm, ich sitze oben auf dem Präsidentenstuhl bei Fragestunden. Es ist sehr interessant, eine Reihe sozialdemokratischer neuer Kollegen zu sehen, sie sind ja alle auch jüngeren Alters, was für Fragen sie stellen an die eigene Regierung und wie sie in der Auffassung, die die Regierung in der Antwort in der Fragestunde bringt, doch sehr stark versuchen, eine andere Blickrichtung zu bekommen. Das fängt an mit den Wehrdienstverweigerern und was da alles so reingehört. Und da habe ich die riesige Sorge, daß, wenn schon die etwas ältere Generation – dazu gehört doch der Schütz – anfängt, in der Form zu operieren, wie wir von Herrn Amrehn gehört haben, was soll dann eines Tages entstehen, wenn diese jüngeren Leute, die heute im Deutschen Bundestag sitzen, eines Tages die Frontbänkler sind. Und ich garantiere, in zwei Jahren sitzt eine andere sozialdemokratische Mannschaft auf den ersten Reihen. Und deshalb habe ich diese wahnsinnige Angst, daß die schon heute verspielt hat und in Zukunft noch mehr verspielen wird, wenn wir, die Bundespartei der CDU, nicht ungeheuer aufpassen und versuchen darzustellen, wie wir die Lage beurteilen.

*Blüm:* Darf ich ein Mißverständnis klarstellen? Mit den Differenzierungen und mit dem Unterscheidungsvermögen, das war in Richtung „Bayernkurier“ gemeint.

*Katzer:* Herr von Hassel, ich gehöre sicherlich zu den Leuten, die der öffentlichen Meinung nach nicht dieses oder jenes tun. Dazu kennen wir uns zu lange. Nur müssen wir natürlich Änderungen im Bild der öffentlichen Meinung und auch in unserer eigenen Wählerschicht zur Kenntnis nehmen. Wir müssen ihnen nicht nachgeben, sondern wir müssen wissen, daß wir in eine möglicherweise veränderte politische Landschaft hineindiskutieren. Da bleiben für mich drei Punkte. Erstens, es kommt ja nicht nur darauf an, wie wir eine Debatte geführt haben, sondern es kommt ja darauf an, welches Echo eine solche Debatte draußen findet. Und das Echo, dem wir begegnen, ist doch stark, vor allem auch bei der jüngeren Generation. Ich sehe hier auch bei uns zwischen Jungen und Alten eine gewisse unterschiedliche Betrachtung, was durchaus verständlich ist, als wenn die Debatte etwa geführt worden wäre, die Sozialdemokraten wollen menschliche Erleichterungen und die Union will staatliche Einheit. Zweitens, daß gesagt wird, ihr denkt immer nur zurück und denkt nicht nach vorn. Und dann komme ich zum dritten, Herr Bundeskanzler. Ich glaube, es ist immer sehr ahnungsvoll, wenn Sie Ihr Zitat machen zu dem, was in Moskau war und Adenauer dort war, mit den Kriegsgefangenen, und Sie dann mit Recht sagten zu den Leuten im Auswärtigen

Amt, wenn ihr wußtet, daß diese Konfrontation stattfindet, warum seid ihr dann hingefahren? Und wenn wir hingefahren sind, dann müssen die doch die Antwort wissen.

Hier wird natürlich zunehmend an uns die Frage gestellt, wie reagiert ihr denn in Zukunft, wenn das eintritt, was Kollege Lorenz mit Recht aus der Nähe Berlins gesagt hat? Wie ist denn eure Reaktion, wenn es menschliche Erleichterungen gibt, wenn Passierscheine wieder kommen, wenn das Post- und Fernmeldewesen und und und. Ich glaube, da müssen wir auch einmal versuchen, einige Gedanken nach vorne zu denken, um da eine glaubwürdige Antwort zu bekommen. Da wird die Sicherheitsposition des Kollegen Schröder natürlich eine wesentliche Rolle spielen, das ist gar keine Frage – und die Frage Berlins. Aber es wird eine Antwort gegeben werden müssen, wieweit wollt ihr gehen im Verzicht auf Dinge, die für jeden von uns hohe Werte darstellen, die höchsten Werte von der Freiheit her gesehen, von der Verbesserung der Freiheitsposition. Ich glaube, darüber müssen wir noch einmal nachdenken, daß wir dann die Antwort für die Zukunft bereit haben.

*Kiesinger:* Ich darf hierzu nur sagen, Herr Katzer, die Schwierigkeit für uns liegt darin, daß es nicht nur den „Bayernkurier“, sondern weite Kreise gibt, die gerade die mittlere Position bei uns – wenn Sie so wollen – als zu schwach ansehen. Wir würden manche Leute, die heute in dieser Frage etwas schwankend sind, vielleicht gewinnen können, zur selben Zeit aber andere abstoßen. Was eben gesagt worden ist von den Arbeitern, ist sehr wichtig. Das ist nicht nur in Berlin so, sondern das geht bis tief in die sozialdemokratische Arbeitnehmerschaft hinein, die die Situation sehr nüchtern sieht. Der Vorwurf, den man uns immer macht, wir haben in 20 Jahren nichts erreicht, ist absurd. Im Gegenteil, wir haben in 20 Jahren erreicht – und da müssen wir zum Angriff übergehen –, daß wir überhaupt die Positionen gehalten haben, das, was jetzt diese Brüder aufgeben. Aber das ist nur eine kurze Randbemerkung. Ich sehe die Schwierigkeiten auch, und daher kommt es darauf an, daß wir in der ganzen Breite richtig operieren. Es ist tatsächlich nicht einfach. Wir werden so oder so falsch interpretiert oder mißverstanden. Man braucht nur mal nachzulesen, was in der „Frankfurter Allgemeinen“ so steht.

*Gradt:* Ich muß zunächst um Entschuldigung bitten. Ich mache nur ein paar Anmerkungen, denn ich war durch die Ausschußsitzung so lange im Reichstag festgehalten. Ich möchte deshalb nur in aller Kürze folgendes sagen. Erstens, niemand in der Fraktion, als die Formulierung des Fraktionsvorstandes und des Fraktionsvorsitzenden am vergangenen Montag vorgelegt wurde, hat sich dagegen ausgesprochen, daß wir die Bemühung der Bundesregierung, zu einem Test des Ost-Berliner künftigen Verhaltens zu kommen, billigen. Niemand hat dagegen widersprochen. Ich denke, wir sollten dazu zwei Dinge deutlich machen: a) auch wir bejahen solche klärenden Versuche an sich, b) dies ist nicht eine Sache, die erst von dieser neuen Regierung entwickelt werden mußte, sondern dies ist eine Sache, die wir selber, Bundeskanzler Kiesinger an der Spitze, eingeleitet haben, nämlich der Versuch, die Verantwortlichen auf der anderen Seite zu stellen und sie an ihre deutsche Verantwortung zu erinnern und zu versuchen, mit ihnen zu vernünftigen Regelungen zu kommen.

Ich halte gar nichts davon, wenn wir zurückdiskutieren, was vor zehn und vor 15

und vor 20 Jahren war. Die Älteren wissen es, weil sie es noch wissen wollen. Die Jüngeren interessiert es nicht. Die Jüngeren fragen nach vorn, was wollt ihr denn? Und der Vorwurf aus den jüngeren Schichten gegen uns – manchmal unterschwellig, manchmal ausgesprochen, sogar höhnisch ausgesprochen – ist doch, daß wir nicht entwicklungsfähig sind, daß wir rückständig sind, also wenn sie vornehm sind, sagen sie, daß wir konservativ sind. Damit meinen sie, wir seien dem, was jetzt von der deutschen Politik verlangt wird, nicht gewachsen. Und deshalb meine ich, sollte jeder von uns, der spricht oder schreibt, immer darauf achten, daß er nicht den Eindruck erweckt, als ob er diese klärenden Versuche nicht will. Diesen Eindruck kann man nämlich erwecken dadurch, daß man offen sich dagegen ausspricht. Dies tut keiner. Aber ich kann auch die Einschätzung auslösen, ich sei einer, der im Grunde Mißerfolg will, der im Grunde dies nicht will, der dies nur nicht präzise und offen sagt und der sein Nichtwollen in einer überscharfen Kritik oder in einem überscharfen Ausdruck der Skepsis zum Ausdruck bringt. Und dies sollten wir auch vermeiden. Wir sollten ganz ruhig und nüchtern sagen, dies, was die Regierung jetzt tut, ist die Fortsetzung ihrer proklamierten Politik, in gewisser Weise eine Fortsetzung dessen, was wir einmal begonnen haben. Wir werden das kritisch wachsam beobachten. Unsere Aufgabe ist es zu verhindern, daß die deutsche Sache dabei Schaden erleidet. Dies ist sehr verantwortungsvoll und nicht durchsetzt mit Wörtern wie „hart“, „entschieden“ usw. Dies wird geglaubt, dies wird angenommen. Je mehr Konfrontation wir herbeiführen, um so mehr wird die andere Seite in die Lage versetzt zuzuspitzen und soweit zu gehen in ihren Entscheidungen, wie wir sie gerade nicht haben wollen. Ein gut Teil unserer Taktik in der Fraktion in den letzten Wochen war es doch, die äußerste Konfrontation zu vermeiden, denn einen Beschluß, der preisgibt, den können wir haben, wenn wir es darauf anlegen, denn die haben die Mehrheit. Besser ist es, so lange es Sinn hat – und darüber kann man natürlich streiten – zu verhindern, daß es zu dieser äußersten Konfrontation mit einem absoluten negativen Beschluß kommt.

Dann habe ich noch eine Bitte an die Bundesgeschäftsstelle, die ich hier einmal vorwegnehmen möchte, weil ich hörte, wie man sich hier über die Einstellung von Wehner geäußert hat. Ich bin nicht dazu da, Herrn Wehner zu interpretieren. Ich mache nur darauf aufmerksam, wer genau das Verhalten der Sozialdemokraten in der Bundestagsdebatte über die Lage der Nation beobachtet hat, der hat gemerkt, daß sie von unserem Verhalten im Grunde bitter enttäuscht waren. Sie waren enttäuscht, weil sie gehofft hatten, daß wir einen maßlosen Angriff reiten würden, daß wir polemisch zugespitzt reagieren würden, was sie nämlich brauchten nach der Rede von Brandt, die für die Linken und die intellektuellen Mitläufer dieser Richtung ja nicht die Erfüllung ihrer Wünsche gebracht hat. Was sie brauchten, war eine Herausforderung durch uns, die sie ablehnen konnten und die vor allen Dingen ihre Linken zufriedenstellen konnte, damit sie sagen konnten: „Seht ihr, so hart sind wir jetzt in der sozialdemokratischen Führung!“ Dies haben wir ihnen nicht geboten. Wir sind nämlich nicht dazu da, ihnen ihre linken Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen. Aber von daher müssen Sie einiges taktisch verstehen, was von der anderen Seite gesagt worden ist. Ich würde empfehlen, daß maßgebende Sprecher unserer Partei sich nur äußern,

wenn sie den Wortlauf der Erklärungen der anderen haben. Dies gilt auch für fraktionsinterne Auseinandersetzungen. Die Bundesgeschäftsstelle sollte dafür sorgen, daß wenigstens die Mitglieder des Parteivorstandes, wenn es Äußerungen gibt, die von Bedeutung sind für die Beurteilung, daß die fotokopiert werden und möglichst noch am selben Abend rausgehen, damit man sie am nächsten Morgen hat, z. B. ein Interview, wie Herr Wehner es dann am Sonntag im Deutschlandfunk gehalten hat. Meine letzte Bemerkung ist die, auf die Gefahr hin, als ein nationalistischer Reaktionsär zu gelten: Ich bin mit Leidenschaft der Meinung, daß diese Christlich-Demokratische Union an der staatlichen Einheit als Ziel deutscher Politik festhalten muß. Ich will das hier jetzt nicht begründen, das könnte ich. Ich will nur zwei Gesichtspunkte nennen, die für mich mitbestimmend sind in der gegenwärtigen Situation.

Ich lese sehr genau die Ostpresse und nicht nur die erste Seite. Ich sage Ihnen, der größte Triumph, den man der Gruppe Ulbricht bereiten könnte, wäre der, wenn sie in die Lage versetzt würde, erklären zu können, die in Bonn haben die staatliche Einheit aufgegeben. Wissen Sie, wie sie dann antworten würden: Ihr seid euch ja nur treu geblieben. Ihr seid doch entstanden aufgrund eines Befehls der Imperialisten, mit denen ihr Deutschland gespalten habt. Euer Verzicht auf die staatliche Einheit ist die letzte Konsequenz eures Verhaltens. Wir sind diejenigen, die die staatliche Einheit der deutschen Nation weiterhin als Ziel haben. „Es mag lange Zeit dauern“, hat Ulbricht gesagt, „aber sie wird anders aussehen als Euer Staat. Aber wir sorgen dafür.“ Lesen Sie nur einmal nach als Beispiel, wie sie den Ernst Moritz Arndt<sup>39</sup> jetzt bei seinem 200. Geburtstag behandelt haben, dann merken Sie, wie es drüben geht. Ich warne also davor. Dies ist einer der zusätzlichen Gründe für sich.

Und der zweite ist – und das ist ebenso ernst –, und das müssen wir wahrscheinlich noch häufiger sagen, noch deutlicher sagen. Wenn wir den Eindruck erwecken, als ob die staatliche Einheit als Ziel, als Anspruch von der deutschen Politik aufgegeben ist, dann verlieren wir die Basis, die wir brauchen, um mit Recht verlangen zu können, daß die inneren Verhältnisse auf der anderen Seite geändert werden. Denn wenn wir den Anspruch auf die staatliche Einheit aufgeben, dann heißt das, wir sind wirklich in unserem Verständnis zwei Staaten. Und dann hört das auf, daß wir uns darum kümmern, was drüben ist. Und das ist genau das, was Herr Ulbricht gerne will. Dies ist so entscheidend wichtig – auch als Argument – gegenüber denen, die meinen, laßt uns doch die staatliche Einheit aufgeben, dann kriegen wir doch vielleicht ein besseres Verhältnis zu der anderen Seite. Das ist der große Irrtum. Dann erst wird es endgültig auch im menschlichen Bereich festgeschrieben, und wir selber haben uns des Anspruchs begeben. Dies sollte man mehr klarmachen, als das bisher geschehen ist.

*Windelen:* Ich beurteile die Taktik von Wehner, daß er uns in die Konfrontation zwingen möchte, d. h. in eine Opposition des Neinsagens mit den Konsequenzen der Opposition der SPD von 1949 bis 1959. Wir sollten darauf nicht eingehen. Es besteht gar kein Zweifel, daß die ganz große Mehrheit unseres Volkes, auch unserer Anhänger, für Gespräche ist, auch mit Ulbricht. Und wir sollten dem auch nicht – das haben

---

39 Ernst Moritz Arndt (1769–1860), Dichter und Publizist.

wir ja auch nicht getan – grundsätzlich widersprechen. Wir sollten aber mit aller Klarheit, aber ohne Aggressivität und ohne polemische Zuspitzung unseren Standpunkt klar definieren. Wir sollten deutlich unsere Grenzen definieren, wieweit wir bereit sind mitzugehen. Wir sollten das nicht nur deutlich machen, sondern wir sollten das auch begründen, warum wir nicht weitergehen können, damit das klar ist und nicht nur wie eine Wiederholung alter Formeln aussieht. Ich glaube, interessanter als das, was in der Regierungserklärung steht, was in der Debatte danach gesagt worden ist, ist das, was nicht gesagt worden ist oder was nur angedeutet wurde und nicht ausdiskutiert wurde. Und ich glaube, dieser Frage müssen wir uns doch mal ernsthaft zuwenden, ob wir denn wirklich noch gemeinsam das gleiche verstehen, wenn wir von Deutschland sprechen, was jetzt unter Deutschland auch verstanden wird. Der Satz, daß Deutschland auf dem Territorium oder in den tatsächlichen Grenzen von 1970 bestehe, hat mir also ein wenig zu denken gegeben. Und diese Frage ist nicht ausdiskutiert worden. Eine weitere Frage ist es, ob wir das gleiche verstehen, wenn wir von Selbstbestimmungsrecht sprechen, von Selbstbestimmungsrecht, obschon in den Materialien ausdrücklich steht, die Deutschen, die außerhalb des Territoriums von 1970 wohnen, werden hier herausgenommen, die werden an anderer Stelle mal besonders behandelt, das heißt doch, offenbar verstehen wir doch nicht mehr das gleiche unter Selbstbestimmungsrecht, wenn wir von Selbstbestimmungsrecht sprechen. Und ich frage mich, ob wir z. B. noch das gleiche verstehen, wenn wir von Gewaltverzicht sprechen. Wir meinen damit Verzicht auf Gewalt. Brandt hat ja ziemlich unverbrämt gesagt, daß man im Gewaltverzichtsabkommen das alles jetzt notwendigerweise miteinbeziehen muß, was in einer Friedensregelung, die ja in absehbarer Zeit nicht kommen kann, einmal geregelt werden müßte. Und hier – meine ich – müssen wir zu einer Präzisierung der Begriffe kommen, um die Voraussetzungen zu klären, ob es noch eine gemeinsame Basis gibt. Ich habe das Empfinden, daß durch die bekannte Methode der Dialektik, durch Aushöhlung von Begriffen und das Füllen mit anderen Inhalten hier im Grunde Gemeinsamkeiten vorgetäuscht werden oder Gegensätze dialektisch überbrückt werden, die teilweise bei Einzelnen ganz sicher heute nicht mehr bestehen.

*Schwarz-Schilling:* Ich glaube, Herr Gradl hat in sehr eindrucksvoller Weise dargelegt, wie besorgniserregend die gesamte Entwicklung ist, wenn wir langfristige Zielsetzungen, die in der momentanen Situation nicht erreichbar sind, aus diesem Grunde ohne Grund aufgeben. Wir befinden uns ja eigentlich in der ganz merkwürdigen Situation, daß in den vergangenen 20 Jahren wir unsere Positionen halten konnten, weil wir langfristige Zielsetzungen hatten, die darüber hinaus gingen. Und das hat auch gerade Herr Amrehn gesagt, daß diese Position, in die wir jetzt langsam hineinrücken, die Situation genau umkehrt, indem wir den anderen die langfristigen Zielsetzungen und damit auch die moralischen Kategorien der Politik zuspiesen, während wir im Grunde genommen die moralischen Kategorien damit aufgeben. Ich stimme also mit dieser Analyse vollständig überein. Ich glaube aber, es bedarf einer Klarstellung der CDU-Position in der Bevölkerung in dieser Frage, daß unsere Skepsis und unsere Vorsicht, langfristige Zielsetzungen jetzt nicht in Frage zu stellen, nicht etwa Phantasielosigkeit ist, sondern einem langfristigen Konzept entspricht. Es ist draußen etwas der Eindruck

entstanden, und von jedem Ortsverband wird die Frage immer wieder gestellt: Was habt ihr denn langfristig bei der gegenwärtigen Situation dem entgegensetzen, was nun einmal als Realität, als Macht uns hier gegenübersteht? Wie glaubt ihr denn euer Ziel der staatlichen Einheit und ähnliches überhaupt in einem Konzept zu erreichen? Und ich habe es daher sehr begrüßt, als der Herr Vorsitzende hier mitgeteilt hat, daß man doch wieder einmal ein entsprechendes Arbeitspapier mit einem langfristigen Konzept erarbeiten sollte, um diese ganzen Fragen noch einmal neu zu durchdenken. Denn es genügt für die Beantwortung gerade der jüngeren Generation natürlich nicht, und zwar zu Recht nicht, denn wir haben ja auch in der Vergangenheit glaubhafte langfristige Zielsetzungen gehabt, um das derzeit Mögliche zu erreichen. Und wo ist jetzt die glaubhafte langfristige CDU-Position? Ich glaube, sie müßte viel mehr in einer differenzierteren Ostpolitik liegen, indem wir endlich davon abkommen, uns jetzt fast wie ein Kaninchen auf die Schlange Deutschlandpolitik zu fixieren und die Dinge in einem größeren weltpolitischen Rahmen zu sehen, um damit auch wieder ein glaubwürdiges Konzept zu finden, was nicht in der direkten Konfrontation oder Behandlung zwischen der Bundesrepublik und Ost-Berlin liegt oder je liegen könnte. Und das müßte mit einer etwas gedankenreicheren Studie, langfristiger gesehen, so plausibel dargestellt werden, daß unsere scheinbare Inaktivität gegenüber Ost-Berlin verständlich wird im Sinne einer langfristigen Konzeption. Ich glaube, darauf wartet man. Und das ist also einer der wesentlichsten Punkte, und darauf wissen wir auch im Moment – geben wir es ganz offen zu – nicht auf jede Frage sozusagen Schlag auf Schlag die Antwort. Aber das neu zu durchdenken, wie die Gesamtkonstellation ist der Sowjetunion, Chinas, Osteuropas und wie sich da einmal eine langfristige Konzeption Deutschlands einbauen läßt, das müßte man neu überdenken und auf lange Sicht versuchen, etwas zu definieren. Ich glaube, daß wir nur mit dem Konzept, was wir im Moment hier sagen, diese Antworten nicht finden. Und die Fragen werden lauter und lauter gestellt.

*Schröder:* Ich würde gern in diesem Kreis nur ganz kurz mit Rücksicht auf die Zeit aussprechen, was ich als tiefste Sorge bei dem habe, was sich im Augenblick ereignet. Es läßt sich relativ leicht ausdrücken. Ich glaube, daß die ostpolitischen Ansätze, wie die Regierung sie betreibt, zu Enttäuschungen führen werden. Erstens zu Enttäuschungen in Osteuropa. Man hat sich von einer SPD/FDP-Regierung doch wesentlich mehr versprochen als diese Regierung (unter unserem Druck) wird halten können. Es wird dort eine Enttäuschung geben. Ich will jetzt nicht genau voraussagen zu welcher Zeit, aber die Enttäuschung wird kommen. Das ist die eine Seite. Die zweite Seite ist die, daß wir eine Enttäuschung in Westeuropa haben. Ich lasse jetzt mal die Namen der einzelnen Länder weg, auch die haben natürlich die Hoffnung, daß das, was diese neue Regierung jetzt macht, unter Umständen auch für sie nützlicher, weil billiger, weil die deutsche Frage weiter wegrollt, auslaufen könnte. Ich bin der Meinung, daß man unter 1 und 2 die Probleme, die sich daraus ergeben – das ist mittelfristig jetzt gedacht – wird behandeln können. Weder ist die Enttäuschung in Osteuropa so schlimm, noch wird sie in Westeuropa so schlimm sein. Das, was ich nur wirklich befürchte, ist das Dritte.

Das, was ich wirklich befürchte, ist das, was gerade Herr Dr. Kiesinger sagte unter Bezugnahme auf seinen amerikanischen Gesprächspartner. Es macht das sehr deut-

lich, daß die Amerikaner durch diese ganzen Dinge, die jetzt vor sich gehen, bestärkt werden könnten in ihrer Absicht, ihr Engagement in Deutschland zu vermindern. Wenn das aber eintritt – darüber dürfen Sie sich nicht täuschen –, kann ein ganz gefährlicher Erdbeben entstehen, einfach deswegen, weil dann die Leute ein Ohr dafür haben, wenn gesagt wird: Ist denn Verlaß auf eure Bundesgenossen? Stellen Sie sich vor, die Amerikaner gehen zur Hälfte hier weg – das wird im Augenblick diskutiert –, das kann ganz schlimm werden, nicht als ob ich an der Bündniszusage der Amerikaner zweifle. Es ist aber ein großer Unterschied, ob Ihnen jemand eine Bündniszusage gibt, der nebenan wohnt oder ob Ihnen jemand eine Bündniszusage gibt, der ein paar tausend Kilometer entfernt ist mit den herrlichsten Flugzeugen. Aber nicht jedes Flugzeug funktioniert, wenn es funktionieren soll, wie wir gerade bei der 747 in diesen Tagen erleben.<sup>40</sup> Und dann wird das nächstgelegene Potential, nämlich das osteuropäische, sowjetische, kommunistische Potential viel größer erscheinen, als es in Wirklichkeit ist, zu sein brauchte oder wäre. Deutscherseits wird man aus Gründen, die ich jetzt hier nicht erläutern will, dieses Gefälle nicht ausgleichen können durch kräftige eigene Anstrengungen finanzieller usw. Art. Und das droht uns – wenn ich jetzt sage uns, dann meine ich die Deutschen schlechthin – in eine Lage zu bringen, die gefährlich werden könnte. Und wir werden uns deswegen auch überlegen müssen, was wir mit Rücksicht auf diese Gefahr richtigerweise für eine Politik betreiben sollen. Ich wollte das gern in aller Kürze gesagt haben, weil nach meiner Meinung das die eigentliche Gefahr mittelfristiger Natur ist.

*Dregger:* Darf ich noch einen Satz anfügen? Es wird noch eine vierte Enttäuschung geben, nämlich innenpolitisch im linken Flügel der SPD, wenn diese SPD nicht das tut, was von ihr erwartet wird. Und dieser Linksdruck wird so stark sein, wenn ich nur an Herrn Voigt<sup>41</sup>, den Jungsozialistenführer, denke, der gesagt hat: „Wir wollen ein sozialistisches Deutschland in einem sozialistischen Westeuropa. Dafür brauchen wir Entspannung und für die Entspannung brauchen wir die Anerkennung der DDR.“ Dieses Problem ist nicht nur außenpolitischer Natur, sondern es wird auch innenpolitisch in unsere Bundesrepublik hineingetragen. Und wenn wir die Entwicklungen an unseren Universitäten sehen, dann kann das gar nicht von der Hand gewiesen werden.

*Schröder:* Also ich möchte darauf nur noch einen Satz sagen: Das, was ich unter Punkt 3 geschildert habe, droht Punkt 4 um so schlimmer zu machen.

*Heck:* Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich möchte zum Schluß lediglich von der Partei her sagen, es ist ein müßiger Streit, nun zu untersuchen, ob objektiv ein Dissens in der Bundestagsdebatte innerhalb der Fraktion sichtbar gewor-

---

40 Nach zehnjähriger Entwicklungsphase wurde das Großraumflugzeug von Boeing erst Anfang 1970 an die amerikanische Linie Pan American ausgeliefert (vorgesehen war die Inbetriebnahme schon für 1966), konnte aber wegen Triebwerksproblemen erst sieben Stunden verspätet starten.

41 In der Vorlage: Vogt. – Karsten Voigt (geb. 1941), Volkshochschuldirektor; 1962 SPD, 1969–1972 Bundesvorsitzender und 1972/73 stv. Bundesvorsitzender der Jungsozialisten, 1976–1998 MdB. – Zur Äußerung Voigts vgl. „Die Welt“ vom 29. Dezember 1969 „Jugoslawischer Sozialismus ist Vorbild für junge SPD-Mitglieder“.

den ist, sondern wichtig ist nur, daß in der Tat in der Partei und in der Öffentlichkeit der Eindruck entstanden ist, daß ein Dissens vorhanden ist. Mit der Tatsache haben wir uns auseinanderzusetzen.

Eine zweite Tatsache, auf die ich mit Nachdruck aufmerksam machen muß, ist die: Selbst in einem Gremium wie dem Elferrat – das sind nun wirklich die Führungsleute der Fraktion – ist ganz klar die Forderung nahezu gestellt worden und die Auffassung vertreten worden, auch wir müßten uns überlegen, zu irgendeiner Form der staatlichen Anerkennung zu kommen. Das war nicht irgendeine Stimme, und diese Stimme ist nicht von sich aus laut geworden, sondern die Debatte ist über das Wochenende im Wahlkreis diskutiert worden, und man hat dort die Erfahrung gemacht, daß nun speziell aus den Bereichen der jüngeren Generation die Fragen kommen: Was habt ihr geboten? Für die Zukunft habt ihr nichts zu bieten. 20 Jahre habt ihr nichts erreicht und nun kommt ihr mit dem gleichen Rezept.

Das gleiche ist zu Tage getreten bei einer Diskussion in einem Arbeitskreis bei den Sozialausschüssen<sup>42</sup>, und zwar sehr heftig. Ich will nur auf diese zwei Dinge hinweisen, um deutlich zu machen, wir können es uns nicht leisten, weder im Präsidium, noch im Vorstand, verbal über verschiedene Auffassungen uns hinwegzugeben. Wir müssen sogar im Gegenteil die Dinge auf potentiell sich entwickelnde Gegensätze und Auseinanderentwicklungen hin diskutieren. Wir müssen vermutlich dann auch sehr sorgfältig zwei Dinge überlegen, was hier ja angesprochen worden ist – einmal was für uns langfristig gesehen unverzichtbar ist, unabhängig davon, ob es im Augenblick Mode und populär ist und ob man es verkaufen kann. Auf der anderen Seite hat es natürlich auch keinen Sinn, jetzt eine Sprache zu sprechen und für eine Sache zu werben, die nicht mehr gefragt ist. Also eine gewisse Opportunität ist einfach notwendig immer, um die Frage zu beantworten, wie verdeutlichen wir es uns, wie machen wir unsere Politik verständlich. Bei den Sozialdemokraten es ist in der Tat so – da hat Windelen darauf hingewiesen –, daß es eine systematische Arbeit ist. Man hat zunächst die Begriffe aufgelöst, so daß man verschiedenes darunter versteht. Und dann wird die Entscheidung gefällt, welche Interpretation des Begriffs noch Gültigkeit hat. Und das ist klassisch marxistisch und ist übrigens auch richtig. Wenn man in einer Frage einmal das öffentliche Bewußtsein erobert hat, ist die politische Entscheidung lediglich noch der Vollzug dessen. Und darauf kann man an sich warten. Ich halte es deshalb für außerordentlich wichtig, daß, wenn diese Frage bis ins Detail im Präsidium diskutiert ist mit einem Ergebnis, daß das im Vorstand noch einmal diskutiert wird. Denn hier muß in der Tat eine stabilisierende Wirkung vom Vorstand in die Partei hinein ausgehen, und wir müssen vielleicht wieder einmal antreten, um für das, was wichtig ist, was unverzichtbar ist, zu kämpfen.

---

42 Ein Protokoll der Sitzung des CDA-Arbeitskreises Ost- und Deutschlandpolitik liegt nicht vor. Eine ausführliche Diskussion fand im Verlauf der Bundesvorstandssitzung der CDA vom 17. Januar 1970 statt, vgl. das handschriftliche Protokoll in ACDP 04–013–015/2. Vgl. auch das Schreiben von Klaus-Dieter Zemlin, stv. Vorsitzender der Post-Gewerkschaft, an Norbert Blüm betr. des Januar-Arbeitspapiers mit beigefügtem Vorentwurf für eine Entschließung in ACDP 04–013–109/1.

Nun eine Frage: Wir hatten uns an sich vorgestellt, daß Katzer einen Bericht geben sollte, dann Stoltenberg, wenn er wieder zurück ist, und dann ich, und wir haben noch einige Punkte der Tagesordnung, die wir auf alle Fälle noch heute erledigen müssen. Ich neige eigentlich dazu, die Zeit, da der Vorsitzende nicht hier ist, jetzt zu verwenden, um die Punkte der Tagesordnung von 2 bis 4 zu besprechen, und dann können wir mit den Berichten in der Aussprache fortfahren. Soweit ich das übersehe, ist 17.00 Uhr der letzte Termin. Also 16.30 Uhr müssen wir hier zu Ende kommen, weil hier ein Zwang mit den Abflugterminen gegeben ist. Sind Sie damit einverstanden, daß wir so verfahren? (*Zustimmung.*) – Dann darf ich Herrn Dr. Kraske bitten, zunächst über die Lage zu berichten, die die Sondierungen ergeben haben, wo und wann wir unseren Parteitag abhalten.

#### BUNDESPARTEITAG 1970

*Kraske:* Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Der Bundesvorstand hat sich auf seiner letzten Sitzung mit dem Bundesparteitag 1970 beschäftigt. Zur Debatte stand damals die Frage, sollen wir diesen Parteitag in Hessen im Vorfeld der Landtagswahl abhalten, um damit gleichzeitig einen Beitrag zu dieser Landtagswahl zu leisten? Ist ein solcher Beitrag produktiv? Oder sollen wir zur gleichen Zeit außerhalb Hessens – damals war die Rede von Nordrhein-Westfalen – den Parteitag abhalten? Es wurden bei der Frage, ob es sinnvoll wäre, in einen solchen Landtagswahlkampf hineinzugehen, gleichzeitig auch Bedenken gegen die in Frage stehende Halle angemeldet, die Rhein-Main-Halle in Wiesbaden. Das Ergebnis der Vorstandssitzung war: erstens festzustellen, welche anderen Städte in Hessen in Frage kämen, zweitens zu klären, was in Nordrhein-Westfalen im entsprechenden Zeitraum zur Verfügung stände.

Nachdem ich dem Präsidium bereits vor einer Woche berichten mußte, daß sich die Ermittlungen des Landesverbandes in Hessen reduziert haben auf die Rhein-Main-Halle in Wiesbaden, da sich herausgestellt hat, daß andere Städte, sei es aus Gründen der Halle, sei es aus Gründen der Quartiere, nicht in Frage kämen, jedenfalls nicht in diesem Zeitraum, daß aber auch die Mercatorhalle in Duisburg für den entsprechenden Zeitraum nur für einen einzigen Termin zur Verfügung stände an drei zusammenhängenden Tagen, hat das Präsidium die Aufgabenstellung erweitert und hat das gesamte 4. Quartal 1970 feststellen lassen. Das Ergebnis liegt Ihnen im Umdruck vor. Ich bitte, davon Kenntnis zu nehmen, daß für dieses 4. Quartal nur die hier aufgeführten Möglichkeiten überhaupt in Betracht kommen im gesamten Bundesgebiet, wenn Sie davon ausgehen erstens, daß der Parteitag in einer ausreichend großen Halle stattfindet; zweitens, daß in einem Umkreis bis zu 50 km die entsprechenden Quartiere zur Verfügung stehen.

Betr.: Bundesparteitag 1970, hier: Hallenmöglichkeiten im IV. Quartal.

Folgende Hallen können noch im IV. Quartal 1970 in Anspruch genommen werden:

Tagungsort	Hallen	Hotelunterbringung
Hessen: Wiesbaden	Rhein-Main-Halle 12.–14. Oktober 1970 (Montag bis Mittwoch)	in Wiesbaden und Mainz
NRW: Duisburg	Mercatorhalle 2.–4. November 1970 (Montag bis Mittwoch)	überwiegend Düsseldorf (25 km)
Niedersachsen: Braunschweig	Stadthalle Braunschweig 23.–25. November 1970 (Montag bis Mittwoch)	Braunschweig 400 Personen, Rest Umgebung bis zu 60 km
Hamburg	Planten un Blomen Kongreßraum 23.–25. November 1970 (Montag bis Mittwoch)	innerhalb der Stadt ausreichend
Baden- Württemberg: Böblingen	Stadthalle Böblingen 23.–25. November 1970 (Montag bis Mittwoch)	überwiegend in Stuttgart (20 km)

1. Wiesbaden: Vier Wochen vor den dortigen Landtagswahlen in einer Halle, gegen die hier das letzte Mal doch eine Reihe von Bedenken angemeldet worden sind.

2. Duisburg: Zu einem – wie mir scheint – völlig unmöglichen Zeitpunkt. Am 8. November sind Landtagswahlen in Hessen. Ich halte es für ausgeschlossen, daß wir in der letzten Wahlwoche an drei Tagen von Montag bis Mittwoch unseren hessischen Freunden die gesamte Prominenz abziehen.

3. Braunschweig: Am Tage nach der bayerischen Landtagswahl am 22. November. Braunschweig, Stadthalle, ist bekannt. Wir sind dort erst vor sehr kurzer Zeit gewesen. Die Quartierlage in Braunschweig war nicht sehr günstig. Eine große Zahl von Delegierten hatte sehr weite Wege, was doch zu erheblichen Verstimmungen geführt hat.

4. Hamburg: Letzter Parteitag in Hamburg 1957, also vor 13 Jahren. Hallenverhältnisse und Quartierlage erstklassig.

5. Böblingen: Stuttgart – Böblingen, muß ich hinzufügen. Unsere baden-württembergische Parteiführung hat ausdrücklich darauf Wert gelegt, daß Böblingen nicht etwa ein kleiner Ort mit einer geeigneten Halle, sondern ... (*Heck*: Gestatten Sie bitte, daß ich einmal unterbreche, weil Herr Dr. Kraske dieses Böblingen in so verächtlichem Ton ausspricht. – *Heiterkeit*.) Böblingen ist also nahezu ein Vorort der Weltstadt Stuttgart. Der einzige Nachteil von Böblingen – und das hat das Präsidium geschlossen festgestellt – ist, daß die Unterbringung in Stuttgart stattfinden müßte. Und das bedeutet doch Entfernungen von etwa 20 km.

Ich fasse zusammen: Das Präsidium ist nach dieser Lage und nach Überprüfung dieser fünf Möglichkeiten zu dem Ergebnis gekommen, beide Landtagswahlen in Hes-

sen und Bayern abzuwarten und dem Vorstand vorzuschlagen, den Parteitag in Hamburg abzuhalten vom 23.–25. November 1970.

*Heck:* Wird das Wort gewünscht?

*Dregger:* Es ist erstaunlich, daß das Präsidium zu diesem Ergebnis gekommen ist. Ich kann nur etwas zur Halle in Wiesbaden sagen. Ich glaube, der schlechte Eindruck rührte her vom Vertriebenenkongreß, der dort stattgefunden hat. Diese Rhein-Main-Halle erlaubt jede Aufstellung von Bänken und Tischen, also auch ein Forum zu schaffen, wo die Zuhörer und die Zuschauer in einem Halbkreis um das Pult herum versammelt sind. Das ist ja gerade das, was uns in Berlin so gefallen hat. Also, das ist auch in dieser Rhein-Main-Halle möglich. Es kommt nur darauf an, wie man sie herrichtet. Und die Unterbringung im Raume Wiesbaden macht überhaupt keine Schwierigkeit. Bleibt nur die Frage, ob wir in einem Parteitag eine werbende Angelegenheit für die CDU sehen. Wenn wir dieser Meinung sind, dann sollte man ja eigentlich die Gelegenheit nutzen, das einer der fünf Landtagwahlen zugutekommen zu lassen. Wir von Hessen aus haben eine hohe Meinung von der Bundespartei und ihren Parteitagen und sind der Meinung, daß ein Parteitag in Wiesbaden uns nützen könnte. Deswegen plädieren wir dafür, Wiesbaden zu nehmen.

*Von Hassel:* Darf ich nur eine ganz kurze Bemerkung machen. Also, ich habe zunächst mal vor dieser Halle einen Horror. Es mag sein, daß sie damals falsch bestuhlt gewesen ist. Es waren diese Stuhlgalerien eingebaut, und da oben saß in dieser Galerie die APO. Es war so steil, daß man sich träumen lassen konnte, daß aus Gefahren heraus da Leute heruntergeworfen werden könnten oder herunterstürzten.

Ich möchte nur auf folgendes aufmerksam machen. Der Ältestenrat des Deutschen Bundestages hat ja die Arbeit eingeteilt, und also vom 12.–14. Oktober ist Bundestagswoche, und in der Woche vom 2.–4. November ist Bundestagsarbeitswoche. Das schließt nicht aus, daß, wenn wir das heute etwa beschließen, wir das vielleicht noch korrigieren können. Aber das ganze Zeittableau für die Zeit zwischen Sommerpause und 1. Januar ist ja nur unter entsetzlichen Schmerzen überhaupt zustande gekommen. Bedauerlich ist bei mir, daß wir das nicht schon eher entschieden haben, dann hätten wir das so etwa hinfummeln können. Ich muß nur sagen, per heute und entschieden vor 14 Tagen sieht es so aus, die beiden ersten Termine – Wiesbaden und Duisburg – fallen in eine Bundesarbeitswoche. Die anderen Termine sind frei.

*Katzer:* An sich wäre natürlich, zumal nach der Aussage des hessischen Landesvorsitzenden, wenn das als Unterstützung der Wahl gedacht ist, das natürlich eine gute Sache. Das würde man sicherlich hinkriegen. Ich muß nur ein Bedenken anmelden, – das hat nichts mit Hessen und Termin und Halle zu tun. Ich bin Ihrer Meinung, Herr Dr. Dregger, daß man die Halle sehr wohl anders gestalten kann. Nur folgendes: Wir haben sehr wenig Zeit für die Verabschiedung der Weiterentwicklung des Berliner Programms. Wir haben bis jetzt noch keine Vorlage – die Kommission hat gerade erst angefangen –, und ich fürchte ... Ich hätte es ganz gerne in Nordrhein-Westfalen, weil wir das schon einmal beschlossen haben. Aber auch das würde ich aus Termingründen zurückstellen und würde aus Termingründen in der Tat Hamburg den Vorzug geben, weil ich mir einfach sage, die vier Wochen werden wir dringend brauchen, um auch nur

einigermaßen anständig eine Diskussion in unseren Kreisverbänden durchzuführen. Sonst haben wir einfach den Zorn unserer Mitglieder in der Sache, wir kriegen es früher nicht hin. Das ist eigentlich für mich der ausschlaggebende Punkt. Ich wäre gerne für Nordrhein-Westfalen gewesen und hätte mich dann auch gerne für Hessen eingesetzt, aber aus dem Termingrund habe ich mir gesagt, dann bin ich für Hamburg, wo die räumlichen Möglichkeiten ganz sicher ganz ausgezeichnet sind.

*Heck:* Ich muß dazu bemerken, daß in der Tat die Fristen für einen Parteitag mit einer Programmdiskussion ausgesprochene Schwierigkeiten bereiten. Wir bekommen das Mitbestimmungsthema, Wirtschaftsverfassung, Schulreform, Hochschulreform, Verwaltungsreform und Neugliederung der Länder, bloß um ein paar Themen zu nennen. Der Zeitraum ist außerordentlich knapp, und zwar muß ich ja noch in Abzug bringen die Sommerferien, in denen zwar wir in der Bundesgeschäftsstelle arbeiten können, aber die Sommerferien fallen in genau den Zeitraum, wo in den Kreisverbänden beraten werden sollte. Also für die Vorbereitung des Parteitages wäre der Termin nach den bayerischen Landtagswahlen eine entschiedene Verbesserung und Erleichterung für uns, zumal die erste Diskussion in der Programmkommission ergeben hat, daß angestrebt wird, ein ganz neues Programmkonzept zu erarbeiten, so daß ich meine Sorgen habe, ob diese Programmkommission ihre Arbeit zu dem vorgesehenen Termin überhaupt fertig hat. – Meine ganzen Sympathien sind bei Hessen und Wiesbaden!

*Von Hassel:* Aber wir gehen nach Hamburg! (*Heiterkeit.*)

*Echternach:* Ich bin auch dafür, daß wir nach Hamburg gehen, aber nicht weil ich zufällig aus Hamburg komme, sondern wegen der technischen Möglichkeiten. Ich glaube doch, daß dieser Programmparteitag, der ja mit großen Erwartungen nicht nur von der Partei, sondern auch gerade von der jüngeren Generation in der Partei begleitet wird, daß der von vornherein nur eine begrenzte Redefreiheit hätte, wenn er kurz vor zwei wichtigen Landtagswahlen stattfände. Und das würde eine entsprechende negative Reaktion einfach bei denjenigen hervorrufen, die dort frei und auch ungezwungen ihre Meinung sagen wollen und nicht Rücksicht nehmen wollen, ob nun dieser oder jener Diskussionsbeitrag von dieser oder jener unfreundlichen Zeitung mißverstanden und in einen Gegensatz zur Parteilinie gebracht werden könne. Deswegen meine ich, würden wir der innerparteilichen Reformdiskussion keinen Gefallen tun, wenn wir diesen Programmparteitag vor einer Landtagswahl abhalten würden. Und deswegen spricht wohl unter diesem Gesichtspunkt sehr viel dafür, daß wir diesen Parteitag in Hamburg abhalten.

*Heck:* Also, ich glaube, das Pro und Contra ist ausreichend dargelegt. Wer der Meinung ist, wir sollten nach Wiesbaden gehen, wie es ursprünglich ja vorgesehen war, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Mit Verständnis unserer hessischen Freunde geht der nächste Parteitag nach Hamburg. – 3. Tagesordnungspunkt:

NOMINIERUNG VON FÜNF MITGLIEDERN FÜR DEN FERNSEHRAT DER ANSTALT  
ZWEITES DEUTSCHES FERNSEHEN

Hier schlägt das Präsidium folgendes vor: Bisher waren abgeordnet Professor Abelein<sup>43</sup>, Dr. Kraske, Dr. Martin<sup>44</sup>, Dr. Schreiner<sup>45</sup>, Frau Strecker<sup>46</sup>.

Frau Strecker hat gebeten, von dieser Pflicht entbunden zu werden. Das Präsidium war der Auffassung, man sollte Frau Dr. Wex hier an die Stelle von Frau Strecker entsenden, um dadurch zum Ausdruck zu bringen, welche Bedeutung wir im Präsidium dieser Frage beimessen. Und ich glaube, daß es gut wäre, ein Präsidiumsmitglied hier im Fernsehrat zu haben. Bei den übrigen Mitgliedern hat eine sorgfältige Überlegung ergeben, daß wir es bei den Herren belassen sollten, die bisher die Partei im Fernsehrat vertreten haben.

*Dregger:* Das ist ja im wesentlichen eine Wiederwahl mit nur einer Veränderung, die ich selbstverständlich unterstütze und begrüße. Es ist sicherlich schwierig, bei solchen Wiederwahlen Veränderungen herbeizuführen, da ja alle Kandidaten geeignet sind. Auf der anderen Seite möchte ich nur folgendes sagen. Dieser Fernsehrat und unsere Einflußnahme in den Fernseh- und Rundfunkräten sind ja von außerordentlicher Bedeutung. Hier ist handfeste Personalpolitik zu machen. Hier geht es also nicht um Sachgebiete oder ähnliche Dinge. Wir erleben ja in dem hessischen Rundfunkrat unter dem Übergewicht der SPD eine sehr brutale Politik, und wir haben jetzt auch die Praxis, von uns aus – soweit wir diese Positionen besetzen – die härtesten Kämpfer zu entsenden. Unter diesem Gesichtspunkt, ohne jemand in Zweifel ziehen zu wollen, hätte ich gerne vorgeschlagen Herrn Dr. Schwarz-Schilling, der dieser harte Kämpfer ist und der außerdem als unser anerkannter Kulturpolitiker nach dem Ausscheiden von Hanna Walz für diesen Sachbereich zuständig ist, wobei es mir nun schwerfällt vorzuschlagen, wer statt dessen nicht. Aber ich möchte sagen, daß es sehr viele Gründe gäbe, Herrn Dr. Schwarz-Schilling zu nominieren.

*Heck:* Hierzu muß ich aber auf eines aufmerksam machen. Im Fernsehrat ist in der Tat ein Kulturpolitiker eine wichtige Sache. Aber wir haben einen Freund aus Hessen ausgesprochen in dieser Position im Fernsehrat, so daß ich mich wundere, daß von Hessen dieser Vorschlag kommt.

*Dregger:* Ja, ich habe das noch nicht regional gesehen, und ich habe nicht die Absicht, die Kandidatur von Herrn Dr. Martin etwa in Zweifel zu ziehen. Das ist das

---

43 Dr. Manfred Abelein (1930–2008), Rechtsanwalt; 1969 Professor für Politik und öffentliches Recht an der Universität Regensburg, 1965–1990 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 155 Anm. 30.

44 Dr. Berthold Martin.

45 Hanns Schreiner (geb. 1930), Ministerialdirigent; 1969–1991 Sprecher der Landesregierung Rheinland-Pfalz und Leiter der Pressestelle der Staatskanzlei, 1988–1991 Chef der Staatskanzlei.

46 Dr. Gabriele Strecker (1904–1983), Ärztin; 1954–1962 MdL Hessen. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 155 Anm. 29.

einziges Gremium, wo Hessen mal überrepräsentiert ist, sonst sind wir überall unterrepräsentiert.

*Stingl:* Man müßte vielleicht auch einmal feststellen, wie hoch die Präsenz der jetzigen Mitglieder immer gewesen ist. Ich sehe hier, daß Professor Abelein da drin ist, der jetzt eine Professur in Regensburg hat und im Bundestag sitzt. Das finde ich, ist unter Umständen eine sehr große Schwierigkeit, ihm das auch noch aufzuhalsen. Ich weiß nicht, da der Herr Dr. Kraske im Rat drin ist, sollten wir ihn doch einmal fragen, wie unsere Leute da gewesen sind und wer regelmäßig teilnimmt.

*Kraske:* Ich kann nur sagen aus eigener Erfahrung – meinen eigenen Beitrag lasse ich dabei aus dem Spiel –, ich sage nur offen, daß meine Beteiligung im letzten Jahr (wegen Bundestagswahlkampf) nicht so war, wie ich sie mir für die Zukunft vorstelle. Ich würde aber insgesamt sagen, daß diese Mannschaft gut und wirkungsvoll war, da man ja auch mal von dem Ergebnis der Arbeit ausgehen soll. Ich mache darauf aufmerksam, daß für die Linke das ZDF inzwischen nahezu den gleichen Stellenwert wie Springer<sup>47</sup> hat. Und das will, glaube ich, eine ganze Menge heißen. Das ist jedenfalls für die Vertreter der CDU in diesem Fernsehrat eine Bilanz, die man, glaube ich, diskutieren kann.

*Dregger:* Das war sehr vornehm, wenn ich das sagen darf, wie Herr Dr. Kraske sich geäußert hat. Aber unsere Fragen hat er nicht beantwortet.

*Kraske:* Herr Dregger, ich kann nur sagen, ich habe keine Strichliste dabei geführt. Ich vertrete den Vorschlag, den das Präsidium aus gutem Grunde gemacht hat, und wenn Sie hier Klarheit wünschen, dann kann ich den Ball nur Ihnen zurückgeben. Wenn in Abweichung des Präsidiumsvorschlages, was jedermanns gutes Recht ist, andere Vorschläge gemacht werden, hat es geschäftsordnungsmäßig nur Sinn, wenn dann gesagt wird, an wessen Stelle. Dann wird das natürlich auch schwierig.

*Heck:* Es ist sicher so, da der Vorschlag, der sicher viele Sympathien für sich hat, mit der Begründung Kulturpolitik kommt und ein hessischer Kulturpolitiker, der Spitzenkulturpolitiker Dr. Martin in diesem Gremium sitzt – die Frage ist auch diskutiert worden, denn Herr Dr. Martin hat mir auch einen Vorschlag weitergereicht. Ich habe das so verstanden, als ob er keinen großen Wert mehr darauf lege und er der Überzeugung sei, daß er nicht mehr in diesem Gremium sein solle. Aber meine diesbezügliche Anfrage hat er als schreckliches Mißverständnis zurückgewiesen. Ich meine, wenn unsere hessischen Freunde hier nicht den konkreten Vorschlag machen, Herrn Martin mit Herrn Schwarz-Schilling auszuwechseln, dann sollte sich doch der Vorstand dem Votum des Präsidiums anschließen.

*Stingl:* Ich will jetzt zur Person gar nichts sagen. Aber der Vorstand muß sich doch auch mal ein Bild machen können. Mich würde interessieren, wer ist von der anderen Seite drin? Wer ist außerdem noch drin? Das sollte doch auch einmal vorgetragen werden.

---

47 Axel Cäsar Springer (1912–1985), Verleger. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1316 Anm. 39; Hans-Peter SCHWARZ: Axel Springer. Die Biographie. Berlin 2008. – Hier ist gemeint, der Einfluß der Springer-Presse.

*Kraske:* Ich muß Ihnen sagen, Herr Stingl, daß ich das nicht mit Sicherheit sagen kann, weil die Sozialdemokraten auf verschiedenen Wegen benannt worden sind, wie ja auch bei uns. Es haben in der vergangenen Legislaturperiode drin gesessen für die SPD: Herr Berkhan<sup>48</sup>, Herr Garbe<sup>49</sup>, Herr Westphal<sup>50</sup>, Herr Ingensand<sup>51</sup>, wie ich glaube, den Fünften kriege ich jetzt nicht zusammen. Die SPD wird sicher andere Vorschläge machen, weil Berkhahn und Westphal nach dem Vertrag als Parlamentarische Staatssekretäre das nicht weiterführen können. Aber wer da in Zukunft sein wird von der SPD, kann ich Ihnen nicht sagen. (*Zwischenruf:* Der Fünfte war Jockel Fuchs.)

*Stingl:* Wer sind andersgewählte CDU-Leute?

*Kraske:* Andersgewählte CDU-Leute sind Herr Soeldner<sup>52</sup>, der über den Bauernverband hereingekommen ist; Herr Schäfer<sup>53</sup>, Chefredakteur der „Kieler Nachrichten“, der über den Journalistenverband hereingekommen ist; Herr Besson<sup>54</sup>, der über den Bundesrat hereingekommen ist; Herr Dr. Helmut Kohl, der über den Bundesrat drin ist; Herr Domes<sup>55</sup> über Vertriebenenverbände, ein Vertreter der Katholischen Kirche, der an unseren Gruppensitzungen teilnimmt und ein Vertreter des Roten Kreuzes.

---

48 Karl Wilhelm Berkhan (1915–1994), Ingenieur; 1929 Mitglied der SDAJ, 1945 SPD, 1953–1957 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, 1957–1975 MdB, 1969–1975 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung, 1975–1985 Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages. Vgl. Rudolf J. SCHLAFFER: Der Wehrbeauftragte 1951 bis 1985. Aus Sorge um den Soldaten (Sicherheitspolitik und Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland 5). München 2006.

49 Karl Garbe (geb. 1927), Journalist; Redakteur der Juso-Zeitschrift „Klarer Kurs“, ab 1961 Leiter Öffentlichkeitsarbeit SPD-Parteivorstand, Verwaltungsratsmitglied und Vorsitzender im Ausschuß für Unterhaltung des ZDF.

50 Heinz Westphal (1924–1998), Schlosser; 1945 Mitgründer der SPD Berlin, 1948–1950 Vorsitzender der Sozialistischen Jugend Deutschlands „Die Falken“, 1965–1990 MdB, 1964–1974 Mitglied im ZDF-Fernsehrat, 1969–1974 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit, April–Oktober 1982 Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung. Vgl. Hanspeter BLATT/Heinrich EPP (Hg.): Produktive Unruhe. Festschrift für Heinz Westphal zum 65. Geburtstag. Bonn 1989.

51 Harald Ingensand (1923–1992), Journalist; 1949–1951 Pressereferent der Landesregierung Niedersachsen, 1951–1956 Persönlicher Referent des Ministers im Sozialministerium Niedersachsen, 1956–1962 stv. Direktor der Landeszentrale für Bildung Niedersachsen, 1963–1971 Abteilungsleiter und (ab 1964) Senatsdirektor in der Senatsverwaltung für Wissenschaft und Kunst Berlin, 1971–1976 ZDF-Verwaltungsdirektor.

52 Horst Soeldner, Diplom-Landwirt; Zentralausschuß der Deutschen Landwirtschaft.

53 Hans Schäfer (1920–1992), Journalist; 1966–1985 Chefredakteur der „Kieler Nachrichten“, Mitglied im ZDF-Verwaltungsrat.

54 Dr. Waldemar Besson (1929–1971), Historiker und Politologe; seit 1966 o. Professor für Politische Wissenschaft an der Universität Konstanz. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 670 Anm. 22.

55 In der Vorlage: Dohmes. – Dr. Alfred Domes (1901–1984), Journalist und Schriftsteller; 1931–1936 Dozent an der Universität Aarhus/Dänemark, ab 1937 Professor an der TH Danzig. – Vertreter des BdV im ZDF-Fernsehrat wurde Hellmut Gossing (1905–1974), Sparkassendirektor; 1950–1960 Landesvorsitzender des Zentralverband bzw. Bundes vertriebener Deutscher in Niedersachsen, 1955–1959 MdL Niedersachsen, 1959–1963 Staatssekretär im Niedersächsischen Ministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigte.

*Stingl:* Herr Domes wird jetzt zurückgezogen vom Bund der Vertriebenen.

*Heck:* Ja, den hat der Herr Martin vorgeschlagen. Deswegen habe ich die Rückfrage gemacht.

*Stingl:* Dann wissen wir also auch nicht, was da kommt. Ich meine, wir sollten uns in unserer Vorstandssitzung nicht nur mit unseren Fünf befassen, sondern wir müssen Einfluß nehmen auch auf die anderen Verbände und uns früher damit auseinandersetzen.

*Heck:* Aber trotzdem müssen wir zu einer Entscheidung kommen, wen die Partei entsendet.

*Dregger:* Könnte man darüber abstimmen, wenn man sechs Kandidaten hat?

*Heck:* Ja, dann müssen wir wählen lassen. Anders ist das wohl schwer zu machen.

*Kraske:* Wir können das erst machen, wenn auch die Präsidiumsmitglieder wieder da sind. Die haben doch jetzt Pressekonferenz.

*Katzer:* Was interessiert uns denn die Pressekonferenz? Zu was kommen wir denn hierher? Sollen Sie doch ihre Pressekonferenz alleine machen.

*Kraske:* Ich bitte nur um Verständnis, daß wir bemüht sind um größere Publizität. Und bekanntlich haben an einem Freitag Pressekonferenzen, die nach 16.30 Uhr stattfinden, keinen Sinn.

*Stingl:* In Berlin erscheinen Sonntagszeitungen.

*Kraske:* Das Präsidium hat einen Fünfer-Vorschlag gemacht, und ich meine, es müßte dann ein anderer Fünfer-Vorschlag dem entgegengestellt werden.

*Stingl:* Wo steht das? Wir sind der Vorstand und nicht das ausführende Organ des Präsidiums.

*Heck:* Also ich bin der Meinung, vertagen wir den Punkt der Tagesordnung, bis die Mitglieder des Präsidiums hier sind. Ich halte das für ein Gebot der Fairness, daß wir so verfahren. – Wir kommen also zu Punkt 4 der Tagesordnung:

#### BUNDESREDNEREINSATZ BEI DEN LANDTAGSWAHLEN DES JAHRES 1970

*Kraske:* Die Vorbereitungen der vor uns liegenden Landtagswahlen werden dem Vorstand sicher noch in anderer Weise beschert werden. Heute geht es darum, um einen Grundsatzbeschluß zu fassen, der die Vorbereitung des Bundesrednereinsatzes regelt. Dieser Rednereinsatz ist für den Hamburger Bürgerschaftswahlkampf durch unmittelbare Vereinbarung des Landesverbandes mit den gewünschten Rednern vorbereitet. Für die Landtagswahlen an der Saar und in Nordrhein-Westfalen am 14. Juni und für Hessen am 8. November soll es in ähnlicher Weise erfolgen wie bei den Bundestagswahlen. Deswegen hat das Präsidium beschlossen, Ihnen vorzuschlagen, daß sich Mitglieder des Bundesvorstands, Mitglieder des Fraktionsvorstands und die CDU-Mitglieder der Landesregierungen für diesen durch die Bundespartei vermittelten zentralen Rednereinsatz zur Verfügung stellen und dafür, sowohl vor dem 14. Juni wie vor dem 8. November, jeweils zehn Tage zur Diskussion stellen. Das Präsidium bittet den Vorstand, diesen Grundsatzbeschluß zu übernehmen und zu bestä-

tigen, damit auf dieser Basis mit den langfristigen Vorbereitungen begonnen werden kann.

*Heck:* Wird das Wort gewünscht? – Ich stelle fest, daß der Vorstand sich in diesem Falle dem Vorschlag des Präsidiums anschließt. – Bevor wir zur politischen Lage zurückkehren, hat Herr Dr. Schmücker noch zwei Beschlüsse vorzutragen.

#### BAU DER PARTEIZENTRALE

*Schmücker:* Meine Damen und Herren! Sie haben vielleicht schon gesehen, daß wir mit den Erdarbeiten für das Parteihaus schon begonnen haben. Es war notwendig, um den Bau einigermaßen termingerecht oder wunschgemäß herzustellen, daß wir diese Erdarbeiten von dem Gesamtbauprojekt abtrennten und vorab erledigten und in der Zwischenzeit dann die Verträge vorbereiten, und ich hoffe, Mitte nächsten Monats abzuschließen. Das Präsidium hatte mir in der letzten Sitzung die Vollmacht gegeben, schon die Verträge zu vereinbaren. Aber der Bauausschuß hat davon Abstand genommen, weil nach Meinung der Architekten und auch meiner Berater aus der Bundesbaudirektion die Baubeschreibung, die von allen Beteiligten hergestellt war, doch nicht so ausreichend war, daß man eine genügende Sicherheit gehabt hätte, bei Fertigstellung des Baues besondere Ansprüche zu stellen. Und zwar in Zahlen ausgedrückt war es so, daß die Fachleute der Meinung waren, daß die erste Baubeschreibung etwa eine 50 %ige Sicherheit böte. Man braucht aber mindestens eine 90 %ige. Diese neue Baubeschreibung ist dann hergestellt worden von den Architekten, inzwischen an alle beteiligten Firmen übersandt worden, die dann aufgefordert wurden, uns bis Ende Februar ihre Angebote zu machen. Das geht natürlich nicht ohne Ärger ab. Wenn zwölf sich beteiligen und es kann nur einer genommen werden, d.h. einer ist froh und schweigt und elf schimpfen und sind laut. Das muß man einfach in Kauf nehmen. Wer bauen will und ohne Ärger baut, der baut wahrscheinlich zu teuer. Im übrigen ist Ihnen ja die Baukommission bekannt, und die Bitte ist auch hier in diesem Antrag, dieser Kommission die Zuständigkeit für die Vergabe der Aufträge und die laufende Beobachtung zu geben. Ich will noch einmal die Namen verlesen: Herr Amrehn, Herr von Arnim, Herr Kraske, Herr Heck, Herr Seiters und ich.

Eine zweite Bitte möchte ich Ihnen vortragen, und ich bitte um Zustimmung. Der Hausverein ist zur Zeit der Besitzer des Grundstücks. Der Hausverein sollte aber nicht bauen, weil das in der Versteuerung sehr schwierig wird. Und wir schlagen vor, daß der Hausverein das Grundstück an die Union-Betriebs-GmbH verpachtet und die auch das Haus betreibt. Um nun nicht diese Einrichtung allzu mächtig werden zu lassen, ist mein weiterer Vorschlag, aber das wird auch noch steuerrechtlich geprüft, daß die Bausteine im Besitz der Partei verbleiben. Wir müssen ja einen sehr raschen Vermögenszuwachs irgendwie bei der Union-Betriebs-GmbH verkraften. Es muß also der Vermögenszuwachs in Übereinstimmung gebracht werden mit der Abschreibung. Das alles wird noch steuerrechtlich geprüft. Dazu brauche ich keine Beschlüsse. Einen Beschluß aber brauche ich, daß dieser Hausverein wieder in die Form gebracht wird,

die von der Satzung und von der Finanzordnung vorgesehen ist. Das bedeutet, daß dieser Hausverein vom Präsidium gewählt wird. Das müßte also erst beschlossen werden. Dann müßte beschlossen werden, daß Herr Burgbacher als der derzeitige Vorsitzende des Hausvereins gebeten wird, eine Versammlung einzuberufen und daß in dieser Versammlung dann die Neukonstituierung vorgenommen wird und daß dann die Beschlüsse, wie ich sie vorgeschlagen habe, gefaßt werden.

*Heck:* Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Der Bundesschatzmeister hat vorgeschlagen, daß der Vorstand einige Beschlüsse faßt. Die Beschlüsse liegen schriftlich vor.

*Echternach:* Ist schon jetzt absehbar, wann mit dem Bezug des Hauses zu rechnen ist?

*Heck:* Ich kann das mitteilen. Mit dem Bau des Hauses ist begonnen worden. Mit der Bezugsmöglichkeit ist zu rechnen etwa im Frühjahr 1971. (*Schmücker:* Wenn die Gelder da sind.) Der Beschlußentwurf liegt Ihnen vor. Ich weiß nicht, ob Sie ihn schon zur Kenntnis genommen haben. Wenn Sie ihn zur Kenntnis genommen haben, kann ich es mir nämlich schenken, ihn vorzulesen.

*Katzer:* Ich bitte nur, Herr Kollege Heck, einen Parteiadel herbeizuführen, denn ich lese nur Professoren, Doktoren, nur bei meinem Namen steht nichts davor. Ich komme mir sehr nackt vor. Ich bitte also zu prüfen, ob ich nicht einen Parteiadel bekommen kann, daß hier auch vor meinem Namen etwas steht.

*Vorlage für Präsidium und Bundesvorstand der CDU am 23.1.1970. Beschlußentwurf. Präsidium und Bundesvorstand der CDU mögen beschließen:*

„Präsidium und Bundesvorstand der CDU nehmen den Bericht des Bundesschatzmeisters der CDU und Vorsitzenden der Baukommission, Herrn Dr. Kurt Schmücker MdB, über die Sitzung der Baukommission am 14.1.1970 in Bonn zustimmend zur Kenntnis. Im Hinblick auf den Beschluß II/9a des 17. Bundesparteitages der CDU in Mainz vom 17.11.1969, worin die Verantwortlichkeit der Baukommission gegenüber dem CDU-Bundesvorstand festgelegt ist, sind Präsidium und Bundesvorstand damit einverstanden, die Baukommission als das für die Errichtung des Verwaltungsneubaus der CDU in Bonn verantwortliche Gremium zu betrachten und die Baukommission zu folgenden Handlungen zu ermächtigen: a) Vergabe der Bauaufträge, b) laufende Beobachtung der Baudurchführung, c) Vornahme aller Entscheidungen, die zur ordnungsgemäßen Durchführung des Bauvorhabens nötig sind. Die rechtlichen Zuständigkeiten des Hausvereins der CDU e. V. und der Union-Betriebs-GmbH sind dabei zu berücksichtigen. Präsidium und Bundesvorstand nehmen davon Kenntnis, daß bei der Ausarbeitung des notariellen Erbbauvertrages zwischen dem Hausverein der CDU e. V. und der Union-Betriebs-GmbH alle sachkundigen Beteiligten hinzugezogen werden sollen. Der Bundesschatzmeister wird gebeten, die erforderlichen Verhandlungen einzuleiten. Präsidium und Bundesvorstand bitten, ständig und umfassend über alle Maßnahmen bezüglich des Verwaltungsgebäudes der CDU durch die Baukommission unterrichtet zu werden. Auf Antrag des Präsidiums beschließt der Bundesvorstand, vor Eintritt in die Tagesordnung auf seiner Sitzung am 23.1.1970 in Ber-

lin noch die Tagesordnung um den Punkt ‚Errichtung eines Verwaltungsneubaus der CDU und Abberufung und Neuwahl von Mitgliedern des Hausvereins der CDU e. V.‘ zu erweitern.“

*Vorlage für Präsidium und Bundesvorstand der CDU am 23. 1. 1970. Beschlusßentwurf. Das Präsidium der CDU möge beschließen:*

„Das Präsidium bittet den Bundesvorstand der CDU, wegen der Zusammensetzung der Mitgliederversammlung des Hausvereins der CDU e. V. folgenden Beschluß zu fassen: Der Bundesvorstand der CDU beruft hierdurch nach § 3 Absätze 2 und 3 der Satzung des Hausvereins der CDU e. V. vom 8. 8. 1960 und nach § 10 der Finanz- und Beitragsordnung die Herren Professor Dr. Fritz Burgbacher MdB, Dr. Brillinger<sup>56</sup>, Dr. Konrad Kraske MdB, Dr. Heinz Pettenberg<sup>57</sup>, Theo Blank MdB, D. Dr. Eugen Gerstenmaier, Dr. Heinrich Krone<sup>58</sup> und Dr. Klaus H. Scheufelen als Mitglieder des Hausvereins der Christlich-Demokratischen Union Deutschland e. V. ab und dankt ihnen für ihre bisherige langjährige und selbstlose Mitarbeit. Der Bundesvorstand der CDU wählt hierdurch gemäß § 3 Abs. 1 Satzung Hausverein CDU und § 10 Finanz- und Beitragsordnung zu Mitgliedern des Hausvereins der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands die Herren Professor Dr. Ludwig Erhard MdB, Dr. h. c. Kurt Georg Kiesinger MdB, Dr. Bruno Heck MdB, Hans Katzer MdB, Dr. Helmut Kohl MdL, Dr. Gerhard Schröder MdB, Dr. Gerhard Stoltenberg MdB, Dr. h. c. Kurt Schmücker MdB, Dr. Rainer Barzel MdB und Frau Dr. Helga Wex. (Herr Bundestagspräsident von Hassel MdB wird von dem Mitgliederwechsel nicht berührt, weil seine Wahl 1960 ohne jede Zeitgrenze erfolgte und er nun als Mitglied des CDU-Präsidiums ebenfalls Vereinsmitglied wäre.)“

Hinweis:

1. § 3 der Satzung des Hausvereins der CDU e. V. lautet wie folgt: „Mitgliedschaft: Mitglieder sind die Gründer des Vereins. Die weiteren Mitglieder des Vereins werden durch den Bundesvorstand der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands gewählt. Die Mitgliedschaft endet durch Tod, Austritt oder Abberufung. Der Austritt erfolgt durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Vorstand mit sofortiger Wirkung. Die Abberufung erfolgt durch Beschluß des Bundesvorstandes der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands.“<sup>59</sup>

2. § 10 der Finanz- und Beitragsordnung lautet wie folgt: „Der Verwaltung von Liegenschaften durch die Bundespartei dient ein Hausverein. Er besteht aus den Mitglie-

---

56 Dr. Hermann Brillinger (geb. 1915), Diplom-Volkswirt; Verleger in Düsseldorf, stv. Vorsitzender des Hausvereins der CDU. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 774 Anm. 89.

57 Dr. Heinz Pettenberg (1900–1974), Journalist; 1928–1955 Redakteur des „Kölner Stadt-Anzeigers“ (1949 Chefredakteur), 1955–1966 Leiter der CDU-Presseabteilung, 1966–1974 Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit der KAS.

58 Dr. Heinrich Krone (1895–1989), Lehrer; 1949–1969 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 13 Anm. 32.

59 Satzung des Hausvereins in ACDP 07–001–G171.

dern des Präsidiums. Vorsitzender ist der Bundesschatzmeister. Die Satzung bedarf der Genehmigung durch den Bundesvorstand.“

*Heck:* Dann kann ich also feststellen, daß Sie dem Beschlußentwurf, wie er hier vorliegt, zustimmen. Dann kommen wir also zurück zur politischen Lage!

#### VERSCHIEDENES

*Katzer:* Ich wollte an sich drei Punkte vortragen, von denen ich aber wegen der Zeitnot, in die wir nun gekommen sind, vor allem einen Punkt gern erörtert hätte, und zwar die Frage der Behandlung des Berichtes der Biedenkopf-Kommission<sup>60</sup>. Ich glaube, das ist für unsere Partei ein lebenswichtiger Punkt, und es kommt sehr wohl darauf an, daß wir von der ersten Stunde an hier in eine richtige Einlassung kommen und daß wir uns auch klar werden, wie die weitere Einlassung für die Zukunft sein soll. Der Bericht selbst ist noch nicht ausgedruckt. Ich habe per Zufall ein hektographiertes Exemplar bekommen – 400 Seiten –, ich will auf den Inhalt nicht groß eingehen, weil das einer eingehenden Erörterung bedarf. Ich möchte nur sagen, daß wir – glaube ich – glücklich sein können, daß wir auf dem Parteitag hier in Berlin in der Mitbestimmungsfrage nicht so votiert haben, wie das Berliner Programm es verabschiedet hat, denn wir hätten uns selbst in eine sehr miese Diskussion nach diesem Bericht, der mir vorliegt, gebracht, wenn wir damals ein „No“ gesagt hätten. Wir sind damals offen geblieben und haben damit jetzt alle Chancen – ich betone, alle Chancen –, um die Diskussion konstruktiv bestimmen zu können.

Die erste Einlassung, die wir gegeben haben – am Mittwoch, 17.00 Uhr, wurde der Bericht übergeben an den Bundeskanzler –, haben wir schriftlich fixiert, und wir haben ihn abziehen lassen, nachdem Herr Stoltenberg und Frau Wex vom Präsidium gebeten hatten, das zu haben. Ich würde empfehlen, Herr Generalsekretär, daß wir unseren Parteifreunden insgesamt diesen Text in geeigneter Form zukommen lassen, denn ich meine, das sollte die Sprachregelung sein, an die wir uns alle die nächsten 14 Tage halten sollten. Dann kommt ja sowieso eine dezidierte Diskussion durch Publikationen auf Arbeitgeberseite, Gewerkschaften. Aber die ersten 14 Tage wären wichtig, daß wir so verfahren. Herr Dr. Barzel hat diese Erklärung in seinem Namen

---

60 Dr. Kurt Biedenkopf (geb. 1930), Hochschullehrer; 1963 Habilitation, 1964–1970 Ordinarius an der Ruhr-Universität Bochum, 1966 CDU, 1967–1969 Rektor der Ruhr-Universität, 1973–1977 Generalsekretär der CDU, 1976–1980 und 1987–1990 MdB, 1977–1986 Vorsitzender des LV Westfalen-Lippe, 1980–1988 MdL Nordrhein-Westfalen, 1986/87 Vorsitzender des LV Nordrhein-Westfalen, 1990–2002 Ministerpräsident von Sachsen, 1990–2004 MdL Sachsen, 1991–2002, Vorsitzender des LV Sachsen. – Biedenkopf leitete die von der Bundesregierung eingesetzte Mitbestimmungskommission, die sich am 24. Januar 1968 konstituiert hatte (vgl. dazu „Sozialpolitische Umschau“ Nr. 6 vom 21. Januar 1970). Der Bericht „Mitbestimmung im Unternehmen“ der Kommission wurde am 21. Januar 1970 der Bundesregierung übergeben, vgl. BULLETIN Nr. 10 vom 23. Januar 1970 S. 93–95 sowie BT-Drs. VI/334 vom 4. Februar 1970.

für die Fraktion abgeben, wie auch ich im Fernsehen eine kurze Interpretation fast wörtlich in Übereinstimmung mit dem Text dieser Erklärung gegeben habe. Sie liegt Ihnen vor, ich will sie jetzt nicht wiederholen.

„Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt die Vorlage des Berichtes der Mitbestimmungs-Kommission. Der gründliche und umfassende Bericht stellt eine bedeutende Hilfe für künftige Beratungen und Entscheidungen dar. Besonders wertvoll erscheint die eingehende und in dieser Form zum erstenmal durchgeführte Erforschung der Erfahrungen mit den bisherigen Formen der Mitbestimmung. Der Bericht zeigt, daß die Entscheidung der Regierung der großen Koalition, eine unabhängige Kommission einzusetzen, richtig war. Die CDU/CSU dankt der Kommission für die in zwei Jahren geleistete intensive Arbeit. Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU wird eine Arbeitsgruppe einsetzen, die gemeinsam mit der Programmkommission der Partei den umfangreichen Bericht eingehend beraten wird und Vorschläge machen soll, welche Konsequenzen aus dem Bericht zu ziehen sind.“

Der letzte Satz hier sagt: „Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU wird eine Arbeitsgruppe einsetzen, die gemeinsam mit der Programmkommission der Partei ...“ – und das war das, was der Kollege Heck mit Recht bei der ersten Einlassung dieses Elferrates der Fraktion zum Thema gemacht hat, daß er nämlich sagte, hier ist die Partei natürlich angesprochen, denn Sie wissen, daß wir auf dem letzten Berliner Parteitag in unserer Beschlußfassung auch aufgenommen haben den Passus, daß über die endgültige Haltung der Union auf einem Sonderparteitag entschieden wird. Ich bin der Meinung, so wie die Dinge jetzt liegen, wird es möglich sein, daß wir gar keinen Sonderparteitag brauchen, sondern daß wir in diesen Programmparteitag – oder wie immer man das jetzt im Herbst in Hamburg nennt – diese Punktation miterarbeiten hineinnehmen. Das wäre natürlich auch insgesamt viel besser, als wenn wir einen spektakulären Sonderparteitag nur mit diesem Thema einberufen würden.

Ich bitte erstens also, daß wir uns vorerst an diesen Punkt halten und daß das so publiziert wird; zweitens, ich stelle der Bundespartei ein Exemplar von zehn Seiten zur Verfügung, die ein Auszug – keinerlei Stellungnahme – der wichtigsten Beschlüsse sind plus einer kleinen Dokumentation, in der die Begründungen, die man kennen muß, wenn man die Beschlüsse nachher, die Empfehlungen, der Kommission geben will, enthalten sind. Und dann hätte ich die herzliche Bitte, daß sowohl der Wirtschaftsrat – ich habe mit dem Kollegen Stoltenberg dieses Papier hier abgestimmt und auch abgestimmt mit der CSU und mit dem Kollegen Blüm für die Sozialausschüsse –, daß wir nun alle einheitlich in dieser Sprachregelung vorerst bleiben und uns dann über die weiteren Schritte verständigen, damit wir in dieser wichtigen Frage in einer größtmöglichen Einmütigkeit vorgehen. Denn das hat uns natürlich im letzten Wahlkampf auch enorm geschadet, daß gerade in dieser Frage widersprüchliche Äußerungen im Wirtschaftsrat hier, Sozialausschüsse da usw. den Leuten in den Versammlungen immer wieder um die Ohren gehauen wurden. Das wäre also der erste Punkt, über den wir hier jetzt sprechen sollten. Insgesamt glaube ich, wenn man eine Wertung vornimmt, ist mit diesem Bericht, mit dem Ergebnis der Kommission, im Grunde niemand ganz zufrieden. Aber es kann auf der anderen Seite auch niemand

ganz unzufrieden sein. Die Gewerkschaften sind nicht zufrieden, weil bei der Mitbestimmung für sie in der Begründung eine ganze Reihe von positiven Wertungen vorgelegt werden, zu deren Schluß sie nicht kommen. Umgekehrt: Die Arbeitgeberseite ist nicht zufrieden, weil eben diese Wertungen da sind. Auf der anderen Seite gibt es ein Positivum, daß es ein Mehr an Mitbestimmung gibt, sowohl ein Mehr nach der Qualität, als auch ein Mehr nach der Zahl der Betriebe, die hier vorgeschlagen werden, daß sie aufgenommen werden in die Mitbestimmungsdiskussion. Im übrigen ist das Modell, Herr von Weizsäcker, wesentlich angelehnt an das, was die Evangelische Kirche in der Mitbestimmungsdiskussion hier dargestellt hat<sup>61</sup> – auch ein Punkt, von dem ich meine, daß das die öffentliche Diskussion nicht erschwert, sondern erleichtert. (Von Weizsäcker: Vielen Dank, sonst werde ich immer getadelt in diesem Zusammenhang.) Ich würde also zusammengefaßt meinen, daß das – wie wir es hier geschrieben haben – eine gründliche und umfassende Bestandsaufnahme darstellt, die eine wichtige Entscheidungshilfe für uns ist. Und auf der Basis sollte man sich einlassen. Ich wäre sehr dankbar, wenn man sich dazu verstehen könnte und sich jetzt nicht von irgendeiner anderen Seite beirren läßt. Darüber müssen wir uns im klaren sein. Der Kollege Stoltenberg hat es übernommen, mit dem Wirtschaftsrat zu sprechen. Ich hoffe, daß das auch positiv gelingt. Denn wenn von irgendeiner Seite ein anderes Votum hier erfolgt, dann gibt es sofort in voller Breite wiederum die Diskussion in der Union.

*Schmücker:* Ich habe den Bericht, da er ja noch nicht ausgedruckt ist, nicht lesen können und hole mein Wissen aus der Zeitung. Ich stimme mit dem überein, was Hans Katzer gesagt hat, daß wir uns so verhalten sollen. Ich meine aber, aus den Ausführungen von Herrn Katzer entnehmen zu können, daß er dem Bericht gegenüber – rein politisch gesehen – eine gewisse Sympathie entgegenbringt. Das kann ich verstehen. Denn wenn wir allzu lange uns enthalten, geraten wir in die Gefahr, daß wir diesen Vorschlag hoher weiser Professoren dann nachher politisch einfach hinnehmen müssen. Und in die Ecke möchten wir uns nicht drängen lassen. Denn in einem Punkte bin ich ganz anderer Meinung als der Bericht. Der Bericht wagt es nicht, der einen oder der anderen Seite die Mehrheit zu geben und zu institutionalisieren. Und das paßt mir nicht. Wenn das die Politik der Zukunft ist, dann habe ich Bedenken, wenn das hier plötzlich öffentlich behandelt wird. Das ist mein Hauptbedenken, und es muß die Möglichkeit bestehen, daß wir das intern behandeln. Sonst bin ich ganz und gar der Meinung, wie Herr Katzer das hier vorgetragen hat.

*Katzer:* Zur Aufhellung der Angelegenheit möchte ich folgendes sagen: Das Ergeb-

---

61 Der Rat der EKD veröffentlichte im November 1968 die Denkschrift „Sozialethische Erwägungen zur Mitbestimmung in der Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland“. Vgl. Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (Hg.): Sozialethische Erwägungen zur Mitbestimmung in der Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland. Eine Studie der Kammer für soziale Ordnung, Hamburg 1968. Vgl. dazu auch FAZ vom 16. November 1968 „Kirche und Mitbestimmung“; „Sonntagsblatt“ vom 24. November 1968 „Ausgleich von Interessen“. Thematisiert wurde die Debatte auch auf dem 14. Evangelischen Kirchentag 1969 in Stuttgart, vgl. FAZ vom 21. Juli 1969 „Mit den Knochen der Menschen Geschäfte machen“.

nis der Kommission gibt lediglich im Aufsichtsrat der Kapitalseite einen leichten Vorsprung.

*Heck:* Darf ich etwas sagen? Wir sind uns darüber einig, daß wir jetzt nicht in eine Sachdiskussion eintreten können, einfach deswegen, weil die Mitglieder des Vorstandes gar nicht informiert sind und nicht in der Lage wären, eine Sachdiskussion zu führen. Es geht lediglich darum, wie wir jetzt, bis wir zu einer Sachdiskussion kommen können, zu dem, was vorgelegt ist, Stellung nehmen. Und ich glaube, hier ist der Vorschlag von Herrn Katzer zu akzeptieren.

*Katzer:* Ja, nachdem aber Kurt Schmücker eine falsche Darstellung jetzt gegeben hat und man daraufhin zu falschen Schlußfolgerungen kommen kann, möchte ich diesen Punkt aufklären, damit sich das nicht festsetzt.

Das Modell-Beispiel ist in ein paar Sätzen gesagt: 1. Bei einem Zwölfer-Aufsichtsrat würde die Kapitalseite sechs Mandate entsenden, die Arbeitnehmerseite vier Mandate, wovon ein bis zwei von Gewerkschaftsseite der Betriebsvertretungsgewerkschaft nominiert werden können, aber die Wahl insgesamt von den Belegschaften durchgeführt werden muß. 2. Es gibt zwei weitere Mitglieder, die jeweils mit der Mehrheit der Stimmen der Gruppen nominiert werden. Also, wenn einer käme mit der Mehrheit der sechs, das wären dann fünf, die anderen, das wären vier, müßten drei mit der Mehrheit der Arbeitnehmergruppe entsandt werden. Das würde also – jetzt mal brutal ausgesprochen – für die erste Zeit, bis sich das eingespielt hat, 7:5 lauten. – Das ist das, was in der Publizistik nicht klar herausgestellt wird.

*Schmücker:* Gut, wenn das so ist, ist das anders.

*Heck:* Wird dazu das Wort noch gewünscht?

*Schwarz-Schilling:* Ich möchte nur wissen, wie sich das institutionell abspielen wird. Hier steht: „Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU wird eine Arbeitsgruppe einsetzen, die gemeinsam mit der Programmkommission ...“ – heißt das, daß die zugeordnet wird zur Programmkommission, daß gemeinsame Sitzungen stattfinden, denn die Programmkommission wird ja praktisch Ende Februar mit diesem spezifischen Punkt konstituiert werden von der Obergruppe, die wir jetzt gebildet haben. Ist da diese Gruppe der CDU/CSU schon anwesend oder wie stellt man sich das vor?

*Katzer:* Ich stelle mir vor, daß dann von der Fraktion her dazu die Delegation erfolgt.

*Blüm:* Noch etwas zum Verfahren. Ich meine, daß diese Pause, die ja von allen Seiten akzeptiert wird, vornehmlich auch eine Lesepause ist, eine Pause des Studiums. Damit kann nicht gemeint sein, daß wir die Diskussion über die Mitbestimmung erst auf dem Parteitag beginnen. Die Junge Union wird einen Kongreß im Mai abhalten zur Mitbestimmung<sup>62</sup> usw. Was wir mit der Lesepause erreichen wollen, ist ja hauptsächlich

---

62 Der JU-Kongreß zur Mitbestimmung wurde von Mai auf September vertagt, da es keine geeignete Tagungsmöglichkeit gab, und fand am 25. September, im Vorfeld des Deutschlandtages (25. bis 27. September 1970), in Braunschweig statt. Dort tagte der Arbeitskreis „Weiterentwicklung der Demokratie im wirtschaftlichen Bereich“. Vgl. dazu ACDP 04-007-085/1, -040/1; Bundesgeschäftsstelle der Jungen Union Deutschlands (Hg.): Beschlüsse des Deutschlandtages 1970 der Jungen Union Deutschlands. Bonn o. J. S. 3 f.; „Die Entsch-

lich eine Entkrampfung in der Gesellschaftspolitik und daß wir uns vor allen Dingen mit voreiligen Urteilen nun nicht festlegen.

*Heck:* Man kann niemandem das Maul verbinden. Aber wir müssen hier so verfahren wie auf dem Berliner Parteitag: auch keine Festlegungen, weder von den Sozialausschüssen, sondern Empfehlungen. (*Zwischenruf:* Aber keine Diskussion.) Doch, natürlich! Es wäre doch töricht, in einer Partei durchsetzen zu wollen, in einer solchen Frage darf nicht bei uns gesprochen werden. Nur sollte man die Form der Beschlüsse, auf die wir zusteuern, so fassen – es sind Empfehlungen.

*Stoltenberg:* Ich wollte nur etwas zu der Lesepause sagen. Einige Leute lesen schneller, einige lesen langsamer. Und es ist natürlich gut, wenn man darüber noch einmal nachdenkt und zunächst – und das ist der entscheidende Punkt – miteinander am runden Tisch noch einmal darüber spricht. Und ich möchte hier folgendes sagen: Wir haben ja zwar die Programmkommission, in der ja auch die verschiedenen Auffassungen unserer Partei wohl vertreten sind, ergänzt durch die Fraktion. Aber ich bin schon der Meinung, wir sollten versuchen, mal eine erste Runde der Diskussion dort stattfinden zu lassen, bevor wir öffentlich sprechen, denn sonst haben wir doch sehr schnell – etwa sechs Wochen später – das, was wir vermeiden wollen. Und der Mai – ich weiß nicht, wie der Termin zustande gekommen ist – ist natürlich gar kein guter Termin für die Anlage der Diskussion. Wenn wir am 14. Juni die FDP in Nordrhein-Westfalen und im Saarland unter Umständen unter die 5 % kriegen wollen, müssen wir nur aufpassen, daß wir im Mai in einem größeren Forum dann auch so diskutieren, daß wir nicht da eine bestimmte Bevölkerungsgruppe, die zwischen uns und der FDP pendelt oder beweglich ist, unnötig durch eine zu forcierte Diskussion beeinflussen. Das würde ich also nur zu dem Verfahren sagen und auch zum Termin, aber ein bißchen mehr als eine Lesepause muß es ja sein.

*Heck:* Aber es ist ja so, wenn der Entwurf der Programmkommission vorliegt, dann wird dieser Entwurf nicht nur den Kreisverbänden, sondern auch den Vereinigungen mit der ausdrücklichen Bitte um Stellungnahme übersandt, also auch an die Sozialausschüsse und an die Junge Union. Und daß in dem Augenblick nicht nur studiert, sondern auch diskutiert wird, das ist überhaupt nicht zu vermeiden. Ich kann mir nicht vorstellen, daß mit dem Sozialausschuß Schweigen zu vereinbaren ist über Monate hinweg und daß man das alles ausklammern könne, wenn die im Mai ihren Kongreß über Mitbestimmung haben. Das ist doch nur eine Stimme im Prozeß der Meinungsbildung. Da haben wir eigentlich auf dem Parteitag in Berlin doch recht gute Erfahrungen gemacht.

*Schwarz-Schilling:* Ich möchte doch aber eines sagen. So ideal, wie Sie das eben mit Berlin geschildert haben, sehe ich das nicht. Denn es war ja doch ein ganz erhebliches Werk, die Dinge von einer extremen Position auf den dann sehr günstigen Text herunterzubringen. Und ich weiß nicht, ob uns das immer in der gleichen Weise gelingen wird, wie es Gott sei Dank in Berlin gelungen ist. Ich wäre also schon der Meinung,

---

dung“ Nr. 10/Okttober 1970 S. 12–15; „Kölner Stadtanzeiger“ vom 23. September 1970 „Kontroversen in der Jungen Union“.

daß man, sofern überhaupt in der Sache dezidierte Äußerungen gemacht werden, man diese wirklich nur als persönliche Äußerungen und nicht qua Sprecher irgendeiner Gruppe oder Vereinigung machen sollte, bis nicht eine gewisse gemeinsame Plattform in dieser Programmkommission oder erweitert mit der Bundestagsfraktion erreicht wurde. Denn es könnte ja sein, daß gerade die Arbeit dieser Programmkommission durch bereits gemachte Äußerungen kolossal erschwert wird, weil man dann von irgendwelchen Äußerungen – auch wenn man sie in der Sache nach der Diskussion gar nicht mehr vertritt – nicht mehr herunterkommt und dann die gesamte Eigengesetzlichkeit der Gruppe und der Öffentlichkeit ins Rollen gebracht hat. Also, ich möchte schon sagen, es wäre sicher der Sache dienlich, wenn man sich jetzt äußerster Zurückhaltung bedient und das vielleicht doch etwas länger ausdehnt, als das jetzt im Moment gesagt wurde.

*Heck:* Ich gehe davon aus, daß die Sozialausschüsse in ihren Reihen dieses Gutachten lesen. Und dann fängt bei den Sozialausschüssen ein Prozeß der Meinungsbildung an. Bei denen ist durchaus keine uniforme Meinung vorhanden. Es ist nicht so, daß die mit einer Meinung anfangen, die sie dann am anderen Tag verkündigen. Bei der Jungen Union gibt es sicher auch verschiedene Auffassungen. Der beste Weg ist immer der, wenn man in einem solchen Fall, wo eine Frage in der Partei auf einen Parteitag hin diskutiert wird, das, was auf einem Kongreß gesagt worden ist, zusammenfaßt als Meinungen aus dem Bereich der Jungen Union und nicht mit einer Stimme Mehrheit Beschlüsse faßt – „Das ist die Auffassung der Jungen Union“ –, so daß die Junge Union dann im Gegensatz steht zwar zu dem, was auf dem Parteitag vorgelegt wird. Und das gleiche Verfahren würde ich auch für die Sozialausschüsse empfehlen. (*Katzer:* Und beim Wirtschaftsrat!) Selbstverständlich! Aber den Wirtschaftsrat zähle ich noch nicht zu den Vereinigungen.

*Katzer:* In der Praxis noch nicht. Aber wir werden bald eine Klarstellung bekommen von seiten des Wirtschaftsrates hinsichtlich seines Selbstverständnisses in der Union. Eine öffentliche Diskussion bekommen wir. Ich habe denen geschrieben. Die Sache ist nicht in Ordnung gebracht worden. Wir haben vor dem Parteitag in Mainz ein Gespräch mit dem Wirtschaftsrat gehabt, in dem Herr von Bismarck klipp und klar erklärt hat: „Das geht nicht so, wie das bisher gemacht wurde. Das ist uns bescheineigt worden. Wir werden eine andere Form finden.“ Und dann auf dem Wirtschaftsrat-Herrenabend geht der Vorsitzende, Herr Schäfer, hin und sagt: „Eine andere Form kommt gar nicht in Frage, daß wir uns hier auflösen.“ Der Punkt muß möglichst bald entschieden werden, sonst wird das wiederum erneut ein Diskussionspunkt werden, der auch in der Öffentlichkeit behandelt wird. Das wird sich nicht lange hinhalten lassen. Ich habe also die herzliche Bitte an den Herrn Generalsekretär, hier jetzt dem Wirtschaftsrat zu sagen: Liebe Leute, das habt ihr jetzt dreimal gemacht, vor Braunschweig, vor Berlin, vor Mainz – und nachher entscheidet ihr euch immer anders.<sup>63</sup> Also mehr als dreimal ist nicht zugesagt.

*Heck:* Ja, da wäre einiges zu sagen, aber das steht jetzt nicht an.

---

63 Zur Diskussion um den Wirtschaftsrat als e. V. vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1364–1370, 1502–1506.

*Echternach:* Ich wollte nur noch etwas zum Sonderkongreß der Jungen Union sagen. Ich glaube, man muß auch hier die Äußerungen der Vereinigungen differenzieren, weil Äußerungen der Sozialausschüsse und des Wirtschaftsrates bzw. der Wirtschaftsvereinigungen ein anderes Gewicht haben in dieser Frage, als etwa die Äußerungen der Jungen Union, zumal sie nicht eben als der eigentliche Kontrapunkt in der Diskussion angesehen wird. Aber ich glaube, es ist besser, daß die Junge Union ihren Willensbildungsprozeß vorher abschließt, bevor die Partei mit einer, auch in Gestalt der Programmkommission abgeklärten Meinung herauskommt, weil das eher kontroverse Stellungnahmen in der Öffentlichkeit provoziert, als wenn man vorher mit einem Diskussionsbeitrag herauskommt, der zwar für die Junge Union eine abgeschlossene Willensbildung bedeutet, aber natürlich nicht bedeutet, daß etwa die Junge Union erwartet, daß diese ihre Vorstellungen ohne Punkt und Komma von der Partei übernommen werden, sondern das wäre dann der Diskussionsbeitrag der Jungen Union, der in die Willensbildung der Partei eingehen müßte. Insofern halte ich es an sich für besser, daß wir etwa nach dem Programmparteitag den Mitbestimmungskongreß durchführen und dann die Gefahr von kontroversen Stellungnahmen und Fortdauer von Kontroversen fortfällt.

*Heck:* Es ist immer schwierig, wenn ein Kongreß der Jungen Union stattfindet, und es wird dort eine Meinung der Jungen Union fixiert. Dann kommt anschließend eine Vorlage der Programmkommission, die von der Jungen Union beraten werden soll. Die kann gar nicht beraten werden, denn der Kongreß hat beschlossen. Da liegen die großen Schwierigkeiten in den Terminen. Es wird aber so sein, daß wir Mitte/Ende April doch in etwa sehen, in welche Richtung die Kommission steuert. – Wird zu der Vorlage der Biedenkopf-Kommission noch das Wort gewünscht?

*Blüm:* Ich wollte nur noch etwas mehr Optimismus hier investieren als Herr Schwarz-Schilling, denn wir haben insofern eine Erleichterung, als wir ja auf der Grundlage des Biedenkopf-Berichtes diskutieren können. Und hier – finde ich – sollten wir doch auch gerade die Erfahrungen, die Biedenkopf vorlegt, zur Kenntnis nehmen. Das würde die Diskussion schon eingrenzen. Ich glaube, daß wir an einer offenen Interpretation dieser Fakten nicht vorbeikommen, Herr Stoltenberg, denn wir werden ja diese Diskussion nicht hinter verschlossenen Türen führen können, einfach weil uns die Öffentlichkeit Fragen stellt, bei denen wir nicht einfach passen dürfen.

*Heck:* Hans Katzer, ist insbesondere noch weiteres zu sagen, was in den Bereich Sozialgesetze fällt?

*Katzer:* Ich hatte eigentlich noch zwei Punkte, das sind Renten- und Krankenversicherungsbeiträge. Aber es hat keinen Sinn, über Gesellschaftspolitik zu sprechen, wenn die Herren bei der Pressekonferenz sind. Ich werde es also jetzt unterlassen. Aber für die Zukunft möchte ich bitten, daß wir die Frage Gesellschaftspolitik vom Rang her auch so behandeln, daß wir vollzählig dabei sind. Ich würde jetzt also bitten, daß ich bei der nächsten Sitzung Gelegenheit habe, diese Punkte im Sachzusammenhang darzustellen.

*Heck:* Dann ist im Präsidium beschlossen worden, daß als Dritter Herr Dr. Stoltenberg referiert über den Bereich Wirtschafts- und Finanzpolitik. Das wird vermutlich

auch in einer umfassenden Weise sehr schwierig sein. Es ist die Frage, ob etwas Besonderes herausgehoben werden soll!

*Stingl:* Ich würde eigentlich gerne noch zum Thema, das wir vorhin behandelt haben, einen Beitrag liefern.

*Heck:* Zu welchem Thema?

*Stingl:* Wir haben vorhin doch diskutiert nach dem Bericht von Dr. Kiesinger über die Lage.

*Heck:* Da habe ich also ausdrücklich festgestellt, daß zum Thema Deutschlandpolitik eine Wortmeldung nicht mehr vorliegt und die Aussprache abgeschlossen ist. Vielleicht habe ich auch zu leise gesprochen. Ich bitte um Nachsicht! – Bitte schön, Herr Dr. Stoltenberg!

*Stoltenberg:* Ich möchte mich aus den gleichen Gründen, die in unserer Zeitsituation liegen, kurz fassen und nur einen aktuellen Punkt vortragen. Wir haben, glaube ich, in der politischen Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit und im Parlament folgende Lage:

Die Regierung verändert ihre sachlichen Positionen hier wie in anderen Fragen gegenüber der Zeit vor der Wahl. Wir wissen, welche große Bedeutung die Wirtschaftsauseinandersetzung, die Aufwertungsdiskussion, für den Wahlkampf gehabt haben, aber natürlich auch die Publicity, die Herr Schiller verstanden hat, für sich und seine Politik zu gewinnen, und daß wir demgegenüber in der Wirtschaftspolitik, die einmal bis 1963 und auch im folgenden Jahr unter Kurt Schmücker das Zentrum der CDU-Politik war, nun in den letzten Jahren etwas in den Hintergrund getreten sind. Das lag in der Konstellation in der Großen Koalition, lag auch vielleicht an einigen Dingen, die wir selbst bei uns zu suchen haben. Nach der Wahl ist ein Knick, fast ein Bruch, im Vorgehen der SPD. Man hat nicht mehr von Stabilität gesprochen, man hat sich auf einen isolierten Aufwertungsbeschluß beschränkt und statt dessen in Koalitionsvereinbarungen im Grunde eine Politik eingeleitet, die den realen Erfordernissen der Konjunkturlage und der Stabilisierung nicht entsprach. Das kommt am sichtbarsten zum Ausdruck in den Koalitionsvereinbarungen über die Steuersenkungen, Arbeitnehmerfreibetrag-Ergänzungsabgabe zum 1. Januar diesen Jahres, also Steuersenkung in der Hochkonjunktur. Das, was man Herrn Dahlgrün<sup>64</sup> als große Sünde von 1965 immer wieder vorgehalten hat, hat man genau hier wieder vereinbart und auch in einigen isolierten Aktionen von Ministern, am bekanntesten der eben erwähnte Punkt Rentnerzuschüsse, nachher umgewandelt in Weihnachtsgeld an Rentner, und andere Dinge. Da ist zu verzeichnen, daß es vor allem während der Weihnachtspause eine außerordentlich kritische Phase in der öffentlichen Diskussion gegenüber Schiller und dieser Regierung gegeben hat, die wir durch Äußerungen, Pressekonferenzen und Stellungnahmen gefördert haben und durch die die Regierung in Verbindung mit der Preisentwicklung in gewisse Schwierigkeiten gekommen ist. Auf der anderen Seite ist auch hier sichtbar, daß sie seit zwei bis drei Wochen versucht, aus diesen Widersprü-

---

64 Rolf Dahlgrün (1908–1969), Jurist; 1957–1969 MdB (FDP), 1962–1966 Bundesminister der Finanzen. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 181 Anm. 15.

chen herauszukommen und ein Konzept zu finden. Dieses Konzept, das jetzt wohl in Grundzügen gestern und heute mit dem Jahreswirtschaftsbericht der Regierung verabschiedet wird und mit seinen Gesamtbeschlüssen vom Kabinett entschieden wird, bringt die Änderung der Ziele und Maßstäbe mit sich, von der ich schon sprach, eine Änderung der Ziele insofern, als Preisstabilität in den zweiten Rang gerutscht ist und die Sicherung der Vollbeschäftigung und eines Wirtschaftswachstums demgegenüber weitgehende Priorität erhält. Die Beschlüsse verzichten auf die steuerlichen Maßnahmen sowohl in der einen wie in der anderen Richtung, sie werden verschoben. Unsere Forderung nach Verschiebung der Steuersenkung ist teilweise erfüllt, ich würde sagen teilweise, weil wir an sich nicht den 1. Juli als den richtigen Termin ansahen, sondern den 1. Januar nächsten Jahres. Man ist da unterschiedlich vorgegangen – Ergänzungsabgabe (FDP 1. Januar), Arbeitnehmerfreibetrag (Forderung der Koalition der SPD 1. Juli). Wir müssen uns mal genau überlegen, wie wir uns dazu einlassen, ob wir bei beiden auf den 1. Januar gehen wollen oder das nicht tun. Das ist eine Frage, die wir noch besprechen müssen. In der Tendenz entspricht es unseren Vorstellungen.

Schiller hat auch verzichtet – und Möller nach einigen Hin und Her – auf die Gedanken, die Steuerpolitik zur Konjunkturbeeinflussung einzusetzen (Investitionssteuer, degressive Abschreibung). Die Dinge sind also auch weg, die wir in unserer Kommentierung kritisch behandelt haben, vor allem deshalb, weil eine kurzfristige Wirkung dieser Maßnahmen in der überhitzten Periode nicht zu erreichen ist. Diese steuerlichen Instrumente greifen nicht so schnell, weil das Maßnahmen waren, die nach Stabilitätsgesetz auch nicht durch Verordnungen in Kraft gesetzt werden konnten.

Die Regierung hat sich beschränkt auf die Haushaltspolitik und ist dort weiterhin – wie auch heute die Morgenpresse zeigt – sehr kritischen Betrachtungen ausgesetzt. Sie geht auf 11,8 % Steigerung brutto im Bundshaushalt, durch die Sperrungen kommt sie herunter auf knapp 9 %, was nach den Normen früherer Jahre, etwa Schillers Bewertung von 1966, erheblich über dem liegt, was eine solide Finanzpolitik erfordern würde. (*Windelen*: Wobei die Ausgangsgrößen nicht stimmen.) Da kommen noch manipulative Dinge hinzu, über die man noch im einzelnen sprechen müßte. Der Versuch, der offenbar noch mal unternommen worden ist mit der Bundesbank – Thema der Diskontpolitik –, über die 2,6 Mrd. hinaus zu sperren, ist offensichtlich nicht gelungen. Und hier liegt die Problematik, daß nun auch von dort aus der Druck auf die Freigabe dieser Mittel kommen wird und damit zweifellos eine nicht konjunkturgerechte Ausgabenpolitik. Diesen Punkt werden wir vertiefen müssen, hinzu kommt ja aber die Frage von Resten aus dem Vorjahr von 1,8 Mrd. Das müssen wir alles einmal sehr genau und auch für die Breite der Öffentlichkeit einsehbar darlegen im Bundestag in den Debatten ihres bevorstehenden Jahres- und Haushaltswirtschaftsberichts. Wir haben natürlich demgegenüber auch das Erfordernis, unsere eigenen Anträge an diesen Dingen zu orientieren, und da sind wir ein bißchen in die kritische Betrachtung hineingekommen, versuchen das aber auch in der Arbeitsplanung der Fraktion jetzt überzeugend zu gestalten.

Ich würde also so resümieren: 1. Eine offene und kritische Auseinandersetzung ist möglich mit der Preispolitik. Wir müssen daran erinnern, daß Schiller einmal ange-

treten ist mit 3, 2, 1, also einem Programm zur Stabilisierung der Preise auf maximal 1 %. Er findet sich jetzt mit 3, 3,5 % möglichen Preissteigerungen ab. Er vertritt sie sogar in gewissen Wendungen des Jahreswirtschaftsberichtes.<sup>65</sup> Das ist eine populäre breitenwirksame Sache, die jeder begreift, die bis hin zu den Taxifahrern jedermann ärgert. 2. Die Regierung hat in der Steuerpolitik sich aus der Schußlinie herausgebracht durch eine Annäherung an unsere Positionen, so daß wir hier sagen können: in etwa befriedigend, die Fristen müssen noch einmal diskutiert werden. 3. In der Haushaltspolitik liegt der zweite Punkt der kritischen Auseinandersetzung. Er ist etwas schwerer, weil die Öffentlichkeit natürlich dieses Zahlenspiel nicht ganz durchschaut und weil wir selbst hier nach den Veröffentlichungen von Möller gestern etwas in der Gegenkritik stehen, daß wir auch nicht in jedem eigenen Punkt nun ganz hier den Normen entsprochen haben und uns mit der Regierung anlegen. Aber das sind Dinge, die man – glaube ich – auch in diesem Jahr durch eine überzeugende Gesetzgebungspolitik korrigieren kann.

Ich will hier nicht in Konjunkturprognosen hineingehen. Das hat keinen Sinn, sie sind z. T. widerspruchsvoll. Daß mit der zweiten Jahreshälfte mit einer Abschwächung zu rechnen ist, ist die allgemeine Meinung. Wie weit die geht, ob das eine Normalisierung bedeutet oder eine Rezession, weiß im Augenblick niemand. Daß andererseits der Boom noch eine relativ starke Kraft bis zum Sommer hat, ist auch evident. Insofern können wir, glaube ich, nicht auf eine von der Wirtschaftspolitik her besonders günstige Ausgangsbasis für Nordrhein-Westfalen hoffen, mit Ausnahme der Preise. In Hessen und Bayern mögen sich diese Dinge schon etwas anders in den Ausgangsvoraussetzungen ergeben. Wie weit diese Abschwächung geht, weiß im Augenblick niemand. Außenwirtschaftliche Faktoren, die Entwicklungen in Amerika und Westeuropa, werden eine ganz große Rolle spielen, über die aber auch noch verschiedene Meinungen in den Ländern selbst bestehen. Als nächstes werden wir eines Tages hier auch zu einer Bilanz über die Aufwertung kommen müssen. Wir wollen den ständigen Streit nicht fortsetzen, aber Dinge, wie z. B. die Tatsache, daß, als die ungewöhnlichen Liquiditätsschwierigkeiten entstanden sind – um die eine Frage hier aufzugreifen –, die Bundesregierung zurückgreift auf die Devisenmittel, die wir in Amerika angelegt haben, und 2 Mrd. DM abberufen hat, was eine außenpolitisch schwere Verstimmung hervorgerufen hat, um überhaupt die Zahlungsbilanz aufrechtzuerhalten, gehört alles zu dem, was eines Tages über das Problem der Aufwertung gesagt werden muß. Das sollte man sich aber für eine spätere Auseinandersetzung vorbehalten.

Ich würde abschließend resümieren, neben dieser konjunkturpolitischen Diskussion gibt es die Notwendigkeit, unsere wirtschaftspolitische Programmatik als solche weiterzuentwickeln oder auf den neuesten Stand zu bringen. Dazu gehört eine ganze Reihe von Fragen, die z. T. sich auch mit der Gesellschaftspolitik verbinden, von den Problemen der sogenannten Ordnungspolitik bis hin zu der Frage einer sozial- und marktwirtschaftlich richtigen Form der Erweiterung der Vermögensbildungspolitik,

---

65 Zum Jahreswirtschaftsbericht 1970 der Bundesregierung vgl. BT-Drs. VI/281 vom 27. Januar 1970.

bis hin zu den Problemen, die hinübergehen in die Grenzgebiete der Technologiepolitik und Wissenschaftspolitik. Und an diesem Komplex einer langfristigeren Entwicklung, einer modernen Form der Sozialen Marktwirtschaft, wird in der Programmkommission gearbeitet und in der Partei diskutiert werden müssen.

*Kiesinger:* Ich glaube, daß unsere Situation gar nicht übermäßig günstig ist, vor allem nicht in den ersten Landtagswahlkämpfen, wie Sie es eben gesagt haben. Ich glaube nicht, daß die Entwicklung so dramatisch verlaufen wird, wie es manche Leute glauben, sondern eher in einer ruhigen Weise. Die Regierung profitiert einfach von dem, was die vorige Regierung ihr als Basis gelegt hat. Die Tatsache, daß Herrn Schillers Stern allmählich verblaßt ist, sollte uns nicht über diese Situation hinwegtäuschen. Diese Regierung verfügt über einen äußerst soliden Finanzminister, der eher mit seiner eigenen Partei brechen würde, als mit dem Ruf eines schlechten Finanzministers in die Geschichte eingehen würde. Das muß man sehen. Und er ist sicher auch der Mann, der sich, wenn es zu Schwierigkeiten kommt, durchsetzen wird. Diese beiden, der Helmut Schmidt<sup>66</sup> und der Alex Möller, werden ja überhaupt diejenigen sein, die uns am meisten zu schaffen machen, weil sie eben in ihrer Art gut sind.

Interessant wäre, Herr Stoltenberg, es gibt ja ständige Auseinandersetzungen innerhalb der Regierung zwischen SPD und FDP. Hier sind ja ausgesprochene Kompromißergebnisse erzielt worden. In einem Punkt hat sich die FDP durchgesetzt, bei einem anderen hat sie dann Zugeständnisse gemacht an die SPD. Und es wird sehr wichtig sein, daß wir diese Vorgänge möglichst genau verfolgen. Über kurz oder lang muß es da nach meiner Meinung zu Schwierigkeiten kommen.

Bei der SPD – ich rede ein bißchen ins Blaue, aber nicht nur ins Blaue, ein bißchen Informationen habe ich schon – gibt es ebenfalls einen inneren Konflikt, und zwar zwischen denen, die nach meiner Meinung vom Standpunkt der SPD aus richtig die pluralistische Volkspartei wollen, die Fortsetzung des Godesberger Programms<sup>67</sup>, eine möglichste Annäherung an uns und eine Wettbewerbsfähigkeit mit uns, und den anderen, den Dogmatikern, die sagen, wir haben ein sozialistisches Erbe zu verwalten, und wir dürfen uns nicht für ein Linsengericht verkaufen. Man hört es immer wieder, daß diese Auseinandersetzungen geführt werden. Und ich habe schon einmal gesagt, Herr Dr. Heck, wir müssen einmal feststellen, welche Kräfte das sind. Es ist in der Fraktion zweifellos so, daß ein Teil der Jungen diese Idee der Volkspartei nach wie vor nicht

---

66 Helmut Schmidt (geb. 1918), Diplom-Volkswirt; 1953–1961 und 1965–1987 MdB (SPD), 1969–1972 Bundesminister der Verteidigung, Juli bis November 1972 Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen, 1972–1974 Bundesminister der Finanzen, 1974–1982 Bundeskanzler. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 369 Anm. 31; Hans-Joachim NOACK: Helmut Schmidt. Die Biographie. Berlin 2008; Reinhard APPEL (Hg.): Helmut Schmidt: Staatsmann – Publizist – Legende. Köln 2008; Hartmut SOELL: Helmut Schmidt. Macht und Verantwortung. 1969 bis heute. München 2008; Memoiren: Außer Dienst. Eine Bilanz. München 2008.

67 Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hg.): Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen vom Außerordentlichen Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Bad Godesberg vom 13. bis 15. November 1959. Bonn 1959 (Text im Internet: <http://library.fes.de/pdf-files/bibliothek/retro-scans/fa-57721.pdf>).

akzeptieren will, so unverständlich das zunächst klingen mag, denn sie würden ja damit die Möglichkeit dieser Partei, an der Regierung zu bleiben, verlieren, aber hier geht eben die politische Ideologie, das Dogma, vor praktischen Erwägungen. Es wäre also interessant festzustellen, wie das nun genau aussieht. In der Fraktion der SPD haben wir die notwendigen Informationen, um schon sagen zu können, die und die Abgeordneten gehören zu der und der Richtung. Ist das schon deutlich genug? Aber gewisse Anzeichen gibt es ja. Und dann müßte man sich auch informieren, wie sieht es in den Wahlkreisen aus. Das müßten wir über die Landesverbände erfahren. Jeder, der in einem Wahlkreis sitzt, weiß ja auch, mit wem er es zu tun hat, mit welchen möglichen Kandidaten er es bei der nächsten Bundestagswahl zu tun hat. Da sind also Konfliktstoffe, die wir genau verfolgen müssen, um mit unserer Politik einzusteigen, vor allem natürlich auch die möglichen Konflikte zwischen der SPD und der FDP. Denn der Sprecher der FDP hat ja gesagt, sie würden den Kampf gegen beide, gegen SPD und CDU, führen, und die SPD möge sagen, was sie wolle – so etwa hieß es ja –, die einzige Partei, die eine wirklich liberale Wirtschaftspolitik garantiere, sei die FDP.<sup>68</sup> Das ist doch ganz interessant. Ich glaube, das gehört auch mit in unsere Überlegungen hinein, auch wie wir nun unsere eigene Haltung gegenüber der Öffentlichkeit deutlich machen. Das ist ja unsere eigentliche Schwierigkeit, auch bei dem Optimismus, daß wir auf dem Gebiet der Gesellschaftspolitik große Chancen haben. Das hängt weniger am Programmatischen, sondern an unserer Kraft, das in der Öffentlichkeit wirklich durchzusetzen. Wir müssen sehen, wie wir das erreichen können.

*Stingl:* Von meinem Standpunkt aus muß ich folgendes sagen: Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt in diesem Monat zeigt, daß die deutsche Wirtschaft offenbar sehr großes Vertrauen hat, daß es keine konjunkturellen Schwankungen gibt. Denn jetzt nachträglich stellen wir fest, das ist damals nicht beachtet worden, daß sich die 66er Rezession im Januar 1966 bei der Ausländeranforderung recht deutlich bemerkbar gemacht hat. Und in diesem Jahr nicht! Aus dieser Sicht heraus muß ich sagen, es wird eine Rezession von der Wirtschaft nicht erwartet.

*Stoltenberg:* Wir haben da Äußerungen von Hettlage und Arendt<sup>69</sup> aus der CDU-Fraktion mit ganz verschiedenen Bewertungen. Arendt sagt, der Gipfelpunkt ist klar überschritten. Hettlage sagt, der Boom trägt noch mindestens bis zum Sommer. So wird man heute auch im Gespräch – nach meinem Eindruck – mit Persönlichkeiten der Wirtschaft je nach regionaler und branchenmäßiger Orientierung ganz beträchtliche Abweichungen bekommen. Ich wollte nur einen Satz noch zum Tatsächlichen sagen. Es lohnt sich in der Tat, nun mal die Entwicklung der Auftragseingänge anzu-

---

68 J. F. Volrad Deneke (1920–2006), Journalist; 1955–1965 Hauptschriftleiter, 1963–1965 MdB (FDP), 1969–1971 Bundesgeschäftsführer der FDP, 1971–1974 Hauptgeschäftsführer des Hartmannbundes und 1974–1984 der Bundesärztekammer und des Deutschen Ärztetages. – Äußerung des neuen FDP-Bundesgeschäftsführers J. F. Volrad Deneke, vgl. dpa vom 31. Dezember 1969 „FDP-Geschäftsführer: nur FDP garantiert liberale Wirtschaftspolitik“.

69 Walter Arendt (1925–2005), Bergarbeiter; 1946 SPD, 1961–1980 MdB, 1964–1969 Vorsitzender der IG Bergbau und Energie, 1968–1979 Mitglied im SPD-Parteivorstand, 1969–1976 Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung. Vgl. KEMPF/MERZ S. 103–107.

sehen. Die Zahlen liegen erst seit acht Tagen vor, herausgegeben vom Statistischen Bundesamt für November.<sup>70</sup> In der Tat lassen sie nach dem steilen Anstieg der Vormonate einen deutlichen Rückgang erstmals erkennen. Gegenüber September und Oktober liegen die Auftrageingänge im November niedriger. Gegenüber dem Vorjahr oder dem Mittel der zehn Monate zuvor liegen sie immer noch höher, aber die Auftragslage hatte im Oktober ihren Gipfelpunkt erreicht und ging dann herunter in einzelnen Sektoren um 10 % bis 12 %. Was das bedeutet, da sind die Meinungen ganz verschieden.

*Stingl:* Ich wollte zu diesem Punkt noch erwähnen, man muß es dann auch ein bißchen näher erläutern. Die Anforderung von ausländischen Arbeitskräften ist ein wirklich gutes Barometer, denn der, der einen ausländischen Arbeitnehmer bei der Bundesanstalt für Arbeit anfordert, muß erstens Geld bezahlen. Das ist nicht so, als wenn er sagt, ich brauche 20 Maurer – er braucht zwar nur vier –, aber wenn er 20 sagt, bekommt er wenigstens vier. Das ist genau umgekehrt. Die Zahl der deutschen Anforderung ist also nicht sehr aussagekräftig. Die nach Ausländern ist deshalb aussagekräftig, weil erstens Geld bezahlt werden muß, zweitens Unterkünfte bereitstehen müssen und drittens der Vertrag auf ein Jahr läuft. Insofern ist also der, der anfordert, in der Situation, daß er der Meinung ist, er braucht diesen Mann noch auf mindestens ein Jahr, zumal hinzukommt, daß wir eine Vermittlungsfrist von zwölf Wochen und mehr haben, d. h. er rechnet mit einer 15monatigen Dauer der Beschäftigung dieses Mannes mit Lohnausgaben, mit Unterkunftsbereitstellung und allem. Wir haben im Januar bis jetzt eine Steigerung der Anforderungen um 17 % gegenüber dem Vormonat, und wir hatten 1966 einen Rückgang um 20 %.

*Schmücker:* Ja, Herr Bundeskanzler, ich habe ja zu Beginn der Debatte das alles selber gesagt. Dieses Rezept funktioniert natürlich nicht auf ewig, aber ein oder zwei Jahre funktioniert es sicher. Und mit einer Rezession können wir nicht rechnen. Aber die inflationäre Entwicklung, die kann doch bedenkliche Ausmaße annehmen. Herr Hasselmann macht mich eben auf etwas aufmerksam. Wir haben doch weite Bereiche der aufwertungsgeschädigten Wirtschaft, die in große Verlegenheiten kommen. 5 % Arbeitslose in Ostfriesland zur Zeit. Das ist eine Werftenfrage, sicherlich. Das ist aber dann auch eine Frage der Abwanderung und eine Frage der regionalen Struktur von sehr großer Bedeutung.

*Kiesinger:* Also, wir wollen das weiter verfolgen. Wir wollen uns aber auch nicht allzu leichtfertig da eine Entwicklung einreden, die zu unseren Gunsten geht. Auch ich bin im übrigen dafür, daß zu gegebener Stunde diese Schlußabrechnung mit der Aufwertung gemacht wird. Im übrigen darf ich darauf aufmerksam machen, daß der neue Bundesbankpräsident<sup>71</sup> ein ganz entschiedener Gegner der Aufwertung war und – wie er mir jetzt hat sagen lassen – geblieben ist. Das ist also eine sehr wichtige Sache.

---

70 Vgl. den Artikel im „General-Anzeiger“ vom 10./11. Januar 1970 „Wirtschaft im Zeichen des Wachstums“.

71 Dr. Karl Klasen (1909–1991), Jurist; 1931 SPD, 1935 Eintritt in die Deutsche Bank, 1948–1952 Präsident der Landeszentralbank Hamburg, 1952 Wiedereintritt in die Deutsche Bank, 1967–1969 Sprecher der Deutschen Bank, 1969–1977 Präsident der Bundesbank.

Er hat es mir extra sagen lassen. (*Stingl*: Die Bemerkung war auch sehr interessant, die er vorgestern nach der Sitzung im Fernsehen gemacht hat.) Das ist ein Mann, mit dem wir ganz gut können. Es hat mir leid getan, daß wir ihn nicht – obwohl er Sozialdemokrat war – rechtzeitig akzeptiert haben. Wir hätten es wahrhaftig tun sollen. Wie gesagt, das Problem steht jetzt noch nicht an, das kommt noch eines Tages.

*Heck*: Darf ich den Punkt 3 der Tagesordnung noch einmal aufgreifen. Zur Information: Von Herrn Dregger wurde zusätzlich zu den fünf Mitgliedern für den Fernsehrat noch Herr Schwarz-Schilling vorgeschlagen. Es besteht nun nur die Möglichkeit, daß der Vorstand von den sechs Vorgeschlagenen fünf wählt. Das sind: Professor Abelein, Dr. Kraske, Dr. Martin, Dr. Schreiner, Frau Dr. Wex, Dr. Schwarz-Schilling.

*Von Weizsäcker*: Ist ein Zettel nur dann gültig, wenn nicht mehr als fünf, aber auch nicht weniger als fünf draufstehen? Oder wie wird das gemacht?

*Heck*: Gültig ist ein Zettel nur, wenn nicht mehr und nicht weniger als fünf draufstehen. (*Wahlvorgang*.) – Ich muß noch ein paar Dinge bekanntgeben, weil ich glaube, daß es nicht richtig ist, daß der Vorstand manches über die Zeitungen erfährt. Das eine ist: Wir haben ja zwei wichtige Stellen neu zu besetzen. Ausgeschieden ist bereits der Sprecher der Partei, Herr Dr. Rathke<sup>72</sup>. Er wird Staatssekretär für Informationswesen in Schleswig-Holstein. Und ausscheiden wird Herr Dr. Kraske. Das Präsidium hat mit einem Vorschlag für beide Fälle sich einverstanden erklärt: Erstens, anstelle von Herrn Dr. Rathke als Sprecher der Partei tritt Herr Weiskirch<sup>73</sup>. Zweitens, anstelle von Herrn Dr. Kraske tritt Herr Dr. Göb, der bisher Ministerialdirektor im Innenministerium gewesen ist.

Dann hat das Präsidium beschlossen, so wenn die ersten 100 Tage dieser Links-Koalition zu Ende gehen, eine Aktion durchzuführen „100 Tage Links-Koalition“, eingeleitet durch eine Pressekonferenz der beiden Vorsitzenden von CDU und CSU plus den Fraktionsvorsitzenden und weitergeführt durch eine große Aktion in der ganzen Bundespartei mit einem entsprechenden Rednerdienst, der in der Bundesgeschäftsstelle in Arbeit ist. Wenigstens dies wollte ich dem Vorstand zur Kenntnis geben, damit der Vorstand so wichtige Personalentscheidungen nicht über die Presse erfährt.

*Kiesinger*: Zum Teil sind die Herren ja bekannt. Ich habe mich mit beiden Herren ausführlich unterhalten und habe von beiden einen sehr guten Eindruck bekommen.

*Stingl*: Noch etwas anderes: Wir haben diese Woche das Gespräch mit dem BdV gehabt. Ich glaube, das ist gut gelaufen. Unsere Eröffnungen am Anfang sind auch in der Richtung, daß es dort für uns noch Reserven gibt. Da es bei der Union der Vertriebenen keine Satzung gibt, habe ich die Absicht, da ich ja kommissarisch damit beauftragt bin, Ende März/Anfang April diese Konstituierung durchzuführen. Ich würde

---

72 Dr. Arthur Rathke (1920–1980), Mediziner; 1963–1970 Leiter des Pressereferats und des Referats für Öffentlichkeitsarbeit der CDU, 1970–1980 Staatssekretär für das Informations- und Presseamt der Landesregierung Schleswig-Holstein. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 7 Anm. 19.

73 Willi Weiskirch (1923–1996), Journalist; 1946 CDU, 1951–1959 Leiter des Düsseldorfer Büros der „Allgemeinen Sonntagszeitung“, 1970–1976 Pressesprecher der CDU, 1976–1985 MdB, 1982–1985 Vorsitzender des Vereins Union Presse, 1985–1990 Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages.

mich freuen, wenn ich dafür grünes Licht erhielte, daß das in Nordrhein-Westfalen im Zusammenhang mit einem größeren Kongreß gemacht wird, damit wir dort in Nordrhein-Westfalen diesen Teil der Bevölkerung für die Wahl aktivieren können. Das kostet natürlich Geld.

*Heck:* Das sollte man mit Herrn Köppler besprechen.

*Gradl:* Ich wollte Herrn Stingl nur bitten, also natürlich zu konstituieren, aber „Union der Vertriebenen und Flüchtlinge“, so wie wir es beschlossen haben.

*Stingl:* Das haben wir immer gemacht, Herr Gradl.

*Gradl:* Nein, Sie brauchen gar nicht verletzt zu sein.

*Stingl:* Doch, ich weiß, was Sie wegen der Satzung meinen.

*Gradl:* Wenn ich gewußt hätte, daß das jetzt zur Sprache kommt, hätte ich Ihnen einen Brief mitbringen können, aus dem hervorgeht, daß ein Landesverband der Union der Vertriebenen und Flüchtlinge einen viel größeren Zuwachs hat vor allen Dingen der Ost- und Mitteldeutschen in der Christlich-Demokratischen Union. Und dies geht nun hinaus über das, was wir besprochen haben, denn wir haben auf dem Parteitag abgeschlossen „Union der Vertriebenen und Flüchtlinge“. (*Disput zwischen Gradl, Stingl und Katzer.*)

*Kiesinger:* Also, Sie werden mir doch zugeben, daß es unmöglich ist, daß wir hier getrennt firmieren oder daß eine Firmierung, die mit der Parteisatzung übereinstimmt, freiweg geändert wird durch Zusätze. Wir stimmen also Dr. Gradl zu.

*Windelen:* Die Fraktion hat mich u. a. mit der Verbindung zu den Landtagen beauftragt. Ich komme heute morgen von einer Tagung der Landtagsfraktions-Geschäftsführer.<sup>74</sup> Da ist unter anderem gesprochen worden über die mangelnden Kontakte zwischen den Fraktionen und der Bundespartei. Ich möchte zwei Vorschläge zur Erwägung stellen; einmal zu der Sitzung der Landesgeschäftsführer der Partei die Fraktionsgeschäftsführer miteinzuladen; zweitens, bei der zweimal jährlich stattfindenden Besprechung des Parteivorsitzenden mit den Landesvorsitzenden der Partei und den Vorsitzenden der Vereinigungen die Fraktionsvorsitzenden hinzuzuziehen.

*Kiesinger:* Ich weiß nicht, ob die Mischung gut ist. Also, ich finde, daß man tatsächlich die Fraktionsvorsitzenden öfter zusammenholen sollte, aber unter sich. Das würde manche Schwierigkeiten, manche Trotzhaltung beseitigen, denn die Herren haben wichtige Positionen in den Ländern, sie haben ein berechtigtes Selbstgefühl, und deswegen sollte man auch von ihnen mehr Notiz nehmen. Ich erinnere mich an eine Sitzung, die recht fruchtbar verlaufen ist, wo viel Sachverstand zum Ausdruck kam. Also, Sie hatten vorgeschlagen, Herr Windelen, man sollte sie zusammennehmen mit den Landesgeschäftsführern.

*Windelen:* Ja, wobei man erwägen könnte, ob man vielleicht eine Delegation der Fraktionsgeschäftsführer – vielleicht zwei oder drei – mit hinzuziehen sollte, sonst würde der Kreis vielleicht etwas groß. Aber bei den zweimal im Jahr stattfindenden Be-

---

<sup>74</sup> Protokoll der Konferenz der Geschäftsführer und Pressereferenten der CDU/CSU-Landtags- und Bürgerschaftsfraktionen am 22./23. Januar 1970 in Heppenheim/Bergstraße in ACDP 07-001-1643.

sprechungen der Landesvorsitzenden und den Vorsitzenden der Vereinigungen sollte man erwägen, auch die Fraktionsvorsitzenden der Landtagsfraktionen hinzuziehen.

*Heck:* Zu dem einen Vorschlag ist es vielleicht doch nützlich, wenn der Bundesgeschäftsführer, der diese Landesgeschäftsführerkonferenz seit Jahr und Tag leitet, dazu Stellung nimmt. Man muß ja auch wissen, zu welchem Zweck die beiden zusammenkommen sollen. Ich sehe im Augenblick den Sinn nicht, das gestehe ich ganz offen.

*Kraske:* Ich muß leider sagen, daß die Landesgeschäftsführerkonferenzen, die ein ganz wichtiges Instrument innerhalb der Partei sind, schon heute darunter leiden, daß sie zu groß sind. Das liegt daran, daß wir – wie Sie alle wissen – weit mehr Landesverbände als Bundesländer haben und daß zwingend hinzutreten müssen die Geschäftsführer der Vereinigungen, daß zwingend hinzutreten müssen die wichtigsten Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle. Wenn man diesen Kreis generell noch weiter vergrößert, würde ich darin eine bedenkliche Entwicklung seiner Arbeitsfähigkeit sehen. Wenn man ihn dagegen von Fall zu Fall vergrößert, wird das schwierig, weil doch viele Themen hier kontinuierlich behandelt werden. Das hindert nicht, daß bei bestimmten Gelegenheiten, wo gemeinsame Probleme erörtert werden sollen, man eine ad hoc-Konferenz abhalten kann mit Vertretern von Landtagsfraktionen, mit Vertretern von Landesverbänden. Aber bei der Institution Landesgeschäftsführerkonferenz würde ich es dabei belassen und sie nicht erweitern.

*Kiesinger:* Bleibt also nur übrig, daß wir – ich halte das nach wie vor für wichtig – an den Fraktionsvorsitzenden nicht vorbeigehen. Ich weiß nicht genau, wie das bisher gehandhabt wurde. Ich hörte nur immer wieder von diesen Konferenzen der Fraktionsvorsitzenden und den Beschlüssen, die da gefaßt worden sind.<sup>75</sup> Aber das ist so irgendwie neben uns hergelaufen, nicht?

*Heck:* Nein, das kann man nicht sagen. Die Koordinierung zwischen der Bundestagsfraktion und der Landtagsfraktion – darum geht es im wesentlichen – ist eigentlich recht ordentlich gelaufen. Der Versuch, über die Fraktionsvorsitzendenkonferenz die kulturpolitische Programmatik der Bundespartei auf einen Nenner zu bringen, ist kläglich gescheitert. Hier muß ich sagen, es ist eigentlich die Meinungsbildung außerordentlich schwierig zustande gekommen, aber die Fraktionen haben sich einfach danach nicht daran gehalten, und wir haben dann neue Konzepte zwei Monate später schon wieder über die Presse in Erfahrung gebracht.

*Stoltenberg:* Ich darf vielleicht dazu sagen, ich teile etwas die Bedenken von Herrn Kollegen Dr. Heck und Herrn Kollegen Dr. Kraske. Das sind doch Gremien, die ganz bestimmte Aufgaben haben. Wenn ich mir überlege – Landesvorsitzendenkonferenz mit dem Parteivorsitzenden – ohne Ansehen der Person. Was hat eigentlich hier für meinen Landesverband Schleswig-Holstein der Fraktionsvorsitzende<sup>76</sup>, den ich sehr

---

<sup>75</sup> Protokolle der Fraktionsvorsitzendenkonferenzen in ACDP 07–001.

<sup>76</sup> Gerd Lausen (1928–1993), Jurist; 1962–1973 Landrat des Kreises Flensburg-Land, 1967–1978 MdL Schleswig-Holstein, 1973–1978 Finanzminister. – Gerd Lausen war vom 1. Januar 1970 bis 15. Mai 1973 Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion als Nachfolger Walter Ment-

schätze, für eine spezifische Funktion? Der stellvertretende Landesvorsitzende könnte eigentlich sagen, wenn ein zweiter, dann habe ich eher ein Mandat, zu dieser Sache zu gehen. Das sind ja ganz verschiedene Funktionen. Ähnlich bei den Geschäftsführern. Das sind ja funktionale Aufgaben und Gremien. Aber es ließe sich sicher ermöglichen, daß der Parteivorsitzende und der Generalsekretär ein- oder zweimal im Jahr Termine abstimmen, wo die Fraktionsvorsitzenden ohnehin zusammenkommen, und sie ihrerseits daran teilnehmen. Dann hat sich der Parteivorsitzende mit den Fraktionsvorsitzenden getroffen. Das könnte man doch einführen. Das wäre eine Verbesserungsmöglichkeit. Aber daß wir hier Parteivorsitzende, Fraktionsvorsitzende der Länder so vermischen ...

*Kiesinger:* Nicht durcheinander! Da stimme ich Ihnen zu und teile Ihre Bedenken. Es ist nur so, eine Abstimmung der Landtagsfraktionen mit der Bundestagsfraktion ist sicher notwendig, aber sie erschöpft nicht alles. Wir müssen als Partei darauf sehen, daß auch unsere Fraktionen in den Länderparlamenten so arbeiten, wie es das Wohl der gesamten Partei erfordert. Das ist das eine. Und zweitens gibt es auch eine Abstimmungsnotwendigkeit nicht nur zwischen Bundestagsfraktion und Landtagsfraktionen, sondern unter den Fraktionen. Und da sollte doch irgendwie die Bundespartei daran beteiligt sein. Das kann man so machen, daß man alle zusammennimmt; man kann es aber auch so machen, daß man regional einmal die Fraktionsvorsitzenden von zwei oder drei Ländern zusammenholt und mit ihnen in einer nicht allzu formalen und allzu offiziellen Weise die Dinge durchspricht.

*Heck:* Ich möchte jetzt das Wahlergebnis bekanntgeben. Für den Fernsehrat der Anstalt Zweites Deutsches Fernsehen wurden gewählt: Herr Dr. Krasko, Herr Dr. Schreiner, Herr Dr. Martin, Frau Dr. Wex, Herr Dr. Schwarz-Schilling. Herausgewählt wurde: Professor Dr. Abelein. Der hessische Überfall ist geglückt.

*Hasselmann:* Herr Bundeskanzler! Ganz kurz folgender Tatbestand: In Niedersachsen ist seit heute nachmittag der aus der SPD-Fraktion ausgetretene und ein Vierteljahr pausierende Baselau<sup>77</sup> in die Fraktion aufgenommen worden. Neues Verhältnis: 67:65. Austrittsbegründung: Ostpolitik, insbesondere die Politik des neuen Ministers Franke<sup>78</sup>. Unabhängig ein Mann im Landtag: Das ist der aus der NPD ausgetretene Abgeordnete Hass<sup>79</sup>. Weitere Austritte aus der NPD stehen bevor. Wir wissen, daß man warten will, um in einer öffentlichen Diskussion auf dem Bundesparteitag der NPD in Wertheim<sup>80</sup> Mitte Februar sich dazu eine Plattform zu schaffen. Die Auswir-

---

zels (1899–1978, Jurist; 1946 DP, 1952 CDU, 1954–1971 MdL Schleswig-Holstein, 1958–1969 Vorsitzender der Landtagsfraktion).

77 Walter Baselau (geb. 1915), Angestellter; 1955–1970 MdL Niedersachsen (SPD).

78 Egon Franke (1913–1995), Kunstschler; 1951–1976 MdB (SPD), 1969–1982 Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 417 Anm. 55.

79 In der Vorlage: Haas. – Helmut Hass (geb. 1919), Betriebsassistent; 1965 NPD, 1967–1970 MdL Niedersachsen. Vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 17. Januar 1970 „Niedersachsens CDU sucht Verstärkung“.

80 Der 4. Bundesparteitag der NPD fand vom 13. bis 15. Februar 1970 in Wertheim/Main statt. Vgl. Sröss S. 1971.

kungen werden bei uns spürbar nicht nur im Landtag und könnten die Regierung der Koalition beeinflussen, sondern vor allem in den Kreistagen. Die SPD scheint ebenso bereit zu sein, NPD-Abgeordnete – mindestens auf der Kreisebene – aufzunehmen. Die Gefahr für uns liegt in der Möglichkeit, daß die FDP ausgetretene NPD-Abgeordnete übernimmt und dadurch das Verhältnis möglich wird, die Koalition Bonns auch in Hannover zu vervollständigen. Das ist die Überlegung, vor der wir stehen und wo wir einen Schritt zuvorkommen müßten, wenn das morgen vor der Tür steht. Die Herren, die offensichtlich auszutreten gedenken, sind unbescholten und keine Nazis im alten Sinne, auch nicht mit irgendwelcher Belastung. Die Lage in der Koalition ist unverändert hart auf beiden Seiten. Die SPD hat offensichtlich nach der für die SPD/FDP-Koalition unbefriedigenden Deutschlanddebatte die Order gegeben „Bitte streitet Euch nicht!“, so daß wir seit einigen Tagen, nachdem Wehner offensichtlich interveniert hatte, das Gefühl haben, daß sie einzulenken bereit sind unter wahrscheinlicher Opferung des Ministerpräsidenten Diederichs<sup>81</sup> und damit Herstellung der Kabinettparität, Forderung Nr. 2 aufgrund des neuen Kräfteverhältnisses. Es gibt aber in der SPD-Fraktion weitaus größere Kreise, die in einem Treueverhältnis zu Diederichs stehen und keineswegs bereit sind, ihn zurückzuziehen. Das nächste Gespräch wird in der Koalition am 28. Januar geführt. Wir müssen abwarten, was dabei herauskommt.<sup>82</sup> Der Termin ist uns von der SPD angeboten worden. Die Forderungen der CDU sind nicht unbillig. Es bleibt bei der Forderung nach der Stimmenthaltung, wenn wir im Kabinett keine Einigung bekommen, im Bundesrat. Es geht um die Kabinettparität, und es geht um einige hier nicht so sehr interessierende Sachfragen, die die Politik in Niedersachsen betreffen, vor allem um eine Hochschulgesetzgebung, die uns einfach trennt, weil hier ganz unterschiedliche Auffassungen vorherrschen. Die SPD-Kulturpolitiker sind für die Hochschulreform, die die Drittelparität ermöglicht, und es sieht so aus, als ob man die Gesetzgebung der Berliner Universität auch in Niedersachsen in Vorschlag bringen will. Daß wir das nicht mitmachen können, versteht sich von selbst.

Wir fragen uns, wie ist die Ausgangsposition für die im Mai oder Juni 1971 durchzuführende Landtagswahl? Wir können mit Gelassenheit und nicht drängend die Entwicklung abwarten, weil die SPD zum erstenmal keine Alternative besitzt. Wir können uns nicht vorstellen, daß sie auf die Toleranz der bisher noch verbliebenen neun NPD-Männer rechnen kann. Nach einem Blitzbesuch am Wochenende von Herrn Genscher<sup>83</sup> in Hannover bei der FDP ist der FDP in Niedersachsen grünes Licht gegeben worden, eine Koalition mit uns einzugehen, allerdings unter der gleichen Bedingung, nämlich Bundesratsklausel. Wenn die FDP nein sagt, dann für uns auch Stimmenthaltung. In Partei und Fraktion mehren sich durch Gespräche – vielleicht darf ich auch sagen in der Bevölkerung – die Stimmen, die uns raten, unter der Überschrift „20 Jah-

---

81 In der Vorlage: Dietrichs. – Dr. Georg Diederichs (1900–1983), Pharmazeut; 1961–1970 Ministerpräsident von Niedersachsen (SPD). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 30 Anm. 62.

82 Vgl. „Die Welt“ vom 29. Januar 1970 „SPD droht: NPD-Hospitant bei der Union bedeutet Ende der Koalition“; FAZ vom 30. Januar 1970 „Neue Streitpunkte in Hannover“.

83 Hans-Dietrich Genscher (geb. 1927), Jurist; 1965–1998 MdB (FDP), 1969–1974 Bundesminister des Innern. Vgl. PROTOKOLLE 5. S. 376 Anm. 3.

re sind genug – Wir beseitigen das Unbehagen“ die Chance zu nutzen. Ob das schnell geht, weiß ich nicht, schnell gehen muß – wir haben Zeit. Die Junge Union denkt in verschiedenen Kreisen anders. Aber die Junge Union ist hier gespalten. Es hat auf Kreisparteitagen in Northeim und in Gifhorn Anträge gegeben, alle Übertritte aus extremen Gruppen erst aufzunehmen nach einer fünfjährigen Karenzzeit. Das ist etwas, was die Mentalität der Niedersachsen etwas aufgeregt hat, weil sie meinen, wir müßten hier einfach der SPD keinen Vorschub leisten. Ich glaube, hier ist richtig, daß wir uns jede einzelne Persönlichkeit genau ansehen. Ob nicht auch bei der SPD noch ein Austritt erfolgt, kann ich heute nicht sagen. Die Möglichkeit besteht. In der letzten Landtagssitzung wurde das Greifvogel-Gesetz<sup>84</sup> durchgebracht. Es wurde von unserem Fraktionsvorsitzenden<sup>85</sup> angewandt, der mit sehr viel Geschick und ohne jede Gefahr sehr saubere Verhandlungen geführt hat. Alles, was in dieser Richtung an Kritik an ihm geführt wird, scheint mir unberechtigt zu sein. Hier ist die Zerrissenheit in der NPD einfach so gewesen, daß ohne jedes Zutun es zum Austritt von Hass gekommen ist.

*Schmücker:* In der letzten Sitzung des Vermittlungsausschusses ist mir aufgegangen, daß die Lage im Bundesrat ja etwas anders ist, als wir sie bis jetzt diskutiert haben. Zwar können wir dort Gesetze ablehnen, aber im Vermittlungsausschuß haben wir keine Mehrheit.

*Kiesinger:* Aber wir haben hinterher die Mehrheit. Der Bundesrat ist ja nicht gezwungen, die Vorschläge des Vermittlungsausschusses anzunehmen.

*Schmücker:* Ja, ich habe das bisher nicht gewußt und habe geglaubt, auch andere wüßten das nicht. Und in dieser Sitzung des Vermittlungsausschusses hat Herr Bosselmann<sup>86</sup> – und darauf kommt es mir an – mit uns gestimmt. Ich wäre interessiert, von Herrn Hasselmann zu erfahren, ob das mit Genehmigung der Genossen geschehen ist oder ob der Bosselmann das nur so getan hat. Und das zweite ist: Ich bin der Meinung, wir sollten unsere niedersächsischen Freunde unterstützen. Es ist völlig unmöglich, daß wir in dieser Juniorenrolle uns da bewegen.

*Hasselmann:* Zu Frage 1: Herr Bosselmann hat frei gehandelt und sich darauf berufen, daß die Mitglieder des Vermittlungsausschusses sich frei entscheiden können. Sie sind nicht festzulegen, jedenfalls nicht de jure. Der Ministerpräsident hat uns am anderen Morgen sofort zusammengerufen und hat uns seinen Unwillen bekundet. Wir haben das zur Kenntnis genommen.

Zu Frage 2: Ich glaube, so wie wir jetzt verfahren, ist es richtig. Bei einem weiteren

---

84 Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt des Landes Niedersachsen Nr. 4 vom 18. Februar 1970 S. 31 f. „Drittes Gesetz zur Änderung des Niedersächsischen Landesjagdgesetzes (Gesetz zum Schutz der Greifvögel)“ vom 11. Februar 1970. Vgl. ZICK S. 149.

85 Bruno Brandes (1910–1985), Rechtsanwalt; 1963–1985 MdL Niedersachsen, 1965–1970 und 1976–1982 Vorsitzender der CDU-Fraktion, 1982–1985 Landtagspräsident, 1981–1985 Landrat in Holzminden.

86 Gustav Bosselmann (1915–1991), Jurist; 1959–1976 Bürgermeister von Schneverdingen, 1963–1982 MdL Niedersachsen (CDU), 1965–1970 Justizminister, 1968–1974 stv. Vorsitzender der CDU in Niedersachsen, 1976/77 Innenminister.

Austritt, nicht Übertritt, gleichgültig aus welcher Fraktion – nicht aus der CDU –, ändert sich nach der Landtagsgeschäftsordnung die Zusammensetzung aller Ausschüsse, so daß wir in jedem Ausschuß die absolute Mehrheit haben, nämlich 8:7 und in weiteren Ausschüssen den Vorsitz stellen. Ob man dann bei der Kabinettsparität, wie sie jetzt ist, bleiben kann, scheint mir bei den anstehenden und noch zu erledigenden Gesetzen in dieser Periode nicht mehr möglich.

Frau Maria Sevenich<sup>87</sup> ist die, die ich eben meinte, die sich mit uns in freundschaftlichsten Beziehungen befindet. Sie hat uns gefragt, ob sie eventuell drüben uns und der Sache nutzen kann. Ihr geht die Ostpolitik natürlich an die Nieren. Sie ist nicht mehr bereit, für die SPD zu kandidieren und hat das auch der Parteiführung in Niedersachsen mitgeteilt. Soweit ist das klar. Sie hat uns einige Berichte gegeben, weil sie aus der KPD die angeblichen internen Berater von Herrn Brandt kennt, und sie hat uns weitere Hinweise gegeben über die Grundgedanken und Vorstellungen des Herrn Wehner in einer solchen Offenheit, daß wir bei einem Abstimmungsergebnis von 64 SPD-Leuten ausgehen können (64:68).

*Blüm:* Ich würde vorschlagen, daß wir uns hier im Bundesvorstand einmal sehr ausführlich mit dem Thema NPD und Übertritte von der NPD in die CDU unterhalten. Ich selber gestehe jedermann den politischen Irrtum ein und zu, auch die Revision dieses Irrtums. Ich meine nur, man müßte den Unterschied machen zwischen Mandatsträger, und was mit dieser Revision dann geschieht, und einem einfachen Mitglied. Aber darüber sollten wir uns mal ausführlich unterhalten.

*Kiesinger:* Nur dürfen wir natürlich nicht den politischen Fehler machen – und man neigt indirekt dazu –, daß wir sagen, die Mandatsträger, auch wenn die sagen: Wir sehen es ein, es war Blödsinn, was wir da gemacht haben, wir sehen es ein – sind zu belastet. Das wäre ein großer Fehler. Alle anderen würden uns zuvorkommen.

*Katzer:* Das kommt auf die Persönlichkeit an.

*Hasselmann:* Ja, Herr Bundeskanzler, es ist so: Der Abstand der CDU zur SPD bei den letzten Wahlen betrug 1,4 %. Die NPD hatte bei den letzten Landtagswahlen 7,2 %, bei der Bundestagswahl 4,6 %. Wir haben eine gewisse Reserve dort zu sitzen. Die FDP hat sich selbst dezimiert. Die Gefahr besteht, daß sie nicht hineinkommt.

*Kiesinger:* Meinen Damen und Herren, möchte noch jemand das Wort ergreifen? – Das ist nicht der Fall. Dann danke ich Ihnen sehr. Die Sitzung ist geschlossen.

---

87 Maria Meyer-Sevenich (1907–1970), Publizistin; 1932 KPD, 1945 Mitgründerin der CDU Darmstadt, 1948–1970 MdL Niedersachsen (1948/49 fraktionslos, 1949–1970 SPD, 1970 CDU), 1965–1967 Ministerin für Bundesangelegenheiten, Vertriebene und Flüchtlinge in Niedersachsen.